

Kurzgefaßte Geschichte des Nationalsozialismus

von

Dr. Johann v. Leers

von Velhagen & Klasing

Kurzgefaßte Geschichte des Nationalsozialismus

Von

Dr. Johann v. Leers

(Für den Schulgebrauch)



Verlag von Velhagen & Klasing
Bielefeld und Leipzig
1933



Druck von Velhagen & Klasing in Bielefeld

Vorwort

Dieses Büchlein will der deutschen Jugend und darüber hinaus allen denen, die sachliches Wissen über die große Erneuerung des deutschen Volkes durch den Nationalsozialismus Adolf Hitlers suchen, ein brauchbarer Leitfaden sein. Es ist besonders für die Verwendung in der Schule geschrieben und verzichtet darum bewußt auf Weitläufigkeit, um ein klares Bild der Neugestaltung zu geben und der deutschen Jugend zu zeigen, wie schwer die innere Befreiung Deutschlands gewesen ist und wo ihre Aufgaben liegen.

Berlin, im Juli 1933.

Der Verfasser.

Inhalt

Erstes Kapitel

Werdegang Adolf Hitlers

Die nationalsozialistische Bewegung Deutschlands ist die politische Schöpfung Adolf Hitlers. Sie wäre ohne ihn nicht da. Er hat ihr Idee, Form und politischen Erfolg gegeben. Adolf Hitler ist geboren am 20. April 1889 zu Braunau am Inn in Österreich, einer Stadt, die im Jahre 1778 von Bayern an Österreich durch den Frieden von Teschen abgetreten ist. Auf der anderen Seite des Flusses Inn liegt bereits das bayerische Städtchen Simbach. Adolf Hitlers Vater, Alois Hitler, war in Braunau österreichischer Zollbeamter. Die Familie stammt aus Oberösterreich und läßt sich dort bis zur sechsten Generation, bis zu dem 1672 in Walterschlag geborenen Stephan Hitler zurückverfolgen. Alle acht Urahnen, die Väter der Urgroßväter Hitlers, waren Bauern aus den oberösterreichischen Bezirken Gmünd und Zwettl. Ebenso ist die mütterliche Familie deutscher und bäuerlicher Abstammung.

20. April 1889 Adolf Hitler geboren

Adolf Hitlers Vater wurde kurz nach der Geburt seines Sohnes Adolf zuerst nach Passau und schließlich nach Linz an der Donau versetzt. Dort wurde er pensioniert und kaufte sich dann in dem kleinen Ort Lambach ein Anwesen, um seine alten Tage in Ruhe und Frieden zu verbringen. Er hatte ein schweres und arbeitsreiches Leben hinter sich. Adolf Hitler selber schreibt von seinem Vater: „Als Sohn eines armen kleinen Häuslers hatte es ihn schon einst nicht zu Hause gelitten. Mit noch nicht einmal 13 Jahren füllte der damalige kleine Junge sein Ränzlein und lief aus der Heimat, dem Waldviertel, fort. Trotz des Abratens ‚erfahrener' Dorfinsassen war er nach Wien gewandert, um dort ein Handwerk zu lernen. Das war in den fünfziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts. Ein bitterer Entschluß, sich mit drei Gulden Wegzehrung so auf die Straße zu machen, ins Ungewisse hinein! Als der Dreizehnjährige aber siebzehn alt geworden war, hatte er seine Gesellenprüfung abgelegt, jedoch nicht die Zufriedenheit gewonnen, eher das Gegenteil. Die lange Zeit der damaligen Not, des ewigen Elends und Jammers festigten den Entschluß, das Handwerk nun doch wieder aufzugeben, um etwas Höheres zu werden. Wenn einst dem armen Jungen im Dorfe der Herr Pfarrer als Inbegriff aller menschlich erreichbaren Höhe erschien, so nun in der den Gesichts-

kreis mächtig erweiternden Großstadt die Würde eines Staatsbeamten. Mit der ganzen Zähigkeit eines durch Not und Harm schon in halber Kindheit ‚alt' Gewordenen verbohrte sich der Siebzehnjährige in seinen neuen Entschluß — und wurde Beamter. Nach fast dreiundzwanzig Jahren, glaube ich, war das Ziel erreicht. Nun schien auch die Voraussetzung zu einem Gelübde erfüllt, das sich der arme Junge einst gelobt hatte, nämlich nicht eher in das liebe väterliche Dorf zurückzukehren, als bis er etwas geworden wäre."

Aus dem kleinen Anwesen in Lambach, das sein Vater bewirtschaftete, stammen die ersten Kindheitserinnerungen Adolf Hitlers. Hier besuchte er die Benediktiner-Abtei, wo er singen lernte; hier besuchte er die Schule. Er sagt von sich selbst, daß er alles andere als ein Stubenhocker und eigentlich ein kleiner „Rädelsführer" war, der aber in der Schule leicht und sehr gut lernte.

Sein erstes Erlebnis ist bereits ein politisches. Er findet in der Bibliothek seines Vaters eine Volksausgabe des deutsch-französischen Krieges von 1870/71, die sein Lieblingsbuch wird. „Nicht lange dauerte es, und der große Heldenkampf war mir zum größten inneren Erlebnis geworden. Von nun an schwärmte ich mehr und mehr für alles, was irgendwie mit Krieg oder doch mit Soldatentum zusammenhing.

Aber auch in anderer Hinsicht sollte dies von Bedeutung für mich werden. Zum erstenmal wurde mir, wenn auch in noch so unklarer Vorstellung, die Frage aufgedrängt, ob und welch ein Unterschied denn zwischen den diese Schlachten schlagenden Deutschen und den anderen sei. Warum hat denn nicht auch Österreich mitgekämpft in diesem Kriege, warum nicht der Vater und nicht all die anderen auch?

Sind wir denn nicht auch dasselbe wie eben alle anderen Deutschen?

Gehören wir denn nicht alle zusammen? Dieses Problem begann zum erstenmal in meinem kleinen Gehirn zu wühlen. Mit innerem Neide mußte ich auf vorsichtige Fragen die Antwort vernehmen, daß nicht jeder Deutsche das Glück besitze, dem Reich Bismarcks anzugehören.

Ich konnte dies nicht begreifen."

Dieses Erlebnis der Volkszusammengehörigkeit hat Adolf Hitler sein ganzes Leben begleitet. Auch als er auf die Realschule nach Linz kam, hat er sich dort als Schüler bereits in der Bewegung des Deutschtums in Österreich eingesetzt. Erdkunde und Geschichte sind seine Lieblingsfächer in der Schule, daneben zeigt sich immer stärker eine ausgesprochene Begabung für das Zeichnen; er wollte allzugern Kunstmaler werden — sehr im Gegensatz zu seinem Vater, der gern aus ihm einen Beamten gemacht hätte. Entscheidend aber für Adolf Hitler wird schon als Schüler

der Kampf des Deutschtums in Österreich um seine Selbstbehauptung. Das alte Österreich-Ungarn war kein deutscher Staat, sondern ein Nationalitätenstaat, in dem Stück für Stück von der Regierung, die sich die dauernd rebellierenden Tschechen, Slowenen, Slowaken und Polen durch kleine Zugeständnisse ruhig erhalten wollte, das Deutschtum zurückgedrängt wurde. Das Deutschtum seinerseits hatte sich organisiert, und gerade die Jugend auf der Schule wurde immer stärker zum Träger dieses Volkskampfes. Adolf Hitler schreibt: „Wer der Jugend Seele kennt, der wird verstehen können, daß gerade sie am freudigsten die Ohren für einen solchen Kampfruf öffnet. In hunderterlei Formen pflegt sie diesen Kampf dann zu führen, auf ihre Art und mit ihren Waffen. Sie lehnt es ab, undeutsche Lieder zu singen, schwärmt um so mehr für deutsche Heldengröße, je mehr man versucht, sie dieser zu entfremden; sammelt an vom Munde abgesparten Hellern zum Kampfschatz der Großen; sie ist unglaublich hellhörig dem undeutschen Lehrer gegenüber und widerhaarig zugleich; trägt die verbotenen Abzeichen des eigenen Volkstums und ist glücklich, dafür bestraft oder gar geschlagen zu werden. Sie ist also im kleinen ein getreues Spiegelbild der Großen, nur oft in besserer und aufrichtigerer Gesinnung."

Der junge Adolf Hitler beteiligt sich auf das leidenschaftlichste an diesem Kampf des deutschen Volkstums und gewinnt aus ihm seine erste große politische Linie. Er sagt von sich selbst: „Wenn ich nun nach so viel Jahren mir das Ergebnis dieser Zeit prüfend vor Augen halte, so sehe ich zwei hervorstehende Tatsachen als besonders bedeutungsvoll an:

Erstens: ich wurde Nationalist.

Zweitens: ich lernte Geschichte ihrem Sinne nach verstehen und begreifen." Und ferner: „Es genügt hier nur festzustellen, daß ich im Grunde genommen schon in der frühesten Jugend zu einer Einsicht kam, die mich niemals mehr verließ, sondern sich nur noch vertiefte:

Daß nämlich die Sicherung des Deutschtums die Vernichtung Österreichs voraussetzte, und daß weiter Nationalgefühl in nichts identisch ist mit dynastischem Patriotismus; daß vor allem das habsburgische Erzhaus zum Unglück der deutschen Nation bestimmt war.

Ich hatte schon damals die Konsequenzen aus dieser Erkenntnis gezogen: heiße Liebe zu meiner deutsch-österreichischen Heimat, tiefen Haß gegen den österreichischen Staat."

Dieses Erlebnis ist für Adolf Hitler bestimmend geworden. Die heiße Liebe zu seinem deutschen Volk und der Kampf gegen einen volksfremden Staat gehen durch sein ganzes Leben.

Als Adolf Hitler 13 Jahre alt ist, stirbt sein Vater. Der junge Adolf bleibt aber auf der Realschule in Linz, um sich dort weiter fortzubilden. Jetzt wird sein Wunsch, doch Maler zu werden, dem bis dahin der väterliche Wille entgegenstand, möglich. Aber er muß infolge einer langwierigen Erkrankung das Studium aufgeben und mindestens ein Jahr zu Hause bleiben. Hier erreicht er von seiner Mutter die Erlaubnis, die Akademie zu seiner Ausbildung als Maler besuchen zu dürfen. Zwei Jahre später aber macht der plötzliche Tod der Mutter allen diesen Träumen ein rasches Ende. Bis dahin hatte die Mutter noch immer ihre Pension gehabt, jetzt plötzlich fällt das alles weg, es wird wieder alles so, wie es bei dem Vater war, als er von seinem Dörfchen auszog, um sein Glück zu erkämpfen.

Aber der junge Adolf Hitler gibt den Mut nicht auf. Mit einem Köfferchen voll Wäsche und Kleider, schon für die nächsten Tage auf Broterwerb angewiesen, steht er in Wien allein und sucht Arbeit. „Fünf Jahre Elend und Jammer sind im Namen dieser Phäakenstadt für mich enthalten," schreibt er von Wien.

Kurz vor dem Tode der Mutter war Adolf Hitler in Wien gewesen und hatte sich hier der Aufnahmeprüfung für die Malerakademie unterzogen. Da er in seiner Klasse stets ein ausgezeichneter Zeichner gewesen war, so war er völlig überrascht, als man ihm erklärte, daß er zum Maler ungeeignet sei, aber ein ganz auffälliges Können auf dem Gebiet der Architektur verriete — ob er denn nicht auf einer Bauakademie schon studiert habe? Da Adolf Hitler aber wiederum zum Studium der Architektur nicht das notwendige Abiturium (in Österreich: Matura) besaß, so konnte ihm der Rat, eine Architekturschule zu besuchen, nichts nützen. Als er nun nach dem Tode der Mutter nach Wien kam, mußte er sofort, um überhaupt leben zu können, Arbeit suchen. Das war schwer genug, denn er fand immer wieder nur als ungelernter Bauarbeiter, dann als kleiner Maler Verdienst, hungerte oft und war oft in schwerster wirtschaftlicher Not. Viele andere sind unter diesen traurigen Umständen einfach versunken und menschlich untergegangen. Aber der junge Adolf Hitler gibt nicht nach. Noch immer lebt in ihm der Wunsch, Baumeister zu werden — er zeichnet und liest, spart sich mühsam Geld für Bücher und Zeitungen zusammen — Zehntausende reicher und wohlhabender Jungen haben sich das alles ohne Schwierigkeit beschaffen können, haben die beste Ausbildung genossen — aber dieser unbekannte junge Bauarbeiter sollte der Baumeister eines neuen Deutschlands werden.

Adolf Hitler sagt, beispielgebend für jeden deutschen Jungen, von dieser harten und schweren Jugendzeit: „In dieser Zeit bildete sich mir ein Welt-

bild und eine Weltanschauung, die zum granitenen Fundament meines derzeitigen Handelns wurden. Ich habe zu dem, was ich mir so einst schuf, nur weniges hinzulernen müssen, zu ändern brauchte ich nichts.

Im Gegenteil.

Ich glaube heute fest daran, daß im allgemeinen sämtliche schöpferischen Gedanken schon in der Jugend grundsätzlich erscheinen, soferne solche überhaupt vorhanden sind. Ich unterscheide zwischen der Weisheit des Alters, die nur in einer größeren Gründlichkeit und Vorsicht als Ergebnis der Erfahrungen eines langen Lebens gelten kann, und der Genialität der Jugend, die in unerschöpflicher Fruchtbarkeit Gedanken und Ideen ausschüttet, ohne sie zunächst auch nur verarbeiten zu können, infolge der Fülle ihrer Zahl. Sie liefert die Baustoffe und Zukunftspläne, aus denen das weisere Alter die Steine nimmt, behaut und den Bau aufführt, soweit nicht die sogenannte Weisheit des Alters die Genialität der Jugend erstickt hat."

Hier in Wien erlebt Adolf Hitler auch seinen Zusammenstoß mit dem Marxismus und mit dem sozialen Problem seiner Zeit, das auch heute noch nicht völlig beseitigt ist. Er kam her aus dem kleinbürgerlichen Dasein der Beamtenschaft und geriet in das ungelernte Arbeiter„proletariat". Die Unsicherheit des täglichen Brotverdienstes, die Roheit des Umganges, die jammervollen Wohnungsverhältnisse, die Gedankenlosigkeit der oberen Schicht, die alle diese Dinge unbekümmert treiben ließ, brachten ihn aufs äußerste auf. Er hat aus diesem Unglück des Hinabgestoßenwerdens bewußt gelernt — nur so konnte der deutsche Arbeiterführer Adolf Hitler werden. Er faßt das Ergebnis dieser unendlich harten Lehrzeit zusammen: „Wie bin ich heute dankbar jener Vorsehung, die mich in diese Schule gehen hieß. In ihr konnte ich nicht mehr sabotieren, was mir nicht gefiel. Sie hat mich schnell und gründlich erzogen.

Wollte ich nicht verzweifeln an den Menschen meiner Umgebung von damals, mußte ich unterscheiden lernen zwischen ihrem äußeren Wesen und Leben und den Gründen ihrer Entwicklung. Nur dann ließ sich dies alles ertragen, ohne verzagen zu müssen. Dann wuchsen aus all dem Unglück und Jammer, aus Unrat und äußerer Verkommenheit nicht mehr Menschen heraus, sondern traurige Ergebnisse trauriger Gesetze; wobei mich die Schwere des eigenen, doch nicht leichteren Lebenskampfes davor bewahrte, nun etwa in jämmerlicher Sentimentalität vor den verkommenen Schlußprodukten dieses Entwicklungsprozesses zu kapitulieren.

Nein, so soll dies nicht verstanden werden.

Schon damals ersah ich, daß hier nur ein doppelter Weg zum Ziele einer Besserung dieser Zustände führen könne:

Tiefstes soziales Verantwortungsgefühl zur Herstellung besserer Grundlagen unserer Entwicklung, gepaart mit brutaler Entschlossenheit in der Niederbrechung unverbesserlicher Auswüchslinge."

In dieser sozialen Not hatte sich die Sozialdemokratie ihre eigentliche Gefolgschaft unter den Arbeitern geschaffen. Dem Arbeiter, der um seinen Aufstieg kämpfte, gab sie ein Weltbild, an dessen Ende die völlige Auflösung des Volkes stehen mußte. Bewußt zerschnitten die Führer der Sozialdemokratie dem Arbeiter alle Bande zum Vaterland. Immer aufs neue lehrten sie ihn, das Vaterland sei nur ein Instrument der Bourgeoisie zur Ausbeutung der Arbeiterschaft, das Gesetz nur ein Mittel zur Niederhaltung des Arbeiters, die Religion nur ein Mittel zur Verdummung und Gott nur die listige Übertragung der irdischen Herrscher der Besitzenden über den Nichtbesitzenden an den Himmel. Nicht dieses oder jenes Gesetz, diesen oder jenen sozialen Mißstand nahm die Sozialdemokratie zum Ziel ihrer Angriffe, sondern jede Ordnung, jedes seelische Band, das den Menschen mit höheren Dingen verbinden konnte. Den schon wirtschaftlich völlig wurzellosen Arbeiter machte sie nun auch geistig und seelisch wurzellos, zog ihm alle Grundlagen des Volkstums weg und gab ihm dafür — den Traum einer Internationale! Die Zusammenarbeit aller Proletarier der Welt zum Sturz des Kapitalismus stellte sie ihm als Aufgabe, die sich aber aus der wirtschaftlichen Entwicklung heraus beinahe zwangsläufig verwirklichen würde. „Das Proletariat hat keine Ideale zu verwirklichen," lehrte Karl Marx. So wie der konsequente Marxist die ganze Weltgeschichte nur als einen materiellen Kampf der Klassen gegeneinander ansah, so lehrte er auch den Arbeiter, alles Seelische, alle geistigen Dinge nur als Widerschein der wirtschaftlichen Machtverhältnisse anzusehen. Nicht dieses oder jenes Gesetz, sondern das Gesetz selber stellte die Sozialdemokratie ihren Anhängern als Ausfluß der wirtschaftlichen Macht dar, nicht diese oder jene Religion, sondern Gott selber, die Quelle des Daseins, lehrte sie ihn zu bekämpfen und abzulehnen.

Dazu trieb die besitzende Schicht in ihrer Habgier und völligen Verständnislosigkeit immer neue Massen in die sozialdemokratischen Reihen hinein, gerade den Arbeiter, der Ehre im Leib hatte, der sich gegen die offene Mißachtung seines Standes empörte, machte sie zuerst zum Sozialdemokraten, weil sie ihn durch ihr Gehaben tiefer verletzte, als den Gleichgültigen und Trägen, der mit jeder Behandlung zufrieden war, wenn er nur zu leben hatte. Niemand hat schärfer als Adolf Hitler diese auch heute noch nicht völlig ausgestorbene Geisteshaltung verurteilt: „Da nun das Bürgertum unzählige Male in der ungeschicktesten, aber auch un-

moralischsten Weise gegen selbst allgemein menschliche Forderungen Front machte, ja oft ohne Nutzen aus solcher Haltung zu erlangen oder gar überhaupt erwarten zu dürfen, wurde selbst der anständigste Arbeiter aus der gewerkschaftlichen Organisation in die politische Tätigkeit hineingetrieben." Diese politische Tätigkeit war die sozialdemokratische, marxistische!

Mit Schrecken sah Adolf Hitler, mit welcher furchtbaren Brutalität diese verbitterten Arbeitermassen jeden einzelnen Arbeiter hineinzwangen in ihre Reihen, in jedem, der sich ihnen nicht anschloß, einen „Klassenverräter" sahen. Von ganzem Herzen unterschrieb er den Kampf des Arbeiters um sozialen Aufstieg — aber was hatte das alles eigentlich mit dem Kampf der Sozialdemokratie gegen Volkstum und Vaterland, gegen Gott und alle menschliche Ordnung zu tun? Wie konnte der so hundertmal berechtigte Aufstiegswille des Arbeitsmannes belastet werden mit rein verbrecherischen Ideen? Wie kamen die sozialdemokratischen Zeitungen dazu, geradezu alles, was deutsch war, dem Arbeiter auszureden und auszutreiben, es ihm verächtlich und minderwertig zu machen, ihn von seinem Volke künstlich loszulösen? Adolf Hitler weigerte sich, in die marxistische Organisation einzutreten. Er wurde einmal sogar von seinen Kollegen vom Bau vertrieben, weil er nicht in die Gewerkschaft hineingehen wollte. Er, der bereits als Junge den Kampf des deutschen Volkstums mitgekämpft hatte, sah hier mit Grauen, wie durch eine geradezu teuflische Lehre dem Volkstum die Wurzel abgeschnitten, wie die ganze Arbeiterschaft ihm entfremdet wurde.

Er fragte sich, wie das möglich sei — und stieß auf die Führer. Er stellt dies selbst folgendermaßen dar, indem er sich das Verhalten der sozialdemokratischen Arbeiter klarzumachen versuchte: „Alles vermochte ich dabei noch zu begreifen: daß sie mit ihrem Lose unzufrieden waren, das Schicksal verdammten, welches sie oft so herbe schlug; die Unternehmer haßten, die ihnen als herzlose Zwangsvollstrecker dieses Schicksals erschienen; auf die Behörden schimpften, die in ihren Augen kein Gefühl für die Lage besaßen; daß sie gegen Lebensmittelpreise demonstrierten und für ihre Forderungen auf die Straße zogen, alles dies konnte man ohne Rücksicht auf Vernunft mindestens noch verstehen. Was aber unverständlich bleiben mußte, war der grenzenlose Haß, mit dem sie ihr eigenes Volkstum belegten, die Größe desselben schmähten, seine Geschichte verunreinigten und große Männer in die Gosse zogen.

Dieser Kampf gegen die eigene Art, das eigene Nest, die eigene Heimat war ebenso sinnlos wie unbegreiflich. Das war unnatürlich."

Hier stand der gesunde, volkhafte Nationalismus Adolf Hitlers auf gegen

das Gift der marxistischen Lehre. Als er die Führer sah, wurde ihm klar, woher diese Zerstörung kam. Es waren Juden! Adolf Hitler erkannte: „Daß die sozialdemokratische Presse überwiegend von Juden geleitet war, lernte ich allmählich kennen; allein, ich schrieb diesem Umstand keine besondere Bedeutung zu, lagen doch die Verhältnisse bei den anderen Zeitungen genau so. Nur eines war vielleicht auffallend: es gab nicht ein Blatt, bei dem sich Juden befanden, das als wirklich national angesprochen hätte werden können, so wie dies in der Linie meiner Erziehung und Auffassung gelegen war.

Da ich mich nun überwand und diese Art von marxistischen Presseerzeugnissen zu lesen versuchte, die Abneigung aber in eben diesem Maße ins Unendliche wuchs, suchte ich nun auch die Fabrikanten dieser zusammengefaßten Schurkereien näher kennenzulernen.

Es waren, vom Herausgeber angefangen, lauter Juden.

Ich nahm die mir irgendwie erreichbaren sozialdemokratischen Broschüren und suchte die Namen ihrer Verfasser: Juden. Ich merkte mir die Namen fast aller Führer; es waren zum weitaus größten Teil ebenfalls Angehörige des ‚auserwählten Volkes', mochte es sich dabei um die Vertreter im Reichsrat handeln oder um die Sekretäre der Gewerkschaften, die Vorsitzenden der Organisationen oder die Agitatoren der Straße. Es ergab sich immer das gleiche unheimliche Bild. Die Namen der Austerlitz, David, Adler, Ellenbogen usw. werden mir ewig in Erinnerung bleiben.

Das eine war mir nun klar geworden: die Partei, mit deren kleinen Vertretern ich seit Monaten den heftigsten Kampf auszufechten hatte, lag in ihrer Führung fast ausschließlich in den Händen eines fremden Volkes."

Damit wird Adolf Hitler zum Judengegner. Er erkennt, wie raffiniert ein fremdes Volk sich im deutschen Volke eingenistet hatte, wie seine marxistische Weltanschauung den Arbeiter dem eigenen Volke entfremdete, um darüber eine jüdische Macht ungeheuren Ausmaßes aufzurichten. Adolf Hitler stellt fest, daß die Juden, von den Fürsten hochgezogen, als Hofjuden stets von dem gesunden Volke abgelehnt worden sind, daß ihr Aufstieg zusammenfällt mit dem Abstieg der schaffenden Schichten, daß sie einst das Bürgertum als Sturmbock gegen die feudale Welt verwandt haben, um dann an der Spitze der Arbeiterschaft dieses selbe Bürgertum niederzubrechen und im offenen Bolschewismus eine jüdische Blutherrschaft zu errichten.

Ihm geht die Rassenfrage als „Schlüssel zur Weltgeschichte" auf: der Kampf der parasitären jüdischen Gruppe gegen die nordische Lichtträger-

rasse wird ihm zur Grundmelodie des politischen Geschehens überhaupt. War bis dahin alle Judengegnerschaft im Bürgertum steckengeblieben, hatte sie darum stets den Anstrich reaktionärer Gesinnung gehabt, so erfaßt Adolf Hitler, der Bauarbeiter, als Erster die Aufgabe des Arbeiters zum Kampf um die Nation gegen das Judentum, die Notwendigkeit, den jüdischen Einfluß im Volke restlos geistig wie äußerlich auszuschalten. Er selber schreibt: „Ich war vom schwächlichen Weltbürger zum fanatischen Antisemiten geworden, so glaube ich heute im Sinne des allmächtigen Schöpfers zu handeln: indem ich mich des Juden erwehre, kämpfe ich für das Werk des Herrn."

Vom geschichtlichen Standpunkt sind diese Erkenntnisse Adolf Hitlers unbestreitbar: der Marxismus als Schöpfung des Juden Karl Marx und verbreitet durch marxistische Juden ist unzweifelhaft ein jüdischer Fremdkörper im deutschen Geist gewesen; aber auch der Kapitalismus geht in seiner Grundlage, der Möglichkeit des arbeits- und mühelosen Einkommens, direkt zurück auf das Zinsmonopol der mittelalterlichen Juden, denen allein das Nehmen von Zins im frühen Mittelalter gestattet war und die auf dieser Grundlage eine Wirtschaftsform des Profits ohne Rücksicht auf die geleistete Arbeit schaffen konnten. Während jede sonstige Beteiligung mit Arbeit oder Geld an einer werteschaffenden Unternehmung von dem Ertrag dieser Unternehmung bedingt ist — wer einen Schiffsreeder etwa als Gesellschafter Geld zur Verfügung stellt, bekommt nur soviel Gewinn, wie nach vollendeter Fahrt auf seinen Anteil entfällt, wer mit einem anderen zusammen einen Handwerksbetrieb eröffnet, bekommt nur soviel, wie dem Anteil seiner Arbeit und dem Ertrag des Betriebes entspricht — gibt der Zins ein Recht auf Gewinn ohne Rücksicht auf den Ertrag der Arbeit — der Bauer muß seine Hypothekenzinsen bezahlen, ohne Rücksicht darauf, ob und wieviel der Hof bringt. Bringt er nichts, so fordert trotzdem der Zinsgläubiger denselben Zins, denn er ist an dem wirtschaftlichen Ertrag seines Schuldners rechtlich nicht gebunden. Zahlt der Bauer nicht, so wird er einfach seines Hofes durch Versteigerung beraubt. Der Profit als Inhalt der Wirtschaft ist die Grundlage der kapitalistischen Lebensordnung — er ist zum erstenmal vom Juden ausgeprägt.

Diese erbarmungslose Wirtschaftsordnung, die volkszerreißendste und volkszersetzendste, der gesamten Geschichte, die zugleich den Arbeiter auch noch in den Marxismus hineintrieb, ist zugleich aufs engste entstehungsgemäß verbunden mit dem Verbrechertum in seiner modernen und organisierten Form. Dieselben Juden des Mittelalters, die im Zinsprivileg den modernen Kapitalismus gebaren, erkauften bereits im Ver-

laufe des 11. Jahrhunderts von den deutschen Kaisern, Königen und Fürsten das Privileg, daß sie bei ihnen gefundene Diebsware nur gegen Bezahlung des von ihnen angegebenen Preises herauszugeben brauchten. Damit wurden sie zu den geschätztesten Abnehmern aller gestohlenen und geraubten Waren — der gleiche Jude, der vorn in seinem Laden als erster Geldkapitalist an die kleinen Leute auf Zins auslieh, kaufte hinten im Dunkel der Ghettostube gestohlene Waren, die ihm auf Grund seines Privilegs niemand wegnehmen durfte. Hier liegt der Grund für die Überflutung der Verbrechersprache mit hebräischen Ausdrücken, hier der alte Bund zwischen Judentum und Verbrechertum, wie er im Bolschewismus sich deutlich zeigt, hier aber auch der Grund für die verbrecherische Moral oder Unmoral der besitzenden Schicht der nichtjüdischen Völker, die den Grundsatz des jüdischgeborenen Kapitalismus, daß das „Geschäft über Leichen geht", zu ihrer Weltanschauung erhoben.

Aufs Tiefste von diesem fremden und zerstörenden Geiste zersetzt, der Bürger ahnungslos und wohlgefällig die Formen ausübend, die der Wucherjude des frühen Mittelalters entwickelt hatte, der Arbeiter dadurch im Marxismus an die Seite des Verbrechertums und unter die Führung von Juden zur Zerstörung seines eigenen Volkes geführt — so sah Adolf Hitler als junger Mensch mit Grauen, während breit und behaglich die Friedenszeit vor dem Weltkrieg solche Dinge nicht sehen wollte, das Gesicht seines Volkes.

Hier spürte er in sich die Aufgabe wachsen, einmal diesem Volk einen Ausweg aus seiner Not zu zeigen. Noch sah er nicht, wie dieser Weg einmal sein sollte. Wien ertrug er nicht länger; die Rassenmischung, der vorherrschende jüdische Einfluß, der ihm verhaßte undeutsche Habsburgstaat stießen ihn ab. Er wandte sich 1912 nach München und arbeitete dort als Maler und Zeichner. Deutschland, das Reich, war all die Zeit hindurch seine große Sehnsucht gewesen. Er teilte diese Sehnsucht mit einem ganz großen Teil der deutsch-österreichischen Jugend, die gleich ihm schon damals von der einstigen Heimkehr in das deutsche Vaterland durch Vereinigung des deutschen Siedlungsbodens in Österreich mit dem Deutschen Reich träumte. Jener alte Ruf der Sehnsucht, mit dem das Deutschtum Österreichs sich gegen den Vorwurf des „Schielens nach dem Reich" verteidigte, war auch in ihm lebendig:

„Wir schielen nicht, wir schauen,
wir schauen unverwandt,
wir schauen voll Vertrauen
ins deutsche Vaterland!"

Adolf Hitler traf Deutschland anders, als sein Bild der Sehnsucht es ihm von Österreich aus hatte erscheinen lassen. Das Werk Bismarcks war bereits in schwerer innerer und äußerer Gefahr. Auch in Deutschland wühlte der Marxismus, auch in Deutschland stöhnten die Massen unter einer Wirtschaftsform, die zwar einer breiten Schicht Wohlhabenheit gab, die aber die großen Massen des Volkes durch ihre Kälte und Herzlosigkeit erbitterte; auch in Deutschland war der Jude Führer der marxistischen Arbeiter und seine „Geschäftsgewandtheit" Vorbild eines großen Teiles des Bürgertums.

Dazu war die Schlichtheit aus der Zeit des alten Kaisers und Bismarcks verschwunden; es war eine laute und lärmige Zeit geworden, innerlich unsicher und mit den häßlichen Eigenschaften von Menschen, die rasch reich geworden sind — alle tieferen Denker Deutschlands standen beiseite, und die Jugend versuchte bereits in der Jugendbewegung der tötenden Enge ihrer bürgerlichen Umgebung zu entfliehen, während die Arbeiterjugend noch völlig in der Hand der marxistischen Verbildung lag. Quer durch das Volk ging die Klassentrennung, sie begann mit der Aufschrift an den Türen: „Nur für Herrschaften", sie äußerte sich auf den Schulen, sie setzte sich beim Militär fort in der Bevorzugung der „Gebildeten", die nur ein Jahr zu dienen brauchten, sie ging durch das ganze Leben hindurch bis hinein in die Form der Anrede — sie trennte nach den äußerlichsten Grundsätzen Volk von Volk.

Außenpolitisch aber war es einsam um Deutschland geworden; Bismarcks Schöpfung des Deutschen Reiches hatte auf einen Schlag das deutsche Volk zur entscheidenden Großmacht Europas geformt; in kluger Weise hatte Bismarck diese errungene Stellung ausgebaut. Sein Dreibund mit Österreich-Ungarn und Italien, sein Rückversicherungsvertrag mit Rußland, die von ihm stets gepflegten freundlichen Beziehungen zu England — alles dies sollte die gewonnene Machtstellung sichern. Bismarcks Nachfolger verstanden die Grundlagen seiner Politik nicht mehr; was dem großen Kanzler ein praktisches Mittel zur machtpolitischen Sicherheit Deutschlands gewesen war, wie das Bündnis mit Österreich-Ungarn, faßten sie als ein Evangelium auf und klammerten sich an dieses Bündnis, obwohl nicht nur das Deutschtum Österreichs mit jedem Jahr stärker zurückgedrängt, sondern auch der Habsburger Staat unter Mißbrauch dieser deutschen Hilflosigkeit Deutschland immer mehr diplomatisch in sein Schlepptau nahm. Der Rückversicherungsvertrag mit Rußland aber, Bismarcks genialste Schöpfung in seinem Bündnissystem, wurde von seinem Nachfolger Caprivi fallen gelassen; damit wurde eine jahrhundertealte, richtige deutsche Tradition, sich niemals ohne Grund in

einen Gegensatz zu dem stärksten slawischen Staate operieren zu lassen, niemals die ungeschützte Ostgrenze gar einem russischen Druck zu öffnen, niemals die deutsch-russische Gemeinsamkeit gegen Polen aufzugeben, verantwortungslos verlassen. Man tauschte nicht einmal dafür die englische Freundschaft ein — so kam das deutsche Staatsschiff, an dessen Steuer Phantasten, Intriganten und Schwätzer herumhantierten, überhaupt nicht mehr aus dem Schlingern heraus. Deutschland, das dauernd seine Friedlichkeit betonte, das nichts anderes wollte als seinen Außenhandel auszubauen, das diesem sogar seine Landwirtschaft weitgehend opferte, das nichts als „freie Hand" in der Welt für friedlichen Verkehr und Freundschaft mit aller Welt wünschte, bekam so jedermanns Hand gegen sich und die Feindschaft aller, weil seine ziel- und planlose Politik von niemand verstanden wurde. Es störte England auf der See, Rußland in der Türkei, Frankreich durch seine bloße Existenz — und bekam es fertig, auf diese Weise selbst die erbittertsten Gegner gegen sich zu einigen, ohne es selbst zu ahnen. Von der englisch-japanischen Allianz (30. Januar 1902), über die englisch-französische Entente (8. April 1904), über die früher unmöglich scheinende englisch-russische Verständigung (31. August 1907) bis zum Weltkrieg geht eine klare Linie deutscher diplomatischer Niederlagen und überlegter Einkreisung Deutschlands.

Adolf Hitler sah deutlich und fühlte, wohin der Weg gehen mußte — dem Bündnis mit dem Habsburger Staat stand er innerlich ebenso mißtrauisch gegenüber wie der Dauerhaftigkeit eines Bündnisses zwischen Österreich und Italien.

Adolf Hitler schrieb: „Was aber besaß dieses Bündnis für einen Wert, wenn erst das Deutschtum der Habsburger Monarchie ausgerottet worden wäre? War nicht der Wert des Dreibundes für Deutschland geradezu abhängig von der Erhaltung der deutschen Vormachtstellung in Österreich? Oder glaubte man wirklich, auch mit einem slawischen Habsburgerreich noch in einem Bündnis leben zu können?

Die Einstellung der offiziellen deutschen Diplomatie sowie auch die der ganzen öffentlichen Meinung zum innerösterreichischen Nationalitätenproblem war schon nicht mehr dumm, sondern einfach irrsinnig! Man baute auf ein Bündnis, stellte die Zukunft und Sicherheit eines Siebzig-Millionen-Volkes darauf ein — und sah zu, wie die einzige Grundlage für diesen Bund beim Partner von Jahr zu Jahr planmäßig und unbeirrt sicher zerstört wurde. Eines Tages mußte dann ein ‚Vertrag' mit der Wiener Diplomatie übrigbleiben, die Bundeshilfe eines Reiches aber verloren sein.

Bei Italien war dies ohnehin von Anfang an der Fall."

Die Gefahr des Marxismus in Deutschland erkannte Hitler wie kein anderer. Er sagt von sich selbst: „Wenn mir aber früher in Wien vor allem Deutschland als ein unerschütterlicher Koloß erschienen war, so begannen nun doch manchmal bange Bedenken bei mir einzutreten. Ich haderte im stillen und in den kleinen Kreisen meiner Bekannten mit der deutschen Außenpolitik ebenso wie mit der, wie mir schien, unglaublich leichtfertigen Art, in der man das wichtigste Problem, das es überhaupt für Deutschland damals gab, den Marxismus, behandelte. Ich konnte wirklich nicht begreifen, wie man nur so blind einer Gefahr entgegenzutaumeln vermochte, deren Auswirkungen der eigenen Absicht des Marxismus entsprechend einst ungeheuerliche sein mußten. Ich habe schon damals in meiner Umgebung genau so wie heute im großen, vor dem Beruhigungsspruch aller feigen Jämmerlinge ‚Uns kann nichts geschehen!' gewarnt. Eine ähnliche Gesinnungs-Pestilenz hatte schon einst ein Riesenreich zerstört. Sollte Deutschland allein nicht genau den gleichen Gesetzen unterworfen sein wie alle anderen menschlichen Gemeinschaften?

In den Jahren 1913 und 1914 habe ich denn auch zum ersten Male in verschiedenen Kreisen, die heute zum Teil treu zur nationalsozialistischen Bewegung stehen, die Überzeugung ausgesprochen, daß die Frage der Zukunft der deutschen Nation die Frage der Vernichtung des Marxismus ist . . .

Der innere Niedergang des deutschen Volkes hatte damals schon längst begonnen, ohne daß die Menschen, wie so oft im Leben, sich über den Vernichter ihres Daseins klargeworden wären. Manchmal dokterte man wohl auch an der Krankheit herum, verwechselte jedoch dann die Formen der Erscheinung mit dem Erreger. Da man diesen nicht kannte oder erkennen wollte, besaß aber auch der Kampf gegen den Marxismus nur den Wert einer kurpfuscherischen Salbaderei."

Frontsoldat Adolf Hitler

Als der Weltkrieg ausbrach, meldete sich Adolf Hitler sofort zum Heer. Im österreichischen Heere wollte er nicht dienen, war dort auch nicht dienstpflichtig, da er niemals einberufen worden war (Österreich berief seine Jahrgänge nie voll ein), darum wählte er das deutsche Heer. Er fühlte als Deutscher in dem gewaltigen Weltkonflikt. „Für mich stritt nicht Österreich um irgendeine serbische Genugtuung, sondern Deutschland um seinen Bestand, die deutsche Nation um Freiheit und Zukunft.“ „Ich wollte nicht für den habsburgischen Staat fechten, war aber bereit, für mein Volk und das dieses verkörpernde Reich jederzeit zu sterben.“ Adolf Hitler wandte sich in einem Gesuch an den König von Bayern, in einem bayerischen Regiment den Feldzug mitzumachen. Dieses Gesuch bekam er bereits am Tage darauf bewilligt zurück. „Als ich mit zitternden Händen das Schreiben geöffnet hatte und die Genehmigung meiner Bitte mit der Aufforderung las, mich bei einem bayerischen Regiment zu melden, kannte Jubel und Dankbarkeit keine Grenze.“

Adolf Hitler hat den Krieg an der Front in vorderster Linie durchgemacht. In den ersten Kriegswochen rückte er ins Feld, bekam bereits am 2. Dez. 1914 das Eiserne Kreuz II. Kl., später am 4. August 1918 das Eiserne Kreuz I. Kl. Er war Meldegänger. Hindurch durch die Feuerwand, durch den Granathagel, über die Trichterfelder hinweg vom Befehlsstab — eine der gefährlichsten Aufgaben, die dem Frontsoldaten gestellt werden können. Wenn alle anderen in Deckung liegen, so gut sie können, so ist der Meldegänger ungedeckt, nur sein Geschick, nur seine ungeheure Gewandtheit, nur seine Fähigkeit, das herankommende Geschoß beinahe zu ahnen, nur diese Begabung, die nur langer Frontdienst ihm geben kann, befähigen den Meldegänger zu seiner schweren Aufgabe. Er, der dort über das Feld kriecht, läuft, springt, um die Befehle nach vorne zu tragen, wenn lange alle Telefone von den Stahlgewittern zerhämmert sind, wenn keine menschliche Stimme mehr das gellende Gebrüll der Materialschlacht durchdringen kann, der einsame Soldat, der den Befehl zum Angriff überbringt — das ist der Meldegänger. Das war Adolf Hitler.

7. Okt. 1916 Adolf Hitler zum erstenmal verwundet

Zum erstenmal im Lazarett erlebte Adolf Hitler verwundet den Unter-

schied zwischen dem Geist in der Heimat und dem Geist des Frontheeres. Er hat dem kämpfenden Heer das unsterblichste Denkmal gesetzt in seinen Worten:

„Mögen Jahrtausende vergehen, so wird man nie von Heldentum reden und sagen dürfen, ohne des deutschen Heeres des Weltkrieges zu gedenken. Dann wird aus dem Schleier der Vergangenheit heraus die eiserne Front des grauen Stahlhelms sichtbar werden, nicht wankend und nicht weichend, ein Mahnmal der Unsterblichkeit. Solange aber Deutsche leben, werden sie bedenken, daß dies einst Söhne ihres Volkes waren."

Das Bild in der Heimat war ein anderes. Je länger der Krieg dauerte, umso mehr rächte es sich, daß das deutsche Volk keine einheitliche Weltanschauung hatte und daß man ihm auch keine einheitliche Weltanschauung gab. Erschütternd stellte Adolf Hitler fest: „Die gesinnungslosesten Hetzer führten das große Wort und versuchten mit allen Mitteln ihrer jämmerlichen Beredsamkeit, die Begriffe des anständigen Soldaten als lächerlich und die Charakterlosigkeit des Feiglings als vorbildlich hinzustellen. Ein paar elende Burschen vor allem gaben den Ton an. Der eine davon rühmt sich, die Hand selber durch das Drahtverhau gezogen zu haben, um so in das Lazarett zu kommen; er schien nun trotz dieser lächerlichen Verletzung schon endlose Zeit hier zu sein, wie er denn ja überhaupt nur durch einen Schwindel in den Transport nach Deutschland kam. Dieser giftige Kerl aber brachte es schon so weit, die eigene Feigheit mit frecher Stirne als den Ausfluß höherer Tapferkeit als den Heldentod des ehrlichen Soldaten hinzustellen. Viele hörten schweigend zu, andere gingen, einige aber stimmten auch bei. Mir kroch der Ekel zum Halse herauf, allein der Hetzer wurde ruhig in der Anstalt geduldet."

Noch schlimmer war das Bild in der Stadt. Die allgemeine Stimmung war schon damals schlecht. Dazu kam die unerhörte Verschleuderung und Schieberei bei den Kriegsgesellschaften. Adolf Hitler kennzeichnet diese Entwicklung, die er als verwundeter Frontsoldat in der Heimat vorfand, treffend: „Die Drückebergerei galt schon fast als Zeichen höherer Klugheit, das treue Ausharren aber als Merkmal innerer Schwäche und Borniertheit. Die Kanzleien waren mit Juden besetzt. Fast jeder Schreiber ein Jude und jeder Jude ein Schreiber. Ich staunte über diese Fülle von Kämpfern des auserwählten Volkes und konnte nicht anders, als sie mit den spärlichen Vertretern an der Front zu vergleichen.

Noch schlimmer lagen die Dinge bei der Wirtschaft. Hier war das jüdische Volk tatsächlich ‚unabkömmlich' geworden. Die Spinne begann, dem Volke langsam das Blut aus den Poren zu saugen. Auf dem Umwege über die Kriegsgesellschaften hatte man das Instrument gefunden,

um der nationalen und freien Wirtschaft nach und nach den Garaus zu machen."

Hitler graute. Vielleicht, wenn die Frontarmee rasch genug siegte, konnte der Zusammenbruch noch vermieden werden ... Adolf Hitler meldete sich, kaum ausgeheilt, wieder zur Front.

In der Heimat wütete die Zersetzung weiter. Sie war vorbereitet worden schon lange vor dem Kriege. Schon am 15. Januar 1911 hatte der Sozialdemokrat und Halbjude Liebknecht erklärt: „Wir werden im Kriegsfall alle Machtmittel anwenden, um der Reichsregierung in die Arme zu fallen"; schon auf dem Parteitag der Sozialdemokratie in Essen 1907 hatte er gesagt: „Wir wollen dem Proletariat den Kasernendrill verekeln, wir freuen uns, wenn die Disziplin innerhalb des Heeres nicht so gut ist, wie innerhalb der Sozialdemokratie."

Mit Schrecken hatten die jüdische Führung der Sozialdemokratie und ihre deutschen Mitläufer erkannt, wie tapfer der deutsche Arbeiter sich in den ersten Kriegstagen sofort zur Fahne gemeldet hatte, wie er dem ganzen Marxismus entwachsen war. Sie fürchteten für ihre Macht und ihren Einfluß. Mit Zähigkeit vom Inland und Ausland aus arbeitete die Zersetzungspropaganda gegen das deutsche Heer.

„Das Wort Vaterland, das ihr im Munde führt, hat für uns keinen Zauber; Vaterland in eurem Sinne ist für uns ein überwundener Standpunkt, ein kulturfeindlicher Begriff," schrieb Liebknecht, und in einer Rede in Neukölln im Januar 1915 erklärte er: „Klassenkampf ist die Losung des Tages. Klassenkampf nicht erst nach dem Kriege. Klassenkampf während des Krieges! Klassenkampf gegen den Krieg!" und in einem Flugblatt 1915: „Im März dieses Jahres schon konnte der Friede angebahnt werden — die Hand war von England angeboten worden — aber die Profitgier der deutschen Imperialisten wies sie zurück — (eine bewußte Lüge, die aber unendlichen Schaden anrichtete!) —, der Hauptfeind steht im eigenen Land." — Ein sozialdemokratisches Flugblatt vom Juni 1916 behauptet: „Der deutsche Militarismus steckt nach all seinen Siegen in der Sackgasse. Wenn jetzt der Krieg fortdauert, so ist es einzig und allein, weil die Volksmassen sich die Infamie geduldig gefallen lassen. ... Entweder verharren die arbeitenden Massen in stumpfem Gleichmut, dann ist die Folge langes Siechtum und elendes Verderben, oder das Proletariat rafft sich auf, verweigert dieser Regierung und diesen herrschenden Klassen die Dienste und erzwingt den Frieden."

In bösartiger Weise wurde besonders vom Ausland hetzerische Propaganda nach Deutschland hineingetragen. Der deutsche Pazifist Grelling z. B. verkaufte für eine Riesensumme ein landesverräterisches Buch an

einen französischen Verlag, in dem er alle „Beweise" für Deutschlands Schuld am Kriege in verlogener Verdrehung der Tatsachen zusammengetragen hatte. 200000 Stück davon ließ die Entente mit schwarzrotgoldenem Titelblatt über der deutschen Front abwerfen. Die schwarzrotgoldenen Farben wurden von den Feinden und den Juden benutzt für ihre Aufforderungen zum Landesverrat.

Ein Flugblatt, das über der deutschen Front abgeworfen wurde und die schwarzrotgoldenen Farben trug, lautete: „Republik bedeutet Frieden und Freiheit! An die Kameraden an der Westfront! Wir haben erreicht, daß folgender Befehl im französischen Heer ausgegeben wurde: Wer sich gefangengibt (einzeln oder in kleinen Gruppen) und das Losungswort Republik ausspricht, wird nicht mehr als kriegsgefangener Feind behandelt. Wenn er will, kann er mit uns, mit gleichgesinnten Landsleuten, an der Befreiung Deutschlands arbeiten. Eure republikanischen Kameraden."

Es ist später auch offen zugegeben worden, daß die Sozialdemokratie den deutschen Widerstand von hinten erdolcht hat. Der unabhängige Sozialdemokrat Vater erklärte am 14. Dezember 1918 bereits vor dem Magdeburger Soldatenrat: „Uns ist diese Revolution nicht überraschend gekommen. Seit dem 25. Januar 1918 haben wir den Umsturz systematisch vorbereitet. Die Partei hatte eingesehen, daß die großen Streiks nicht zur Revolution führen, es mußten daher andere Wege beschritten werden. Die Arbeit hat sich gelohnt. Wir haben unsere Leute, die an die Front gingen, zur Fahnenflucht veranlaßt. Die Fahnenflüchtigen haben wir organisiert, mit falschen Papieren ausgestattet, mit Geld und unterschriftlosen Flugblättern versehen. Wir haben diese Leute nach allen Himmelsrichtungen, hauptsächlich an die Front geschickt, damit sie die Frontsoldaten bearbeiten und die Front zermürben sollten. Sie haben die Frontsoldaten bestimmt, überzulaufen, und so hat sich der Zerfall allmählich aber sicher vollzogen."

Dazu verstärkte diese volkszerstörende Agitation der ungeheuerliche Schwindel, der Wucher sondergleichen, der in der Kriegswirtschaft eingerissen war. Eine natürlich unbeachtet gebliebene Eingabe schildert diese Zustände wahrheitsgetreu: „Die innerwirtschaftlichen Verhältnisse stehen großenteils unter der Herrschaft der Kriegswucherer. Die Maßnahmen der Reichsregierung hiergegen sind zu spät und vielfach unzulänglich getroffen worden und werden nicht mit dem nötigen Nachdruck durchgeführt. Höchstpreise stehen zwar auf dem Papier, die Wucherer kehren sich aber nicht daran. Es ist immer das gleiche Treiben: Händlerringe lassen die wichtigsten Nahrungs- und Bedarfsmittel vom Markte verschwinden; die

Verbraucher werden unruhig und sind in ihrer Angst bereit, jeden Preis zu zahlen. Hat dieser die von den Händlern gewünschte Höhe erreicht, so kommen die Waren allmählich zum Vorschein und finden trotz unerhörtester Preise reißenden Absatz. Darüber, daß hierbei ein Teil der städtischen Bevölkerung größter Bedrängnis entgegengeht, kann jene Erscheinung nicht hinwegtäuschen, daß Abend für Abend die vornehmen Gasthäuser überfüllt sind und in den Theatern brillantengeschmückte Frauen sich breitmachen — aus jenen Kreisen, denen das Kriegsgeschäft große Gewinne zuführt. Es sind die nämlichen Kreise, die von jeher den Auftakt zu dem rasenden Tanz um das goldene Kalb gegeben haben, bei dem alles Hohe, Schöne und Edle vernichtet wird, wie es die erste Kriegsbegeisterung so wunderbar geweckt hatte."

Hitlers Bemerkung, daß die Juden in allen Kanzleien saßen, ist auch zahlenmäßig richtig gesehen. Nicht nur die kriegswirtschaftlichen Organisationen waren reine Judenorganisationen — auch sonst saßen die Juden überwiegend in den Büros. Die im Oktober 1916 vom Kriegsministerium angeordnete Statistik über die Juden im Heeresdienst ergab folgende Tatsache: An der Front befanden sich von den im ganzen eingezogenen 62 272 Juden mit der Waffe in der Hand nur 21 455, also gerade ein Drittel!

Kriegsverwendungsfähig aber waren von den 34 757 Hinterfrontjuden 17 596. Das heißt die Hälfte!

Gefallen waren bis November 1916 von den Juden im Verhältnis 65 Prozent weniger als Deutsche.

Draußen blutete das Heer noch immer gegen erdrückende Übermacht. Innen zerfraßen der Hunger und die Hetze die Widerstandskraft. So kam es, wie es nicht hätte zu kommen brauchen, wenn Deutschland schon vor dem Kriege innerlich gesund, wenn es wirklich ganz deutsch gewesen wäre — das Reich brach nieder.

Adolf Hitler wurde im Oktober 1918 — er trug inzwischen das Eiserne Kreuz I. und II. Klasse und galt bei seinen Kameraden als das Vorbild eines treuen, tapferen und geraden Mannes — noch einmal schwer verwundet. Er geriet in Gasbeschuß, und auf einige Zeit erlosch die Sehkraft seiner Augen völlig. Er wurde in schrecklichen Schmerzen nach Deutschland in das Lazarett zu Pasewalk transportiert.

Unterdessen vollzog sich der Niederbruch Deutschlands. Am 26. Oktober wurde der Generalquartiermeister der Armee, Ludendorff, entlassen. Der Reichskanzler, Prinz Max von Baden, arbeitete auf das engste mit den Parteien der Volksauflösung und des Landesverrates zusammen. Eine Matrosenrevolte griff von Kiel fast widerstandslos über das gesamte

Reich — am 9. November nachmittags 2 Uhr erklärte der Sozialdemokrat Scheidemann vom Reichstagsgebäude: 9. Nov. 1918 Proklamation der „Republik"

„Das deutsche Volk hat auf der ganzen Linie gesiegt. Das alte Morsche ist zusammengebrochen. Der Militarismus ist erledigt . . ."

Das Gegenteil davon ist richtig: mit diesem Niederbruch Deutschlands hatten seine Gegner auf der ganzen Linie gesiegt, nicht nur das alte Morsche im Staat, sondern das gesamte deutsche Volk war zusammengebrochen und nicht „der Militarismus" war erledigt, sondern die deutsche Wehrmacht, und der Militarismus der anderen triumphierte.

Deutschland begann sich aufzulösen. Der Waffenstillstand zerstörte fast jede Widerstandsmöglichkeit, die Ostprovinzen gerieten in polnische Hände. Die Republik wurde proklamiert, und neben der roten Fahne des Marxismus ging die unsagbar ehrlose schwarzrotgoldene Überläuferfahne über Deutschland auf. Adolf Hitler stand vor diesem Zusammenbruch seines Volkes mit tiefer Empörung, aber auch mit dem heiligen Willen, nun ein Neues aufzubauen. In der Stunde im Lazarett zu Pasewalk, wo er erfuhr, daß Deutschland von Juden und Judenknechten, von Habgierigen und von Verkommenen des eigenen Volkes gemeuchelt, von Irregeleiteten und Feigen im Stich gelassen war, in dieser Stunde schwärzester Verzweiflung faßte er den Willen, dies alles einmal auszustreichen aus der Geschichte und ein neues stärkeres Deutschland zu bauen. Diese Stunde von Pasewalk ist die innere Geburtsstunde des Nationalsozialismus. Diese Stunde, als sie Deutschland mordeten, hat Adolf Hitler den Volksverderbern niemals vergeben. Er sagte selbst:

„Es war also alles umsonst gewesen. Umsonst all die Opfer und Entbehrungen, umsonst der Hunger und Durst von manchmal endlosen Monaten, vergeblich die Stunden, in denen wir, von Todesangst umkrallt, dennoch unsere Pflicht taten, und vergeblich der Tod von zwei Millionen die dabei starben. Mußten sich nicht die Gräber all der Hunderttausende öffnen, die im Glauben an das Vaterland einst hinausgezogen waren, um niemals wiederzukehren? Mußten sie sich nicht öffnen und die stummen, schlamm- und blutbedeckten Helden als Rachegeister in die Heimat senden, die sie um das höchste Opfer, das auf dieser Welt der Mann seinem Volke zu bringen vermag, so hohnvoll betrogen hatte? Waren sie dafür gestorben, die Soldaten des Augusts und Septembers 1914, zogen dafür die Freiwilligen-Regimenter im Herbste desselben Jahres den alten Kameraden nach? Sanken dafür diese Knaben von siebzehn Jahren in die flandrische Erde? War dies der Sinn des Opfers, das die deutsche Mutter dem Vaterlande darbrachte, als sie mit wehem Herzen die liebsten Jungen damals ziehen ließ, um sie niemals wiederzusehen? Geschah dies alles

dafür, daß nun ein Haufen elender Verbrecher die Hand an das Vaterland zu legen vermochte?

Hatte also dafür der deutsche Soldat in Sonnenbrand und Schneesturm hungernd, dürstend und frierend, müde von schlaflosen Nächten und endlosen Märschen ausgeharrt? Hatte er dafür in der Hölle des Trommelfeuers und im Fieber des Gaskampfes gelegen, ohne zu weichen, immer eingedenk der einzigen Pflicht, das Vaterland vor der Not des Feindes zu bewahren?

Wahrlich, auch diese Helden verdienten einen Stein:

‚Wanderer, der du nach Deutschland kommst, meldet der Heimat, daß wir hier liegen, treu dem Vaterlande und gehorsam der Pflicht.'

Und die Heimat —? ...

Elende und verkommene Verbrecher!

Je mehr ich mir in dieser Stunde über das ungeheure Ereignis klarzuwerden versuchte, um so mehr brannte mir die Scham der Empörung und der Schande in der Stirn. Was war der ganze Schmerz der Augen gegen diesen Jammer ...?

Mit dem Juden gibt es kein Paktieren, sondern nur das harte Entweder — Oder.

Ich aber beschloß, Politiker zu werden."

Von der Parteigründung bis zur Erhebung im November 1923

Deutschland trieb am Ende des Jahres 1918 der Auflösung entgegen. In Berlin hatte am 23. Dezember die spartakistische Volksmarinedivision geputscht, schwere Kämpfe erschütterten die Hauptstadt. Im Osten rangen fadendünne Linien eines mühsam unterhaltenen Selbstschutzes mit den vordrängenden polnischen Truppen, waren ganze Kreise schutzlos, kämpfte das ostmärkische Deutschtum, im Stich gelassen, einen verzweifelten Kampf. Das Rheinland war bereits von der fremden Besatzung überflutet — diese Stunde der großen deutschen Not benutzte die Zentrumspartei, um am 4. Dezember 1918 die Loslösung des Rheinlandes von Preußen zu fordern. Das mußte naturnotwendig der erste Schritt zur Unterstellung des Rheinlandes unter Frankreich sein ...

1. Jan. 1919 KPD gegründet

Am 1. Januar 1919 fand sich der radikalste Flügel der Unabhängigen Sozialdemokratie zur Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands, Sektion der III. Internationale, zusammen — unter der Führung der Juden Liebknecht, Radek und Rosa Luxemburg sammelte sich hier verzweifelte deutsche Arbeiterschaft und organisiertes Verbrechertum unter den roten Fahnen. Vom 5.—12. Januar tobte der Spartakusaufstand durch Berlin.

Der Gefreite Adolf Hitler war Ende November 1918 aus dem Lazarett in Pasewalk nach München zurückgekehrt. Er fand das Ersatzbataillon seines Regiments in der Hand roter Soldatenräte und gänzlich verwildert — dort ekelte es ihn derartig an, daß er bis zum März 1919 sich in das Lager Traunstein begab, wo noch militärische Ordnung und Sauberkeit herrschten. In dieser ganzen Zeit suchte Adolf Hitler nach einer Einsatzmöglichkeit, um dem grauenhaften Verfall Deutschlands eine Gesundung entgegenstellen zu können.

5. Jan. 1919 „Deutsche Arbeiterpartei" gegründet

Während er in Traunstein war, wurde in München am 5. Januar 1919 die „Deutsche Arbeiterpartei" unter dem Vorsitz des Schlossers Anton Drexler gegründet. Die ganze Partei zählte 24 Mitglieder, d. h. eigentliche Mitglieder waren es nur sechs. Die Partei war in Wahrheit nichts anderes als eine jener vielen Hunderte von Gruppen verzweifelnder Deutscher, die in der wirren Zeit einen Ausweg suchten. — Indessen ging

der Verfall reißend weiter. Die Unruhen und Aufstände nahmen zu. Am 10. Januar wurde die Räterepublik in Bremen ausgerufen, an der Ruhr brandete ein Bergarbeiterstreik; als am 15. Januar Rosa Luxemburg und Liebknecht in Berlin getötet wurden — eine verzweifelte Notwehr der Freikorps gegen diese raffinierten Aufhetzer aller bösen Instinkte des deutschen Volkes, — brach ein grauenhafter Spartakistenaufstand in Mitteldeutschland aus, in Halle, im Mansfelder Seekreis raste der Terror. Die Wahlen zur verfassunggebenden Nationalversammlung ergaben trotzdem keine Mehrheit des Marxismus.

Diese neugewählte Nationalversammlung wird nun am 6. Februar nach Weimar einberufen. Am 25. Januar tritt unter dem Vorsitz des Juden Preuß eine Kommission der Vertreter der deutschen Länder zur Beratung einer neuen Verfassung zusammen. Am 13. Februar wird unter Führung Scheidemanns ein Reichsministerium gebildet, der Jude Preuß übernimmt das Reichsinnenministerium, der Jude Landsberg das Reichsjustizministerium. Während am Rhein und im Osten die brutale Gewalt der siegreichen Gegner das deutsche Volk niederzwingt, eröffnet Herr Scheidemann die Sitzung der Nationalversammlung mit den Worten: „Die Zeiten der Gewaltherrschaft sind ein für allemal vorüber ..." Der Vertreterausschuß der deutschen Staaten aber erklärt am 16. Februar sich für die Einführung der schwarzrotgoldenen Fahne, der gleichen, die auf den Lügenzetteln und den Aufrufen zum Überlaufen geprangt hatten, zur deutschen Nationalfahne. Die Vertreter der deutschen Länder waren dabei u. a. folgende Juden: Adler, Bernstein, Cohn, Eisner, Flieder, Gradnauer, Haase, Haas, Hirsch, Heymann, Herzfeld, Kautsky, Löwengard, Oberländer, Preuß, Rosenfeld, Starossohn, Vogtherr, Wurm!

Am 21. Februar wird in Bayern der dortige Ministerpräsident und Jude Eisner (richtig Kosmanowski) durch den Grafen Arco erschossen, nachdem Eisner bewußt, um eine deutsche Kriegsschuld zu konstruieren, amtliche Dokumente gefälscht veröffentlicht hatte. Nach Eisners Tode setzen in München neue Unruhen ein. Über ganz Deutschland geht eine Welle des marxistischen Terrors, vom 3.—8. März tobt in Berlin aufs neue der Aufstand. Dazu werden die Treibereien auf Loslösung des Rheinlands von Preußen immer stärker; als in der preußischen verfassunggebenden Landesversammlung eine Entschließung gegen Loslösung des Rheinlands von Preußen gefaßt wird, enthält sich das Zentrum der Stimme.

Deutschland hungert. Seine Kriegsgefangenen werden vom Gegner zurückgehalten, der Wert des Geldes sinkt dauernd, eine grenzenlose Sittenlosigkeit verbreitet sich in dem erschöpften und verzweifelten Volke.

Adolf Hitler ging aus dem Lager Traunstein als ein unbekannter Soldat nach München im März des Jahres zurück. Dort trieb alles immer mehr auf eine kommunistische Erhebung hin. Adolf Hitler, dessen deutsche Gesinnung ihnen verhaßt ist, wird, weil er offen dem roten Gesindel entgegentritt, am 27. April 1919 von Spartakisten zu verhaften gesucht — vor dem angeschlagenen Karabiner des Frontsoldaten Hitler weichen die Kommunisten zurück. Am 7. April fällt München in die Hände der Kommunisten; eine grauenhafte Mißwirtschaft entwickelt sich. Die kommunistischen Führer, die Juden Leviné-Nissen, Lewin, Toller, Axelrod, Wadler hausen wie die Bestien in der unglücklichen Stadt. Geisel werden genommen, die Mitglieder einer völkischen Studiengesellschaft im Luitpold-Gymnasium ermordet — roher Terror des Verbrechertums regiert die schöne Stadt an der Isar. Ein ähnliches Bild entwickelt sich in Braunschweig. Reste der Fronttruppen und Freiwillige unter General Märcker und General Ritter von Epp säubern zuerst Braunschweig, dann wird München umzingelt und nach schweren Kämpfen bei Starnberg und Dachau der blutige jüdische Terror gebrochen. Adolf Hitler, der an diesem Befreiungskampf teilnimmt, wird in die Untersuchungskommission über die Revolutionsvorgänge beim 2. Infanterieregiment kommandiert. Dies ist seine erste rein politische Tätigkeit. Wenige Wochen darauf bekommt er den Auftrag, Kurse über staatsbürgerliche Begriffe bei den Truppen abzuhalten. Hierbei lernt er auch eine Anzahl Kameraden kennen, die gleich ihm die Notwendigkeit empfinden, auf neuen Wegen das deutsche Volk aus seiner völligen Katastrophe zu retten. Aus der Wirrnis der unklaren Auffassungen in der Truppe fand er das erlösende Wort, das damals wie heute gültig ist: „Für was wir zu kämpfen haben, ist die Sicherung des Bestehens und der Vermehrung unserer Rasse und unseres Volkes, die Ernährung seiner Kinder und Reinhaltung des Blutes, die Freiheit und Unabhängigkeit des Vaterlandes, auf daß unser Volk zur Erfüllung der auch ihm vom Schöpfer des Universums zugewiesenen Mission heranzureifen vermag."

Die alten Parteien konnten Adolf Hitler nicht locken. Entweder waren sie selber Träger der Zersetzung, wie die marxistischen Parteien und das Zentrum, oder sie hatten alles getan, damit durch ihre Unfähigkeit, Volksfremdheit und Überheblichkeit die Zersetzerparteien siegen konnten — wie die bürgerlichen Parteien. Adolf Hitler gibt diese Erkenntnis als seine Überzeugung und diejenige der wenigen ihm gleichgesinnten Kameraden wieder: „Wir waren alle mehr oder minder fest überzeugt, daß Deutschland durch die Parteien des Novemberverbrechens, Zentrum und Sozialdemokratie, nicht mehr aus dem heranreifenden Zusammenbruche gerettet werden würde, daß aber auch die sogenannten ‚bürgerlich-nationalen'

Gebilde selbst bei bestem Wollen niemals mehr gutzumachen verständen, was geschehen. Hier fehlte eine ganze Reihe von Voraussetzungen ohne die eine solche Arbeit eben nicht gelingen konnte. Die Folgezeit hat unserer damaligen Ansicht recht gegeben."

Im Verlauf dieser politischen Schulungskurse geriet Adolf Hitler auch in einen Vortrag des Ingenieurs Gottfried Feder. Feder stellte in klarer Weise gegenüber, wie auf der einen Seite die Arbeit, Grund und Boden und Maschine zusammengehörig tätig sind für die Ernährung und Erhaltung des Volkes und wie das rein Profit und Vorteil suchende Börsenkapital sich diese dienstbar macht, mit Staatsanleihen und Hypotheken das Volk in die Zinssklaverei und Abhängigkeit hineinzwingt. Adolf Hitler faßte seinen Eindruck dieses Vortrages zusammen in den Worten: „Als ich den Vortrag Gottfried Feders über die ‚Brechung der Zinsknechtschaft' anhörte, wußte ich sofort, daß es sich hier um eine theoretische Wahrheit handelt, die von immenser Bedeutung für die Zukunft des deutschen Volkes werden müßte. Die scharfe Scheidung des Börsenkapitals von der nationalen Wirtschaft bot die Möglichkeit, der Verinternationalisierung der deutschen Wirtschaft entgegenzutreten, ohne zugleich mit dem Kampf gegen das Kapital überhaupt die Grundlage einer unabhängigen völkischen Selbsterhaltung zu bedrohen. Mir stand die Entwicklung Deutschlands schon viel zu klar vor Augen, als daß ich nicht gewußt hätte, daß der schwerste Kampf nicht mehr gegen die feindlichen Völker, sondern gegen das internationale Kapital ausgefochten werden mußte. In Feders Vortrag spürte ich eine gewaltige Parole für dieses kommende Ringen ... Der Kampf gegen das internationale Finanz- und Leihkapital ist zum wichtigsten Programmpunkt des Kampfes der deutschen Nation um ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit und Freiheit geworden ..."

In einer kleinen Versammlung im Leiberzimmer des ehemaligen Sterneckerbräus in München sprach nun auch Feder im Rahmen der schon erwähnten kleinen „Deutschen Arbeiterpartei". Adolf Hitler ging dorthin, ohne besonders von dem winzigen Vereinchen überzeugt zu sein, benutzte allerdings die Gelegenheit, einem Professor, der dort für die Lostrennung Bayerns vom Reiche eintrat, gehörig seine Meinung zu sagen.

Die kleine Partei forderte Adolf Hitler zum Beitritt auf. In einer Versammlung des winzigen Lokals „Altes Rosenbad" in der Herrenstraße in München trat Adolf Hitler dieser neugegründeten Partei innerlich bei. Wie unfertig diese kleine Partei war, der von der Schreibmaschine angefangen bis zu jeder organisatorischen Tätigkeit alles fehlte, schildert Adolf Hitler in „Mein Kampf" mit überlegenem Humor:

„Im Zwielicht einer halb demolierten Gaslampe saßen an einem Tisch

vier junge Menschen, darunter auch der Verfasser der kleinen Broschüre, der mich sofort auf das freudigste begrüßte und als neues Mitglied der Deutschen Arbeiterpartei willkommen hieß ... Nun lernte ich wenigstens die Namen der einzelnen Herren kennen. Der Vorsitzende der ‚Reichsorganisation' war ein Herr Harrer, der von München Anton Drexler.

Es wurde nun das Protokoll der letzten Sitzung verlesen und dem Schriftführer das Vertrauen ausgesprochen. Dann kam der Kassenbericht an die Reihe — es befanden sich in dem Besitze des Vereins insgesamt 7 Mark und 50 Pfennig —, wofür der Kassierer die Versicherung allseitigen Vertrauens erhielt. Dies wurde wieder zu Protokoll gebracht. Dann kamen vom ersten Vorsitzenden die Antworten auf einen Brief aus Kiel, einen aus Düsseldorf und einen aus Berlin zur Verlesung, alles war mit ihnen einverstanden. Nun wurde der Einlauf mitgeteilt: ein Brief aus Berlin, einer aus Düsseldorf und einer aus Kiel, deren Ankunft mit großer Befriedigung aufgenommen zu werden schien. Man erklärte diesen steigenden Briefverkehr als bestes und sichtbares Zeichen der umsichgreifenden Bedeutung der ‚Deutschen Arbeiterpartei', und dann — dann fand eine lange Beratung über die zu erteilenden neuen Antworten statt.

Fürchterlich, fürchterlich. Das war ja eine Vereinsmeierei allerärgster Art und Weise. In diesen Klub also sollte ich eintreten?

Dann kamen die Neuaufnahmen zur Sprache, das heißt: es kam meine Einfangung zur Behandlung. Ich begann nun zu fragen — jedoch außer einigen Leitsätzen war nichts vorhanden, kein Programm, kein Flugblatt, überhaupt nichts Gedrucktes, keine Mitgliedskarten, ja nicht einmal ein armseliger Stempel, nur ersichtlich guter Glaube und guter Wille ...

Als ich an diesem Abend wieder nach der Kaserne ging, hatte ich mir mein Urteil über diesen Verein gebildet. Ich stand vor der wohl schwersten Frage meines Lebens: sollte ich hier beitreten, oder sollte ich ablehnen? ...

Je länger ich nachzudenken versuchte, um so mehr wuchs in mir die Überzeugung, daß gerade aus einer solchen kleinen Bewegung heraus dereinst die Erhebung der Nation vorbereitet werden konnte — niemals aber mehr aus den viel zu sehr an alten Vorstellungen hängenden oder gar am Nutzen des neuen Regiments teilnehmenden politischen Parlamentsparteien. Denn was hier verkündet werden mußte, war eine neue Weltanschauung und nicht eine neue Wahlparole ...

Nach zweitägigem qualvollem Nachgrübeln und Überlegen kam ich endlich zu der Überzeugung, den Schritt zu tun.

Es war der entscheidendste Entschluß meines Lebens.

Ein Zurück konnte und durfte es nicht mehr geben.

So meldete ich mich als Mitglied der Deutschen Arbeiterpartei an und erhielt einen provisorischen Mitgliedsschein mit der Nummer: sieben."

Wochenlang, monatelang gelang es der kleinen Partei überhaupt nicht, irgendwelche Aufmerksamkeit zu erregen — zu ihren „Versammlungen", zu denen sie durch maschinengeschriebene Zettel einlud, kam fast niemand. Oft genug verzweifelten die Mitglieder völlig. Aber Adolf Hitler riß ihr Zuvertrauen immer wieder hoch. Erst als er es durchsetzte, daß eine Versammlung in der Zeitung angezeigt wurde, kamen hundertundelf Personen. Adolf Hitler sprach — sein Feuer, die Klarheit seines Wollens riß diese deutschen Menschen mit — hundertundelf Neuaufnahmen! Der Schneeball war geformt, der zur riesigen Lawine des deutschen Erwachens werden sollte. Das aber dauerte alles das ganze Jahr 1919 hindurch. Indessen türmte sich auf Deutschland das Unglück.

7. Mai 1919 Friedensdiktat überreicht

Mitten hinein in das Gezänk der Nationalversammlung, in Schieberei und Elend, Not und Verworfenheit platzte am 7. Mai die Übergabe des Friedensdiktates der übermütigen, haßkranken Sieger. Ein Schrei des Grauens ging durch alle noch volksbewußten Teile der deutschen Nation — das war das Ende, das Todesurteil, die überlegte, grausame, kalte Vernichtung!

Das Diktat bestimmt:

Den Verlust von Elsaß-Lothringen, Eupen-Malmedy, eine Volksabstimmung unter fremder Gewalt in Nord-Schleswig, die Lostrennung von Danzig, dem größten Teil von Westpreußen, fast ganz Posen, Volksabstimmung in Oberschlesien, Verlust von Hultschin, Verlust der gesamten Kolonien — es ist die erste Teilung Deutschlands!

Das Diktat bestimmt: eine „Wiedergutmachungspflicht" Deutschlands, für alle den Gegnern durch den Krieg zugestoßenen Schäden — es ist die völlige wirtschaftliche Versklavung Deutschlands.

Das Diktat bestimmt im Artikel 231: „Die alliierten und assoziierten Regierungen erklären und Deutschland erkennt an, daß Deutschland und seine Verbündeten als Urheber für alle Verluste und Schäden verantwortlich sind, die die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Staatsangehörigen infolge des ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezwungenen Krieges erlitten haben."

Die Mantelnote vom 16. Juni 1919 erklärte dazu: „Nach der Anschauung der alliierten Mächte ist der Krieg, der am 1. August 1914 ausgebrochen ist, das größte Verbrechen gegen die Menschheit und gegen die Freiheit der Völker gewesen, das eine sich für zivilisiert ausgebende Nation jemals mit Bewußtsein begangen hat."

Das war die Belastung mit der Schuld am Weltkriege wider besseres Wissen, lediglich um eine moralische Begründung der beabsichtigten Ausraubung des deutschen Volkes zu haben — das war die bewußte Entehrung des deutschen Volkes.

Das Diktat bestimmte die Wegnahme der deutschen Auslandsvermögen, die Fortnahme der Handelsflotte, die Fortnahme der militärischen Organisation, die Herabdrückung des deutschen Volkes zu einem Sklavenvolk!

Und trotzdem brachte das deutsche Volk die Widerstandskraft nicht mehr auf, um sich gegen diese Zerstörung zu wehren. Ja, die sittliche Verkommenheit in Deutschland war so grenzenlos geworden, daß in aller Öffentlichkeit die Unabhängige Sozialdemokratie öffentliche Kundgebungen für bedingungslose Annahme des Friedensdiktats veranstalten konnte. Die Sozialdemokratie hat sogar die furchtbare Kriegsschuldlüge bekannt, indem sie später wider besseres Wissen auf der Genfer Tagung der Zweiten Internationale im Juli 1920 die Erklärung abgab: „Ein Dolus eventualis (den Krieg herbeizuführen) war auf seiten der deutschen Machthaber vorhanden, als sie ihre österreichischen Bundesgenossen zum schärfsten Vorgehen gegen Serbien ermutigten, auch auf die Gefahr hin, daß daraus ein Weltkrieg entstehen könnte . . . Die Gefahr, die in der Führung der auswärtigen Politik ohne Kontrolle des Reichstages und damit auch der Sozialdemokratie lag, nicht rechtzeitig und energisch genug bekämpft zu haben, ist die Schuld, zu der wir uns vor aller Welt freimütig bekennen."

Selbst wenn gerechtdenkende Ausländer sich gegen die Belastung Deutschlands mit der Kriegsschuldlüge wandten, haben die Sozialdemokraten widersprochen. Die amerikanische Zeitung „Milwaukee Leader" vom 22. September 1923 berichtet über den „Internationalen Sozialdemokratischen Kongreß" in Hamburg im Herbst 1923: „Der amerikanische Arbeiterführer und Kongreßpräsident Victor L. Berger hat als Delegierter den Standpunkt vertreten: ‚Der Schuldanteil der alten deutschen Regierung am Ausbruch des Weltkrieges erscheint, verglichen mit der Schuld der anderen Mächte, als eine ‚quantité négligable' . . . Nach den Veröffentlichungen der Sowjetregierung ist es eine Nichtswürdigkeit, wenn man an der Alleinschuld Deutschlands festhält." — Berger hat auch das deutsche Volk von der ihm zudiktierten Strafe, von Reparationsverpflichtungen ohne Grenzen und ohne Ende, d. h. von der Verpflichtung zu dauernder Sklavenarbeit und zu einem dauernden Verzicht auf Lebensfreude und die Befriedigung höherer Kulturbedürfnisse, befreien wollen und den Antrag gestellt:

„Alle Reparationsverpflichtungen sind unter die am Kriege beteiligt gewesenen Nationen zu verteilen, im Verhältnis ihrer Einwohnerzahl und ökonomischen Stärke oder im Verhältnis der von ihnen verwandten Soldaten und Kanonen."

Dieser Antrag hatte ein merkwürdiges Schicksal. Der Belgier Vandervelde, der als Ministerpräsident den Vertrag von Versailles mit unterzeichnet hatte, hat sich, nach Berger, „vor Zorn wie rasend gebärdet". Die Franzosen erklärten: „Wird ein derartiger Antrag angenommen, so können wir erwarten, daß man uns beim Betreten unseres Landes niederstößt." Die Engländer haben wenig gesagt, aber aufmerksam zugehört. Die Erklärung der deutschen Sozialdemokraten aber hat gelautet: „Ein solcher Antrag würde auch der deutschen sozialdemokratischen Partei schädlich sein. Die Partei hat die deutsche Schuld am Kriege und die Verpflichtung, Reparationen zu leisten, im Prinzip angenommen." Nach dieser Erklärung der Vertreter der deutschen Sozialdemokratie hat Berger seinen Antrag fallen lassen, es hat ihn auch kein anderer wieder aufgenommen.

Unter diesen Umständen mußte jeder Widerstandsversuch Deutschlands schon deswegen aussichtslos sein, weil er von diesem landesverräterischen Marxismus, der seine politische Beherrschung Deutschlands aus dem Siege der Feinde Deutschlands herleitete, sofort lahmgelegt wurde und lahmgelegt werden konnte. Am 22. Juni 1919 beschloß die Nationalversammlung: „Die Nationalversammlung ist mit der Unterzeichnung des Friedensvertrages einverstanden" — und am 31. Juli nahm dieselbe Nationalversammlung die Weimarer Verfassung an, die am 11. August vom Reichspräsidenten Ebert unterzeichnet wurde. Über Deutschland wehten die schwarzrotgoldenen Landesverräterfahnen. Auf 35 Milliarden Mark schätzte die „Neue Zürcher Zeitung" das nach der Schweiz abgeflossene deutsche Kapital, d. h. das verschobene deutsche Vermögen; das Volk hungerte, die Verzweiflung ging durch Deutschland.

Die deutschen Freikorps, die noch im Baltikum kämpften, wurden im Oktober des Jahres im Stich gelassen — verfemt und geächtet mußten diese treuen deutschen Soldaten nach Deutschland heimkehren. Die Feldherren der deutschen Armee aber, Generalfeldmarschall v. Hindenburg und Generalquartiermeister Ludendorff wurden am 18. November von einem parlamentarischen Untersuchungsausschuß der Juden Sinzheimer und Cohn vernommen.

In dieser Zeit kämpft sich die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei aus kleinen und kleinsten Anfängen hoch.

Das Jahr 1920: Das Jahr 1920 beginnt mit der Unterzeichnung des Protokolls des Friedensvertrages. Mit dem 10. Januar 1920 ist damit der Versailler Diktatfriede in Kraft. Zur gleichen Zeit tobt in Deutschland ein allgemeiner Eisenbahnerstreik, die Grenzen werden für die Ostjuden weit geöffnet. Der Prozeß gegen einen der Haupttreiber der Revolte von 1918, Erzberger, zeigte, daß dieser edle Volksführer bestechlich, und, wie ihm das Gericht bescheinigte, mit folgenden üblen Eigenschaften behaftet war:

10. Jan. 1920 Protokoll des Diktats unterschrieben. Diktat in Kraft

1. Vermischung politischer Tätigkeit und eigener Geldinteressen (Geschäftspolitik);
2. Unwahrhaftigkeit;
3. Unanständigkeit;
4. politische Tätigkeit zum Nachteil Deutschlands.

Die Erregung über den Erzberger-Skandal, der Versuch der Regierung, die Freikorps aufzulösen, ihre Weigerung, die Wahl des Reichspräsidenten durch das Volk vollziehen zu lassen, führt am 13. März zum Kapp-Putsch. Die Brigade Ehrhardt besetzt von Döberitz aus Berlin, eine Regierung unter dem Generallandschaftsdirektor Kapp wird gebildet — aber es steht keine neue Weltanschauung, keine wirkliche politische Idee hinter diesem Vorstoß, es sind auch viel zu viel Führer von gestern, Männer der Vorkriegszeit an der Spitze, so daß der Kapp-Putsch mißglückt. Am 17. März tritt Kapp zurück, seine Truppen rücken nach heftigen Kämpfen mit kommunistischen Banden aus Berlin ab. Der Generalstreik, der gegen Kapp proklamiert ist, läuft im Ruhrgebiet und in Mitteldeutschland in eine blutige kommunistische Erhebung aus, die von Reichswehr niedergeworfen werden muß. Die Botschafter der Siegermächte übermitteln der Reichsregierung ihre Glückwünsche zur Niederwerfung des Kapp-Putsches. Das zeigt, in wessen Interesse die Bekämpfung des Kapp-Unternehmens lag. Im Vogtland in Sachsen brechen schwere kommunistische Unruhen aus, die unter Führung des Kommunistenhäuptlings Max Hölz stehen. Häuser und Villen werden niedergebrannt. Mit Mühe gelingt es, den roten Terror zu brechen. Die Reichstagswahlen am 6. Juni 1920 bringen eine starke Zunahme der Unabhängigen Sozialdemokraten, ein Zurückgehen der Mehrheitssozialdemokraten und zwingen diese dadurch, ihr Kabinett zurückzuziehen. Das neue Reichskabinett steht unter der Führung des Zentrumsmannes Fehrenbach. In Oberschlesien wird die Lage immer bedrohlicher, vom 17.—28. Juni tobt dort ein Polenaufstand. Die Volksabstimmung in Nordschleswig hatte schon im Februar einen Verlust großer Teile von Schleswig mit der rein deutschen Stadt Tondern mit sich gebracht, während die Volksabstimmung in Eupen-Malmedy so stark unter belgischem

13. März 1920 Kapp-Putsch

3*

Druck stand, daß die Bevölkerung nicht wagte, ihrer Gesinnung nach für Deutschland zu stimmen. Ja, in München ließ sich ein französischer Gesandter nieder, der von dort auf Loslösung Bayerns vom Reich hinarbeitete.

24. Februar 1920 Hofbräuhausversammlung

Das Jahr 1920 sah auch am 24. Februar das erste größere öffentliche Hervortreten der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei in einer großen Massenversammlung im Hofbräuhaus am Platzl in München. Adolf Hitler sprach, der Saal war von Freunden und noch viel mehr von Gegnern gefüllt. Adolf Hitler schildert diese Stunde, in der er das Programm der NSDAP entwickelte und vorlegte, folgendermaßen:

„Der gewaltige Raum, denn gewaltig kam er mir damals vor, war mit Menschen überfüllt, Kopf an Kopf, eine fast zweitausend zählende Menge. Und vor allem — es waren die gekommen, an die wir uns wenden wollten. Weit über die Hälfte des Saales schien von Kommunisten und Unabhängigen besetzt. Unsere erste große Kundgebung war von ihnen zu einem schnellen Ende bestimmt worden.

Allein es kam anders. Nachdem der erste Redner geendet, ergriff ich das Wort. Wenige Minuten später hagelte es Zwischenrufe, im Saal kam es zu heftigen Zusammenstößen, eine Handvoll treuester Kriegskameraden und sonstige Anhänger schlugen sich mit den Störenfrieden und vermochten erst nach und nach, einige Ruhe herzustellen. Ich konnte wieder weitersprechen. Nach einer halben Stunde begann der Beifall das Schreien und Brüllen langsam zu übertönen.

Und nun ergriff ich das Programm und begann es zum erstenmal zu erläutern.

Von Viertelstunde zu Viertelstunde wurden die Zwischenrufe mehr und mehr zurückgedrängt von beifälligen Zurufen. Und als ich endlich die fünfundzwanzig Thesen Punkt für Punkt der Masse vorlegte und sie bat, selber das Urteil über sie zu sprechen, da wurden sie nun eine nach der andern unter immer mehr sich erhebendem Jubel angenommen, einstimmig und immer wieder einstimmig, und als die letzte These so den Weg zum Herzen der Masse gefunden hatte, stand ein Saal voll von Menschen vor mir, zusammengeschlossen von einer neuen Überzeugung, einem neuen Glauben, von einem neuen Willen.

Als sich nach fast vier Stunden der Raum zu leeren begann und die Masse sich Kopf an Kopf wie ein langsamer Strom dem Ausgang zuwälzte, zuschob und zudrängte, da wußte ich, daß nun die Grundsätze einer Bewegung in das deutsche Volk hinauswanderten, die nicht mehr zum Vergessen zu bringen waren.

Ein Feuer war entzündet, aus dessen Glut dereinst das Schwert kommen muß, das dem germanischen Siegfried die Freiheit, der deutschen Nation das Leben wiedergewinnen soll."

Im Hochsommer 1920 wird die Hakenkreuzfahne geschaffen. Adolf Hitler selber bezeichnet diese für jeden Deutschen heilige Fahne unseres Volkes:

„Und ein Symbol ist dies wahrlich! Nicht nur, daß durch die einzigen, von uns allen heißgeliebten Farben, die einst dem deutschen Volke so viel Ehre errungen hatten, unsere Ehrfurcht vor der Vergangenheit bezeugt wird, sie war auch die beste Verkörperung des Wollens der Bewegung. Als nationale Sozialisten sehen wir in unserer Flagge unser Programm. Im Rot sehen wir den sozialen Gedanken der Bewegung, im Weiß den nationalistischen, im Hakenkreuz die Mission des Kampfes für den Sieg des arischen Menschen und zugleich mit ihm auch den Sieg des Gedankens der schaffenden Arbeit, die selbst ewig antisemitisch war und antisemitisch sein wird."

Aus der anfänglichen Ordnertruppe entwickelt sich der Anfang der SA — noch ist der Kampf Adolf Hitlers schwer genug. Der Marxismus griff die junge nationalsozialistische Bewegung immer wieder an, dazu entstand in Bayern in gewisser Bindung zu Frankreich eine höchst verwerfliche Loslösungsbewegung, die Bayern vom Reich trennen wollte. Ja, es fanden sich sogar Schurken genug, die im Solde des Auslandes oder aus eigener Minderwertigkeit behaupteten, der Versailler Diktatfriede sei „gerecht", denn Deutschland habe in dem seinerzeit mit Rußland 1917 geschlossenen Frieden von Brest-Litowsk viel härtere Bedingungen gestellt. Mit der großen Versammlung im Hofbräuhaus aber hatte Adolf Hitler das Eis gebrochen, fast jede Woche veranstaltete die nationalsozialistische Bewegung im Hofbräuhaus und anderen Sälen Münchens riesige Kundgebungen, in denen Adolf Hitler der Wahrheit zum Siege verhalf. Immer neue Kämpfer strömten zu den Hakenkreuzfahnen.

Das Jahr 1921. Im Januar 1921 drohte durch das Londoner Diktat dem deutschen Volke eine neue Entehrung. Die nationalsozialistische Partei, an die sich jetzt, wo sie stark wird, eine Anzahl bürgerlicher Verbände heranmachen, die aber mit der Vorbereitung zu einer machtvollen Kundgebung so lange trödeln, daß Adolf Hitler die Geduld ausgeht, veranstaltet gegen diese neue Unterwerfung eine riesige Kundgebung im Zirkus Krone in München — seitdem konnte Adolf Hitler stets damit rechnen, daß auch dieser große Saal Münchens gefüllt war, wenn die Nationalsozialistische Partei rief.

In Oberschlesien fällt die Abstimmungsentscheidung zwar für Deutschland; danach hätte von Rechts wegen ganz Oberschlesien bei Deutschland bleiben müssen; wieder aber fällt der Marxismus Deutschland in den Rücken, wüste kommunistische Unruhen brechen in Hamburg und im Ruhrgebiet aus. Die Polen benutzten diese Gelegenheit zu einem Aufstande, gegen den verzweifelt deutsche Freikorps, von ihrer Regierung so gut wie preisgegeben, sich wehrten. Wohl gelingt es den deutschen Truppen, am 23. Mai den Annaberg zu stürmen und die Polen aus Oberschlesien hinauszudrängen, aber alliierte Truppen zwingen die Deutschen, sich zurückzuziehen. Daneben geht dauernd der Druck der Reparationsforderungen, und die Erpresserpolitik der Entente. Der Volksschädling Erzberger beginnt auch schon wieder eine Rolle in der deutschen Politik zu spielen — da wird er auf dem Kniebis im Schwarzwald von den jungen Marineoffizieren Schulz und Tillessen umgelegt. Diese tapfere Tat, die Beseitigung eines Volksverderbers in der Stunde höchster Not des Vaterlandes, ist ein Beispiel für jeden jungen Deutschen, eine Heldentat, wie es die Ermordung des Tyrannen Pisistratos durch die jungen Athener Harmodios und Aristogeiton in Athen einst war. Auf diese Tat, hinter der noch keine irgendwie genügend starke politische Macht steht, setzt der marxistische Terror verstärkt ein, zu seinem Schutz und zur Bekämpfung des deutschen Volkes ergeht die erste Verordnung zum Schutz der Republik vom 29. August 1921.

23. Mai 1921 Annaberg

Immer stärker festigte sich indessen die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei. Nach einer Parteireinigung wurde Adolf Hitler am 1. August zum Parteiführer gewählt.

1. August 1921 Adolf Hitler Parteiführer

Bereits beherrschte der Nationalsozialismus die Straßen Münchens, andere kleine Parteien, darunter die Deutschsozialistische des alten Vorkämpfers gegen die Judenherrschaft Julius Streicher zu Nürnberg, lösten sich auf und führten ihre Mitglieder der NSDAP zu. Entschlossen wurde der marxistische Terror zurückgetrieben. Am 4. November 1921 wurde eine regelrechte Versammlungssprengung durch Sozialdemokraten und Kommunisten gegen eine Hitlerversammlung im Hofbräufestsaal in München in wilder Saalschlacht mit blutigen Köpfen für die Angreifer zurückgeschlagen; Adolf Hitler behielt das Feld — „die Versammlung geht weiter".

Die Stärke der Partei beruht in erster Linie auf ihrem Führerprinzip. Das schloß jede innere Spaltung und Auflösung von vorneherein aus. „Eine Bewegung, die in einer Zeit der Herrschaft der Majorität in allem und jedem sich selbst grundsätzlich auf das Prinzip des Führergedankens und der daraus bedingten Verantwortlichkeit einstellt, wird eines Tages

mit mathematischer Sicherheit den bisherigen Zustand überwinden und als Siegerin hervorgehen."

Das Jahr 1922: Immer noch lastete die grauenhafte Reparationsfrage auf dem verarmten Deutschland, dessen Währung und Wirtschaft immer stärker verfielen. Auf einer Konferenz in Cannes sollte eine Lösung dieses Problems gefunden werden — wie immer, wenn Deutschland in schwerer Not war, fiel ihm der Marxismus in den Rücken: Auf dem Parteitag der Unabhängigen Sozialdemokratie erklärte der Abgeordnete Crispien: „Wir kennen kein Vaterland, das Deutschland heißt, unser Vaterland ist das Proletariat." Er zeigte damit den Gegnern Deutschlands, daß er gewillt war, jeden deutschen Widerstand lahmzulegen. Wüste Streiks, darunter am 1. Februar ein Eisenbahnerstreik, verschärften die Lage. Der internationale Jude Walter Rathenau wird Reichsaußenminister. Inflation und Verarmung nehmen schauerliche Formen an. Am 24. Juni 1922 wird Walter Rathenau von den deutschen jungen Offizieren Kern und Fischer in Berlin erschossen. Diese tapfere Tat steigerte noch einmal den marxistischen Terror gegen alle deutschbewußten Teile des Volkes. Zu Zehntausenden ließ der Marxismus die deutschen Arbeiter überall demonstrieren — für einen toten jüdischen Kapitalisten! Reichskanzler Wirth aber erklärte im Deutschen Reichstage: „Der Feind steht rechts!" und setzte ein neues Republik-Schutzgesetz durch. Kern und Fischer fielen tapfer kämpfend gegen Polizei auf der Burg Saaleck. Erst das neue Deutschland Adolf Hitlers hat diesen Freiheitskämpfern am 17. Juli 1933 ein Ehrenmal an der Stelle gesetzt, wo sie ihre Treue zum deutschen Volk mit dem Tode besiegelten. Gegen die Mitkämpfer und Helfer Kerns und Fischers wurden von einem besonderen Staatsgerichtshof, in dem auch Juden saßen, barbarische Zuchthausurteile verhängt.

24. Juni 1922 Rathenau erschossen

Die nationalsozialistische Bewegung demonstrierte bereits damals entschlossen gegen diese Knebelung des deutschbewußten Teiles der Nation. Im Sommer 1922 setzten sich die „Sturmtruppler" Adolf Hitlers, die spätere SA, entschlossen gegen den Terror durch. Bereits aber greift der Nationalsozialismus weiter. In Koburg bricht Adolf Hitler selbst an der Spitze der SA den roten Straßenterror. Adolf Hitler schildert diesen Kampf folgendermaßen: „Völkische Verbände beabsichtigten, in Koburg einen sogenannten ‚Deutschen Tag' abzuhalten . . . Als wir in Koburg auf dem Bahnhof eintrafen, empfing uns eine Deputation der Festleitung, die uns einen als ‚Vereinbarung' bezeichneten Befehl der dortigen Gewerkschaften bzw. der Unabhängigen und Kommunistischen Partei

übermittelte, des Inhalts, daß wir die Stadt nicht mit entrollten Fahnen, nicht mit Musik ... und nicht in geschlossenem Zug betreten dürften.

Ich lehnte diese schmählichen Bedingungen sofort glatt ab ... und erklärte, daß die SA augenblicklich in Hundertschaften antreten und mit klingender Musik und wehenden Fahnen in die Stadt marschieren werde. ...

Schon auf dem Bahnhofsplatz empfing uns eine nach vielen Tausenden zählende, gröhlende und johlende Menschenmenge. ‚Mörder!‘, ‚Banditen!‘, ‚Räuber!‘, ‚Verbrecher!‘ waren die Kosenamen, mit denen uns die vorbildlichen Begründer der deutschen Republik liebreich überschütteten. Die junge SA hielt mustergültige Ordnung, die Hundertschaften formierten sich auf dem Platz vor dem Bahnhof und nahmen zunächst von den Anpöbelungen keine Notiz. Durch ängstliche Polizeiorgane wurde der abmarschierende Zug in der für uns alle ganz fremden Stadt nicht, wie bestimmt, in unser Quartier, eine an der Peripherie Koburgs liegende Schützenhalle, sondern in den Hofbräuhauskeller, nahe dem Zentrum der Stadt, geleitet. Links und rechts vom Zuge nahm das Toben der begleitenden Volksmassen immer mehr zu. Kaum, daß die letzte Hundertschaft in den Hof des Kellers eingebogen war, versuchten auch schon große Massen, unter ohrenbetäubendem Geschrei nachzurücken. Um dies zu verhüten, schloß die Polizei den Keller ab. Da dieser Zustand nun ein unerträglicher war, ließ ich die SA noch einmal antreten, ermahnte sie kurz und forderte von der Polizei die augenblickliche Öffnung der Tore. Nach längerem Zögern kam sie dem auch nach.

Wir marschierten nun den Weg, den wir gekommen waren, wieder zurück, um zu unserm Quartier zu gelangen, und da mußte nun allerdings endlich Front gemacht werden. Nachdem man durch Schreien und beleidigende Zurufe die Hundertschaften nicht aus der Ruhe hatte bringen können, griffen die Vertreter des wahren Sozialismus, der Gleichheit und Brüderlichkeit zu Steinen. Damit war unsere Geduld zu Ende, und so hagelte es zehn Minuten lang links und rechts vernichtend nieder, und eine Viertelstunde später war nichts Rotes mehr auf den Straßen zu sehen."

Seit diesem Tage von Koburg brach die SA nun überall in Bayern die marxistische Vorherrschaft und stellte die Versammlungsfreiheit wieder her. Sie wurde zur allzeit bereiten Faust der Bewegung, welche die Sicherung der politischen Arbeit der Partei durchsetzte.

Das Jahr 1923: Inflation und Verfall waren auf den Höhepunkt gestiegen. Poincaré, der haßerfüllte französische Staatsmann, setzte in der Reparationskommission einen Beschluß durch, der feststellte, daß Deutsch-

land sich durch Nichtlieferung gewisser ihm obliegender Leistungen an Kohle, Holz und Telegraphenstangen einer Verfehlung schuldig gemacht habe. Er verlangte „produktive Pfänder". Französische Truppen brachen am 10. Januar ins Ruhrgebiet ein — zur gleichen Zeit übrigens, als litauische Truppen das Memelland besetzten. Die Franzosen besetzten an der Ruhr die deutschen Zechen, Werke und Gruben, am 31. März, am Blutsonntag von Essen, wurden die Arbeiter der Krupp-Werke von den Franzosen zusammengeschossen — dreizehn Deutsche fallen. Unter französischer Leitung bricht wüster Separatismus, von Landesverrätern und Bestochenen geführt, im Rheinland aus. Wieder fällt der Marxismus Deutschland in den Rücken, die NSDAP ist in Preußen verboten, einer der Vorkämpfer eines aktiven Widerstandes, Albert Leo Schlageter, wird von Spitzeln der preußischen Regierung an die Franzosen ausgeliefert und auf Grund eines Urteils eines französischen Kriegsgerichts am 26. Mai auf der Golzheimer Heide bei Düsseldorf erschossen. Ein Sozialdemokrat schämte sich nicht, diesen tapferen Deutschen im offenen Reichstag zu beschimpfen, die sozialdemokratische Regierung in Thüringen hielt Nationalsozialisten auf, die zum Kampf ins Ruhrgebiet fahren wollten, in München zeigten sich aufs neue Treibereien, die auf Loslösung Bayerns vom Reich gerichtet waren. Unter grauenhaftem Terror der Franzosen und Belgier erlahmte der deutsche passive Widerstand im Ruhrgebiet, während der aktive Widerstand vom Marxismus von hinten erdolcht wurde. Am 12. August trat das Reichskabinett Cuno, das bis dahin den passiven Widerstand getragen hatte, zurück, an seine Stelle kam ein Kabinett Stresemann. Dieses brach den Widerstand an der Ruhr ab.

10. Januar 1923 Ruhreinbruch

26. Mai 1923 Schlageter erschossen

Schon am 27. Januar 1923 auf dem ersten Parteitage hatte die NSDAP in entschlossener Weise zum Kampf gegen den französischen Einbruch, zur Niederringung der marxistischen Schädlinge aufgerufen. 6000 Mann SA, gewiß für heutige Verhältnisse nicht viel, damals die kleine Heldenschar, die Deutschland nicht verloren gegeben hatte und in Adolf Hitler bereits den Führer zur Freiheit erkannte, marschierte an Adolf Hitler vorüber. Im „Völkischen Beobachter", dem ersten Blatt der Bewegung, schrieb Adolf Hitler damals gegen den volksverräterischen Marxismus und die Feigheit der bürgerlichen Parteien in Deutschland:

27. Januar 1923 Erster Parteitag der NSDAP

„. . . solange dieses Volk nicht den Meuchelmördern im eigenen Körper das Handwerk legt, wird ihm ein Erfolg nach außen nie beschieden sein. Während man papierne und rednerische Proteste gegen Frankreich hinausbläst, ist der Todfeind der deutschen Rasse noch innerhalb der Mauern des Reiches und treibt sein wühlerisches Handwerk weiter. Nieder mit den Novemberverbrechern, mit all dem Geflunker und Geschwätz von Einheits-

front! Hüten wir uns, zu vergessen, daß sich zwischen uns und die Volksbetrüger, Arbeiterverführer und bürgerlichen Parteiverbrecher zwei Millionen Tote schieben ..."

Als nun der Ruhrwiderstand niederbrach, war die Gefahr der Reichsauflösung ganz nahe herangekommen. In der Pfalz, im Rheinland hauste der Separatismus, in Thüringen stellten die Kommunisten rote Hundertschaften auf, in Sachsen denunzierte der Minister Zeigner, unabhängiger Sozialdemokrat und völlig korrupt, sogar die deutsche Reichswehr bei dem Feinde. Das Reich schien zerfallen zu sollen. Aber nicht gegen diese Verbrecher, sondern in erster Linie gegen Adolf Hitler ging die Regierung Stresemann vor.

2. Sept. 1923 Deutscher Tag zu Nürnberg

Noch vor dem Abbruch des Ruhrwiderstandes am 26. September hatte der Nationalsozialismus auf dem Deutschen Tag zu Nürnberg am 2. September zum Kampf gegen Marxismus und Unterdrückung aufgerufen. In Bayern hatte die Gegnerschaft der dortigen Regierung gegen die Erfüllungsregierung Stresemann zur Einsetzung des Generalstaatskommissars von Kahr geführt, der den Maßnahmen der Regierung Stresemann offen entgegentrat. Als Adolf Hitler im „Völkischen Beobachter" die Kapitulationspolitik Stresemanns angriff, weigerte sich der Kommandeur der 7. Reichswehrdivision in Bayern, General v. Lossow, das von der Reichsregierung ausgesprochene Verbot des „Völkischen Beobachters" durchzuführen. Durch den Gegensatz zu Stresemann kamen die beiden Gruppen — die bayerische Regierung und ihr Generalstaatskommissar v. Kahr auf der einen Seite, Adolf Hitler und die nationalsozialistische Bewegung auf der anderen Seite — einander näher. Innerlich stimmten sie nicht überein. Herr v. Kahr und seine Leute wollten in Bayern möglichst selbständig sein und erklärten sich als Treuhänder des Bayerischen Königtums — damit war für diese kurzsichtigen und reaktionären Männer die deutsche Frage gelöst. Adolf Hitler wollte Deutschland von der Judenherrschaft, vom Marxismus und seinen Trägern befreien, er wollte nicht die alten Schichten, die 1918 schmählich versagt hatten, unverdienterweise wieder ans Ruder bringen — Adolf Hitler wollte ein neues Deutschland, Kahr und die Seinen ein Stück des alten Deutschlands. Adolf Hitler drängte darauf, nachdem General v. Lossow sich geweigert hatte, das Verbot durchzuführen, nachdem die bayerische Regierung den General am 22. Oktober zum Landeskommandanten ernannt und die VII. Division in Pflicht genommen hatte, gegen Berlin loszuschlagen. Am 31. Oktober erklärte General v. Lossow dem General Ludendorff seine Bereitschaft, nach Berlin zu marschieren. Am 5. November fand eine gemeinsame Denksteinlegung eines Kriegerdenkmals durch Staatsregierung, Reichswehr und Hitler-Verbände statt.

Am 6. November wieder Besprechung beim Staatskommissar v. Kahr — v. Kahr zögert und zögert! Endlich am 8. November erklärte er auf Drängen Ludendorffs, daß er zur Tat entschlossen sei, er wollte aber noch Persönlichkeiten aus Norddeutschland einbeziehen. In Wirklichkeit graut den Zauderern vor der Entfesselung der in der nationalsozialistischen Jugend lebenden politischen Energie. Am 8. November abends erschien Adolf Hitler in einer Versammlung im Bürgerbräu, in der Herr v. Kahr sprach; unter begeistertem Jubel der Anwesenden proklamierte Adolf Hitler die Einsetzung einer nationalen Regierung und den Kampf gegen die Berliner Judenherrschaft. „Heute beginnt die nationale Revolution! Sie richtet sich ausschließlich und allein gegen die Berliner Judenregierung. Die neue Reichsregierung Hitler-Ludendorff-Pöhner — sie lebe hoch!" Jubelnd brach die Versammlung in diesen Ruf aus. Herr v. Kahr und seine Freunde versicherten ausdrücklich Adolf Hitler, daß sie gemeinsam mit ihm den Kampf aufnehmen wollten. Kahr war innerlich entschlossen, sein Wort zu brechen. Er bestätigte Adolf Hitler in der gleichen Nacht in einer zweiten Unterredung noch einmal seine Zusage, — inzwischen aber hatte er das gegebene Wort bereits gebrochen, den Verrat bereits organisiert. In einem Telegramm an alle Dienststellen gab er durch: „Mit Waffengewalt erpreßte Stellungnahme in der Bürgerbräuversammlung ungültig," am 9. November morgens erschien sein Erlaß: „Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei sowie die Kampfverbände ‚Oberland' und ‚Reichsflagge' sind aufgelöst." Hitlers Adjutant Sirry wird von Herrn v. Kahr mit dem frechen Wort: „Mit Rebellen wird nicht verhandelt" verhaftet. Am nächsten Tage, als die nationalsozialistischen Kolonnen in einer friedlichen Demonstration durch München marschieren, geschah die Judastat der Reaktion gegen das erwachende Deutschland. Alfred Rosenberg als Augenzeuge schildert diesen Todesmarsch des erwachten jungen Deutschland am 9. November 1923:

8. Nov. 1923 Adolf Hitler schlägt los

9. Nov. 1923 Reaktion mordet an der Feldherrnhalle

„In breiter Front ging es in die Stadt, bejubelt von ganz München. Vom Rathaus flatterte die schwarzweißrote und die Hakenkreuzfahne; die Hauptstraßen waren bunt von Flaggen wie noch nie. Bald bogen wir in die Residenzstraße ein. Vor uns gingen zwei Oberländler und schwenkten die schwarzweißroten Fahnen. Etwa hundert Schritt vor der grünen Schützenkette mit Maschinenpistolen zerbrach ein Fahnenschaft ... Wir kamen näher. Die erste Linie der Polizei senkte die Gewehre. Dann fiel ein Schuß, gleich darauf setzte ein Geknatter ein. Der rechte Fahnenträger sank zusammen, bedeckt vom schwarzweißroten Tuch. Hitlers Begleiter erhielt vier Schüsse, im Fallen zog er Hitler mit sich, mit einer Kraft, daß diesem der Arm aus dem Gelenk sprang. Ludendorff war aufrecht durch

die Kette gegangen. Die Polizei schoß nicht nur von vorn auf den Zug; auch aus der Residenz ertönten Schüsse, und über mir vom Seitenflügel der Feldherrnhalle schossen Maschinenpistolen ihr Blei auf den Asphalt und in Menschenleiber ... Scheubner, der geschäftsführende Leiter der Kampfverbände, war vorgesprungen: ‚Schießt nicht auf Ludendorff!' Eine Kugel fuhr ihm durch die Brust, er war sofort tot. Ein anderer sprach mit blutendem Munde: ‚Ihr Hunde habt auf Schwarz-Weiß-Rot geschossen!' und starb. Auf den Stufen der Feldherrnhalle liegen Verwundete, von mehreren Schüssen durchbohrt; neben ihnen steht, seiner nicht mehr mächtig, der wuchtige Oberstleutnant Kriebel und ruft: ‚Ihr Schufte habt Hitler und Ludendorff erschossen ...!' Hauptmann Göring wälzt sich, schwer verwundet, der Mauer der Residenz zu. Parteigenosse Körner ist neben mir durch Kopfschuß getötet ...

Von unserer Seite wurde auf das Schießen geantwortet. Hitler richtet sich auf: ‚Aufhören!' Es war zwecklos ... Die Tragödie ist aus ..."

Der Verrat hatte triumphiert. Adolf Hitler wurde wenige Tage darauf verhaftet, die Partei verboten, Adolf Hitler und die anderen Führer vor Gericht gestellt. Es schien, als ob Deutschland verloren sein sollte. Alle seine Feinde triumphierten über die Niederlage des Hakenkreuzes. Und es schien auch wirklich so, als ob sie recht gehabt hätten, zu triumphieren — wenn nicht Adolf Hitler und seine Getreuen gewesen wären.

Der lange Kampf von der Neugründung der Partei bis zum Kabinett Schleicher

Das Jahr 1924: Dem militärischen Niederbruch der nationalsozialistischen Bewegung in München folgte eine Periode der politischen Beruhigung. Nun erst wurde die Währung stabilisiert, nachdem der Dollar bis auf eine Billion Mark gestiegen war. Das Kabinett Stresemann trat am 20. November zurück, wenn auch Stresemann in dem neugebildeten Kabinett Marx als Außenminister wieder auftauchte.

Der Konflikt zwischen Bayern und dem Reich findet ebenfalls eine Lösung, und endlich bahnt sich auch mit Frankreich eine gewisse Möglichkeit des Ausgleiches an; Poincaré erklärt sich im Dezember zu Verhandlungen bereit, die Reparationskommission ernennt die Mitglieder ihrer Sachverständigenausschüsse, welche die deutschen Lasten endgültig festlegen sollen. Am Anfang des Jahres 1924 wird auch der Separatismus in der Pfalz geschlagen. Während der rheinische Separatismus durch die Vernichtung einer starken Separatistenhorde durch deutsche Bauern am 16. November 1923 im Siebengebirge am Ägidienberg einen schweren Schlag bekommt, wird durch eine von Nationalsozialisten getragene Erhebung der Pfälzer Bevölkerung der Separatismus auch in der Pfalz geschlagen; am 9. Januar der Separatistenpräsident Heinz Orbis, ein Vaterlandsverräter, in Speyer umgelegt, am 12. Februar das Bezirksamt in Pirmasens, in dem die Separatisten sich verschanzt hatten, gestürmt.

Es tritt eine allgemeine Beruhigung in Deutschland ein. Die revolutionäre Lage, die Ende 1923 da war, ist völlig verschwunden. Diese Gelegenheit wollen die Machthaber benutzen, um nach der militärischen Niederlage des Nationalsozialismus auch dessen politisches und moralisches Ende zu bringen. Vom 26. Februar bis zum 1. April fand in München der Prozeß gegen Adolf Hitler und seine Unterführer statt. Die gewaltigen Reden Adolf Hitlers, der Mut, mit dem er seine Gegner, das System der politischen Ohnmacht und des Marxismus in Deutschland anklagte, lenkte immer stärker die Aufmerksamkeit des deutschen Volkes auf diesen Prozeß. Mit leidenschaftlicher Anteilnahme verfolgte das ganze Deutschland diese Prozeßverhandlung. Adolf Hitler wurde zu fünf Jahren Festung verurteilt.

26. Februar bis 1. April 1924 Hitler-Prozeß

In der Reichstagswahl am 4. März 1924 zeigte sich die Wirkung der Anklage, die Adolf Hitler als Angeklagter vor dem Volksgericht gegen das Deutschland mißregierende System gerichtet hatte: die NSDAP, verbunden mit der Deutschvölkischen Partei, die damals im wesentlichen in Norddeutschland stand, erreichte 32 Mandate. In Bayern erlangte die NSDAP sogar 27 Landtagsmandate. Trotzdem litt die Partei immer stärker unter der Gefangenschaft des Führers. Richtungsstreitigkeiten, Verwirrung, dazu die Verbindung mit der Deutschvölkischen Freiheitsbewegung, die gerade dem arbeitertümlichen Charakter des Nationalsozialismus fremd gegenüberstand, brachten der Partei starke Verluste. Um so bewundernswerter waren die alten getreuen Parteigenossen, die, oft ganz vereinzelt, während der Führer auf der Festung Landsberg saß und die Parteiführung nicht ausüben konnte, trotzdem treu zu den Hakenkreuzfahnen standen.

Sie haben ein Vorbild deutscher Treue gegeben.

In der Reparationsfrage war am 9. April das Sachverständigen-Gutachten abgeschlossen und am 11. April von der Reparationskommission angenommen; dieses Gutachten, der sogenannte Dawesplan, sah Zahlungen vor, die im ersten Jahr unter Zuhilfenahme einer Reparationsanleihe 1000 Millionen, im zweiten Jahr 1220 Millionen, im dritten Jahr 1200 Millionen, im vierten Jahr 1750 Millionen, in den folgenden Normaljahren 2500 Millionen betragen sollten. Leidenschaftlich bekämpfte die NSDAP diese unerträglichen Belastungen, trotzdem wurde der Dawesplan vom Reichstag angenommen. Hierbei wurde eine Neuauflösung des Reichstages von der Regierung angeordnet; bei der Neuwahl am 7. Dezember wirkte sich nun die Ermüdung des Volkes aus. Die Sozialdemokratie nahm wieder zu, während die vereinigten Nationalsozialisten und Deutschvölkischen von 32 auf 14 Mandate zurückgingen. Der Nationalsozialismus schien nach seinem reißenden Aufstieg auf eine unbedeutende politische Sekte zusammengeschmolzen zu sein.

Am 20. Dezember 1924 wurde Adolf Hitler — unter dem Druck der Volksstimmung — aus der Festungshaft entlassen. Er fand nur noch Reste und Trümmer der Partei vor, aber alle getreuen Kämpfer scharten sich doch wieder um seine Fahne. Er mußte die ganze Bewegung von neuem aufbauen.

27. Februar 1925 Erste öffentliche Versammlung der NSDAP

Das Jahr 1925: Die NSDAP mußte neu gegründet werden, zur gleichen Zeit, am 26. Februar 1925, erschien auch der „Völkische Beobachter", der während des Parteiverbotes nicht hatte erscheinen können, wieder, am 27. Februar fand die erste nationalsozialistische Massenver-

sammlung statt, bei der auch die bis dahin streitenden Gruppen innerhalb der Partei sich fest Adolf Hitler unterstellten. Adolf Hitler erhielt an diesem Tage die Vollmachten als Führer, die er brauchte, um den Aufbau der Partei zur Befreiung Deutschlands ungestört durch innere Streitigkeiten vollenden zu können.

Besonders wichtig wurde die Loslösung von der Deutschvölkischen Freiheitspartei. Damit bekamen die nationalsozialistischen Gruppen auch in Norddeutschland die Hände frei, wo sie sowohl im Ruhrgebiet wie in Berlin Fuß faßten. In die gleiche Zeit fällt auch die Trennung von der Gruppe des Generals Ludendorff. Im Herbst 1925, während rings eine bleierne politische Ruhe sich auf Deutschland legte, war die NSDAP zwar noch sehr klein, aber im Vormarsch begriffen. Da im Augenblick gar keine Aussicht auf große politische Erfolge bestand, da ihr Kampf gegen das in Deutschland herrschende System ein grundsätzlicher und radikaler war, so fanden sich zu ihr nur die Unbedingten, die aus ihrer radikalen Überzeugung ohne Hoffnung auf einen baldigen Sieg sich ihr anschlossen. Je stärker die Lasten des Dawesplanes sich fühlbar machten, um so mehr nahm der Nationalsozialismus in der Jugend zu. In dieses Jahr fällt der erste Kampf um die Reichspräsidentenwahl. Der bisherige Reichspräsident Friedrich Ebert war gestorben; in zwei Wahlgängen rangen die politischen Gruppen miteinander. Der zweite Wahlgang brachte mit 14,6 Millionen Stimmen gegen 13,7 Millionen Stimmen des Zentrumsführers Marx einen Sieg des Generalfeldmarschalls von Hindenburg. Auch die Nationalsozialisten, die im ersten Wahlgang für die Kandidatur Ludendorff gestimmt hatten, gaben in diesem Wahlgang ihre Stimme für Hindenburg ab.

Beruhigung trat auch an der Westgrenze ein; die Konferenz von Locarno brachte ein Garantieabkommen über die durch Versailles geschaffenen deutschen Westgrenzen, den sogenannten Locarno-Vertrag, der im Reichstage angenommen und am 1. Dezember in London unterzeichnet wurde.

Das Jahr 1926 begann mit der Umbildung des Reichskabinetts unter dem Reichskanzler Luther. Nachdem die Deutschnationalen wegen der Annahme der Locarnogesetze das Kabinett verlassen hatten, stand dieses Kabinett bereits wieder unter Duldung und Einfluß der Sozialdemokratie. Die erste Rheinlandzone wurde bis zum Februar des Jahres geräumt.

Wie Giftschwämme zeigten sich nun im deutschen Hause als Wirkung des Novembersturzes und der ungeheuren Ostjudeneinwanderung große Schieberskandale. Der Fall des Barmat-Konzerns, der den Reichskanzler

Bauer und eine große Anzahl führender Sozialdemokraten bestochen hatte, eine Unzahl anderer Fälle von Bestechlichkeit und Schiebung begann das Volk immer mehr zu erregen. Um davon abzulenken, entfaltete die große jüdische Presse den sogenannten „Feme-Rummel". Zur Zeit des Ruhreinfalls waren zum Schutz der deutschen Ostgrenzen in der sogenannten „Schwarzen Reichswehr" größere Kommandos Freiwilliger zusammengezogen worden; diese Truppen mußten der Natur der Dinge nach verborgen bleiben, da der Feind von ihnen nichts erfahren durfte. Nun waren einzelne in diese Organisationen hineingesandte Verräter und Spione dort getötet worden, da man anders sich ihrer nicht erwehren konnte. Um nun Schonung für ihre Schieberfreunde zu erpressen, wurden diese Dinge von der jüdischen Presse wieder ausgegraben und ein wahrer Verfolgungsfeldzug gegen die deutschen Offiziere und Soldaten eingeleitet, die diese Verräter beseitigt hatten. Dienst am Vaterlande in schwerster Zeit wurde so zum Verbrechen gestempelt, die wahren Verbrecher aber wurden geschützt. Das war es, was der Jude Julius Deutsch, vorübergehend Kriegsminister in Österreich, bereits als Sinn des Umsturzes von 1918 im Dezember 1918 geschrieben hatte: „In Deutschland, in Österreich, in Ungarn — Revolution, Republik. Was, seit wir denken können, wir glühenden Herzens erträumt und ersehnt haben, ist Wirklichkeit geworden. Jetzt sind wir Juden ganz oben, jetzt sind wir die Herren. Unsere glühenden Träume sind erfüllt."

Die Verzweiflung über die Not des Vaterlandes, über die immer mehr ansteigende Schande der Korruption und Judenherrschaft trieb immer mehr Deutsche in die nationalsozialistischen Reihen. Der Reichsparteitag in Weimar am 4. Juli 1926 war bereits wieder eine machtvolle Kundgebung der anwachsenden jungen Bewegung; mit der Übertragung der Gauleitung Groß-Berlin an den hochbegabten Dr. Josef Goebbels bekam auch in der Reichshauptstadt der Nationalsozialismus einen starken Auftrieb. In Sachsen brachte die Landtagswahl am 31. Oktober den Nationalsozialisten sogar zwei Mandate.

4. Juli 1926 Zweiter Reichsparteitag in Weimar

Das Ende des Jahres sah wieder eine Kabinettskrise; die Regierung Marx, welche auf die Regierung Luther gefolgt war, trat zurück.

Das Jahr 1927: Das neugebildete Kabinett wurde wieder von dem Zentrumsmann Dr. Marx geführt, diesmal aber gehörte ihm auch die Deutschnationale Partei an, die damit ihren Kampf gegen das in der Revolte von 1918 geschaffene System praktisch aufgab. Somit ging die Opposition grundsätzlich an die Nationalsozialisten über. In Berlin griff der Nationalsozialismus so reißend um sich, wurde die Bevölkerung so

wachgetrommelt, daß die Polizeiverwaltung des Polizeivizepräsidenten Bernhard Weiß, genannt „Isidor", zu einem der verwerflichsten Mittel der Polizeipraxis griff. Ein trunksüchtiger Pfarrer Stucke, ein verkommener Mensch, wurde in eine nationalsozialistische Versammlung geschickt, um dort Lärm zu schlagen. Als er hinausgeworfen wurde, zeterte die Presse, ein „ehrwürdiger Pfarrer sei mißhandelt worden", und der Polizeipräsident verbot am 7. Mai 1927 die NSDAP in Berlin. Um trotz des Verbotes den Kampf für die deutsche Erneuerung führen zu können, gründete Dr. Goebbels zuerst als Wochenzeitung den „Angriff", damals ein winziges Blatt, heute eine der größten Zeitungen Deutschlands. 7. Mai 1927 NSDAP in Berlin verboten

Auf dem Reichsparteitage am 19. und 20. August in Nürnberg, auf dem Adolf Hitler sprach, marschierten bereits 30000 Braunhemden am Führer vorüber — die Elite des jungen Deutschlands, diejenigen, die sich opferten und für ihre Idee aus Brot und Arbeit jagen ließen, die hungerten und bluteten und niemals etwas von der Partei genommen, sondern immer nur dafür gegeben und gekämpft haben. Mit dieser kleinen Kampfschar konnte Adolf Hitler das Ringen um Deutschland seiner Entscheidung entgegentreiben. Als die Berliner SA vom Nürnberger Parteitage zurückkam, wurde sie in Berlin zum größten Teil verhaftet. Noch immer steigerte sich der Terror des Marxismus, die hochfahrende Ablehnung des Bürgertums und die Schikane des Regierungssystems gegen die anwachsende Bewegung. 19. u. 20. August 1921 Dritter Reichsparteitag in Nürnberg

Das Jahr 1928: Obwohl unter der Einwirkung der ungeheuren Daweslasten die Not in Deutschland in langsamen Steigen begriffen war und das Erwachen schon größere Volkskreise umfaßte, brachte doch noch einmal die Reichstagswahl vom 20. Mai einen starken Erfolg der Regierungsparteien — der Nationalsozialismus erhielt im ganzen nur 12 Mandate im Reichstag, immerhin eine Zunahme, da er bis dahin mit den Deutschvölkischen zusammen nur 15 Mandate gehabt hatte, von denen nur vier nationalsozialistisch waren. Er erreichte im ganzen in Deutschland 800000 Stimmen, während die Deutschvölkischen völlig bedeutungslos wurden. Damit stand der Nationalsozialismus als alleiniger Träger der radikalen nationalen Abwehr gegen das System zwar zahlenmäßig schwach, aber doch allein ohne eine hemmende Nebenbewegung. Zwanzig weitere nationalsozialistische Abgeordnete wurden in die Länderparlamente gewählt. Das auf Grund des sozialdemokratischen Erfolges gebildete Reichskabinett Hermann Müller enttäuschte selbst die eigenen Anhänger, die wirtschaftliche Not in Deutschland vermehrte sich — der Nationalsozialismus setzte zum Sturm an. Über dieses Jahr schreibt das Jahr-

buch der NSDAP von 1929: „Trotz der wenigen Mittel, die uns gegenüber den alten Parlamentsparteien zur Verfügung stehen, war es möglich, überall unsere Standarten zu zeigen, und daß wir die einzige Organisation darstellen, die am folgerichtigsten den Kampf nicht nur gegen den Marxismus, sondern auch gegen alle bürgerlichen Gruppen aufnimmt, soweit sie in Abhängigkeit vom Judentum und seinen Trabanten stehen. In allen Orten unseres deutschen Vaterlandes wurden Versammlungen abgehalten — einzelne Redner sprachen oft neunmal in der Woche — und Flugblätter und Sondernummern unserer Presse verteilt."

Das Jahr 1929: Die Wirtschaftsnot steigt immer höher, das Defizit im Reichshaushalt betrifft bereits 380 Millionen Mark, die Zahl der Arbeitslosen ist auf 2,6 Millionen gestiegen. Am 1. Mai versucht der Marxismus noch einmal, mit Gewalt sich durchzusetzen, schwere kommunistische Unruhen brechen in Neukölln und am Wedding aus.

Am 1. Mai wird zugleich dem jungen Sturmführer Horst Wessel, dem Dichter des Liedes: „Die Fahne hoch!", die Führung des SA-Trupps 34, Berlin-Friedrichshain, übertragen. Er baute aus ihm den berühmten Horst-Wessel-Sturm 5 auf. Überall in Berlin und im Reich steigt die nationalsozialistische Bewegung.

Der Dawesplan war immer unhaltbarer geworden, ausländische und deutsche Sachverständige verhandelten über einen neuen Tributplan, der als Youngplan am 31. Mai von den Sachverständigen angenommen wurde. Er sah jährliche Zahlungen von 1700 Millionen Mark aufsteigend bis zu 2,3 Milliarden vor, die 65 Jahre lang von Deutschland aufzubringen waren. Bereits ist die Verzweiflung so gestiegen, daß Bombenattentate in Schleswig-Holstein und Hannover durch die Bauernschaft begangen werden. Das Volk erkennt jetzt, wie richtig Adolf Hitler grundsätzlich das bestehende System bekämpft hatte. Auf dem Reichsparteitag der NSDAP am 3. und 4. August 1929 zu Nürnberg marschieren bereits 60000 SA-Männer, dazu 200000 Parteigenossen unter den Hakenkreuzfahnen. Gegen den Youngplan brachte die NSDAP zusammen mit der Deutschnationalen Partei und dem Stahlhelm ein Volksbegehren ein. Dieses Volksbegehren sollte einen Volksentscheid gegen die Annahme des Youngplanes durch das Deutsche Reich ermöglichen. Mit ungeheurer Leidenschaft warf sich die NSDAP in den Kampf gegen Young. In die gleiche Zeit fiel die Enthüllung des Sklarek-Skandals in Berlin, der zeigte, daß einschließlich des Oberbürgermeisters Böß die ganze Berliner Stadtverwaltung fast ausnahmslos von drei jüdischen Großhändlern bestochen und die Stadt um viele Millionen Mark geschädigt war.

3. u. 4. August 1929 Vierter Reichsparteitag

Mit ungeheurer Anstrengung gelang es der NSDAP zusammen mit Deutschnationalen und Stahlhelm die nötige Stimmenzahl für das Volksbegehren mit 4 135 000 Stimmen aufzubringen, so daß nunmehr der Volksentscheid stattfinden mußte. Auch die Landtagswahl in Baden am 27. Oktober brachte der NSDAP sechs neue Landtagsmandate, ihr Vormarsch kam jetzt auch in Süddeutschland in Fluß. Dagegen scheiterte der Volksentscheid gegen den Youngplan. Er war raffinierterweise von der Regierung auf den 22. Dezember, zwei Tage vor Heiligabend, angesetzt. Wohl wurden 5,8 Millionen Stimmen gegen den Youngplan abgegeben, jedoch genügte dies nicht. Die Regierungsparteien, die wohl wußten, daß sie für den Versklavungsvertrag das Volk nicht an die Wahlurne bringen konnten, empfahlen ihren Wählern Wahlenthaltung, und die Regierung stellte sich danach auf den Standpunkt, daß damit die Mehrheit der Wähler, da sie nicht mitgestimmt habe, mit dem Youngplan einverstanden sei.

Das Jahr 1930: Die Regierung unterzeichnete nunmehr das Schlußprotokoll des Youngplanes, der aber dem Deutschen Reichstage noch vorgelegt werden mußte. Am 14. Januar wird der junge tapfere Sturmführer Horst Wessel in seinem Zimmer von dem kommunistischen Mörder Ali Höhler überfallen und durch einen Schuß mit einem abgefeilten Geschoß (Dum-Dum-Geschoß) in den Mund schwer verwundet. Der Mörder und seine Mittäter werden von kommunistischen Parteifunktionären verborgen. Schwerverwundet hat Horst Wessel dann noch wochenlang gelebt; am 1. März 1930 trug das deutschgesinnte Berlin ihn zu Grabe. Die Polizei verbot einen Trauerzug, selbst das Bedecken des Sarges mit der Hakenkreuzfahne wurde verboten. In der Nähe des Luisenstädtischen Friedhofs, wo er beigesetzt wurde, hatte sich das ganze rote Untermenschentum gesammelt, warf nach dem Sarg mit Steinen, johlte, schrie und lachte — so wurde der junge Vorkämpfer des Nationalsozialismus begraben.

14. Januar 1930 Mord an Horst Wessel

In Thüringen war die nationalsozialistische Bewegung bereits am Anfang des Jahres so stark geworden, daß Minister Frick als erster Nationalsozialist Innenminister in Thüringen wurde. Er geriet in kurzer Zeit in schwere Streitigkeiten, wie selbstverständlich, mit dem sozialdemokratischen Reichsinnenminister Severing; am 19. März sperrte Severing die vom Reiche zu leistenden Zuschüsse zu den Polizeikosten des Landes Thüringen.

Am 11. März hatte die entscheidende Verhandlung über die Annahme des Youngplanes im Reichstag stattgefunden; mit 224 gegen 206 Stimmen wurde der Versklavungspakt angenommen. Die NSDAP gab damals die Erklärung im Reichstag ab, daß sie die Abgeordneten, die für

11. März 1930 Youngplan angenommen

diesen Plan stimmten, persönlich für das daraus dem deutschen Volke erwachsende Unglück haftbar machen würde. Am 15. Februar hatte sie bereits das Kabinett in Sachsen gestürzt, weil es im Reichsrat die sächsischen Stimmen für die Annahme des Youngplanes abgegeben hatte.

Die Stellung der sozialdemokratischen Regierung Hermann Müller im Reich wird nun immer unhaltbarer; wohl war es ihr noch möglich, mit knapper Mehrheit die Annahme des Youngplanes im Reichstage durchzusetzen, die daraus sich ergebenden Lasten aber der eigenen Wählerschaft gegenüber zu vertreten, fühlte sie sich nicht mehr stark genug. Sie trat am 27. März zurück; statt ihrer wurde ein Kabinett unter der Führung des Zentrumsführers Dr. Heinrich Brüning mit der Bezeichnung eines „Kabinetts der Frontsoldaten" geschaffen. Während die bürgerlichen nationalen Gruppen dem neuen Kabinett Brüning „eine Chance zu geben" erklärten, nahm der Nationalsozialismus sofort in schärfster Weise gegen diese Fortführung der Politik der nationalen Hilflosigkeit und der Täuschung des Volkes Stellung. Er allein griff sofort die neue Reichsregierung Dr. Brünings an und antwortete auf die Regierungserklärung Brünings am 1. April 1930 sofort mit einer schroffen Kampfansage. Sein Standpunkt dieser Regierung gegenüber ist folgendermaßen formuliert worden:

„Wir sehen im Kabinett Brüning ein Kabinett, das den heutigen Zustand auf allen Ebenen aufrechterhalten will, das heute sanieren will, um morgen zu erfüllen, und das auch nicht den leisesten Versuch macht, irgendwie gegen die Tributpolitik und ihr Prinzip von heute vorzugehen. Aus diesem Grunde haben wir sachlich das tiefste Mißtrauen gegen das Kabinett und werden daher jedem Mißtrauensantrag zustimmen.

Darüber hinaus aber haben wir noch persönliche Gründe, dem Kabinett Brüning das Vertrauen zu verweigern, die in der Beschaffenheit und in den Taten einzelner Mitglieder dieses Kabinetts begründet sind. Ein Kabinett, dem Herr Wirth angehört, der kein anderes Ziel mehr hat, als wie ein Ritter Don Quichotte gegen Windmühlenflügel, gegen den erwachenden Nationalsozialismus vorzugehen, der dabei ein Fingerspitzengefühl entwickelt wie ein Elefant, der in den Porzellanladen geraten ist, ein solcher Mann ist für uns untragbar.

Ein Außenminister namens Curtius mit der geradezu grenzenlosen Erfolglosigkeit und Ideenlosigkeit seiner Außenpolitik ist ebenfalls für uns undenkbar, und ein Hüter der Reichswehr mit der Vergangenheit des Herrn Groener ist für uns geradezu der Garant, daß aus einem solchen Kabinett niemals auch nur die leiseste Idee deutschen Befreiungswillens Wirklichkeit werden kann."

Am 17. Mai trat der Youngplan in Kraft, am 30. Juli verließen die letzten französischen Truppen das Rheinland. Sofort warf sich die deutschgesinnte Bevölkerung auf die bis dahin unter dem Schutz der Franzosen gesicherten Separatisten, über die eine wohlverdiente Volksrache hereinbrach. Die Wirtschaftsnot aber steigt immer höher, durch eine Notverordnung vom 5. Juni versucht der neue Reichskanzler Brüning durch Herabsetzung der Beamtengehälter die Krise aufzuhalten. — Schon am 20. Juni verläßt ihn sein Finanzminister Moldenhauer. Immer mehr schließt sich das deutsche Volk dem nationalsozialistischen Befreiungskampf an: bei der Landtagswahl in Sachsen am 22. Juni erreicht die NSDAP vierzehn statt bisher fünf Mandate. — Immer schärfer wird auch der Kampf zwischen der NSDAP und der preußischen Regierung Otto Braun. Vor allem gelingt es den Nationalsozialisten, in steigendem Maße das Land zu mobilisieren. Der deutsche Bauer schloß sich den Hakenkreuzfahnen an, der Lastkraftwagen ermöglichte dabei zugleich den Antransport auch größerer SA-Verbände vom Lande in die Städte, so daß rings in der Provinz die kommunistischen Hochburgen ins Wanken gerieten. Die Befreiung des Rheinlandes von der Besatzung der Franzosen gab zugleich der nationalsozialistischen Bewegung dort freie Hand, in der Pfalz konnte so durch den Gauleiter Bürckel in wenigen Monaten aus den alten Kämpfern gegen den Separatismus und der erwachten Pfälzer Bevölkerung in einem beispiellosen Aufstieg eine nationalsozialistische Hochburg geschaffen werden. In Ostpreußen, bei der sonst außerordentlich zurückhaltenden und schwerfälligen ostpreußischen Bevölkerung, gelang es dem Gauleiter Koch in tapferem Kampfe, gerade auch gegen die „deutschnationale" Gruppe, im Osten des Reiches gleichfalls eine nationalsozialistische Hochburg zu schaffen. Bei dieser kämpferischen Entwicklung der NSDAP konnte eine im Gau Groß-Berlin ausbrechende Krise, bei der eine kleine Gruppe um Otto Strasser dem Führer Adolf Hitler die Gefolgschaft versagte, rasch überwunden werden. — Ungeheuer stark war die Belastung der zahlenmäßig immer noch schwachen Partei mit Opfern. Nicht nur die Toten und Verwundeten, nicht nur der tägliche Terror der Marxisten und die Bekämpfung durch die Behörden, sondern auch die Arbeitslosigkeit schwächte die Bewegung aufs äußerste. Bereits hatten viele SA-Stürme der Großstädte 60 und 70 Prozent Erwerbslose in ihren Reihen. Unvorstellbar waren die Opfer der SA, die oft genug hungrig und übermüdet, Abend für Abend den schweren Versammlungsdienst, den Schutz der Bewegung auf der Straße durchhielt.

Notverordnung auf Notverordnung des Reichskanzlers Brüning belastete die Lebenshaltung gerade der breiten Massen des Volkes — erst als

auf nationalsozialistischen Druck der Reichstag die Notverordnungen Brünings aufhob, wurde er am 18. Juli 1930 aufgelöst.

14. September 1930 Durchbruchsschlacht der NSDAP

Die neue Reichstagswahl am 14. September 1930 brachte den entscheidenden Durchbruch des Nationalsozialismus zur politisch bedeutsamsten Partei Deutschlands. Ein ungeheuer schwerer Wahlkampf war ihr vorausgegangen, über Deutschland rollte die Sturmflut des nationalsozialistischen Angriffs. 107 Sitze erhielt die NSDAP im Reichstage. Von 800000 im Jahre 1928 war die nationalsozialistische Bewegung auf 6,5 Millionen Wähler im Jahre 1930 angestiegen — die Welt horchte auf. Es war die vernichtendste Niederlage, die jemals eine Reichsregierung erlitten hat, wie sie in dieser Stunde die Regierung Brüning erlitt — es war aber auch zugleich der größte Wahlsieg, den jemals eine politische Partei erkämpfte. Sofort nach der Wahl setzte der Nationalsozialismus mit einer zweiten Versammlungswelle ein. Bereits schrieben die Berliner Zeitungen von einem bevorstehenden „Marsch auf Berlin". Aber Adolf Hitler hielt den gesetzlichen Weg ein. Er war sich darüber klar, daß nur völlig gesetzlich der nationalsozialistischen Bewegung die Eroberung Deutschlands möglich war, daß jeder Versuch, mit der Waffe in der Hand die Regierung zu stürzen, notwendigerweise mit der Vernichtung des besten Blutes in Deutschland enden mußte. Die nationalsozialistische Idee drang inzwischen auch in die Reichswehr ein. Vor dem Leipziger Reichsgericht wurden drei Reichswehroffiziere der Garnison Ulm wegen nationalsozialistischer Betätigung, die als Hochverrat dargestellt wurde, angeklagt. Adolf Hitler beeidete noch einmal als Zeuge den gesetzlichen Weg, auf dem er die NSDAP zum Siege führen wollte.

Reichskanzler Brüning aber weigerte sich, aus dem nationalsozialistischen Wahlsieg die Folgerung zu ziehen; er betrachtete das Anwachsen der Hitler-Bewegung als eine „Fieberkurve" des erkrankten Deutschlands und blieb an der Macht. Als der Deutsche Reichstag am 14. Oktober eröffnet wurde, zogen 107 Nationalsozialisten im Braunhemd in ihn ein.

In Preußen bereitet sich inzwischen die sozialdemokratische Regierung zum Vernichtungskampf gegen den Nationalsozialismus vor, am 22. Oktober wird Severing zum Innenminister in Preußen ernannt — das ist die Ansage des schärfsten Kampfes gegen die NSDAP. Am 1. Dezember erscheint eine neue Brüningsche Notverordnung, am 6. Dezember lehnt der Reichstag gegen die Nationalsozialisten die Aufhebung der Notverordnung des Reichskanzlers Brüning ab, am 3. Dezember wird im Schloß Jäschkowitz bei Breslau ein nationalsozialistisches SA-Quartier von Polizei überfallen, ja am 5. Dezember wagt man sogar, den Film des berüchtigten Remarque „Im Westen nichts Neues", hergestellt von

dem Filmjuden Laemmle, eine bösartige Beschimpfung der deutschen Frontsoldaten des Weltkrieges, in Berlin aufzuführen. Unter Leitung des Berliner Gauleiters Dr. Goebbels wird diese Aufführung verhindert, in wuchtigen Massendemonstrationen, besonders am 9. Dezember, kämpft der Nationalsozialismus gegen den Schandfilm. Es kommt zu sehr schweren Zusammenstößen mit der von dem jüdischen Polizeivizepräsidenten Bernhard Weiß zum Schutze des Films eingesetzten Polizei — endlich verbietet die Regierung die öffentliche Aufführung des Films.

Die Not in Deutschland ist inzwischen ungeheuer geworden, von der allgemein hereinbrechenden Wirtschaftskrise ist das unter untragbaren Tributlasten und schwerer Verschuldung stehende deutsche Volk rascher und stärker betroffen als die übrigen Nationen. Die Arbeitslosigkeit betrug

am 15. November 1930:	3,4	Millionen Menschen,
am 15. Dezember 1930:	3,9	" " ,
am 1. Januar 1931:	4,3	" " .

Das Jahr 1931: 1931 ist eines der schwersten Kampfjahre der nationalsozialistischen Bewegung, doppelt schwer deswegen, weil es an sich keine großen Entscheidungen brachte. Der Terror der Kommunisten, die jetzt gegen die steigende nationalsozialistische Welle um ihre politische Zukunft kämpften, nimmt ungeheuer zu. Daß weder der Reichskanzler Brüning noch irgendein anderer das innerlich kranke Weimarer System würde retten können, war deutlich zu erkennen. Es handelte sich jetzt nur noch darum, wer es einmal ersetzen würde — der Nationalsozialismus oder der Kommunismus. Die Regierung hoffte dabei, durch stille Begünstigung des Kommunismus die nationalsozialistische Welle aufhalten zu können. Am 14. Januar erging zuerst in Baden ein Uniformverbot gegen die NSDAP. Saalschlachten und Straßenschlachten, heimtückische Überfälle der Kommunisten und des Reichsbanners auf die nationalsozialistische Bewegung, besonders auf die SA, nahmen kein Ende. Am 22. Januar fand in Berlin eine schwere Saalschlacht im Saalbau Friedrichshain, in dem Dr. Goebbels gegen einen kommunistischen Reichstagsabgeordneten gesprochen hatte, statt. Der „Angriff" und die übrigen nationalsozialistischen Zeitungen wurden immer wieder beschlagnahmt und verboten. Am 9. Februar wurde die Geschäftsordnung des Reichstages in der Weise geändert, daß die nationalsozialistische Opposition fast völlig geknebelt war. Darauf verließen die nationalsozialistischen Abgeordneten aus Protest den Reichstag. Die Lage der Partei war damit außerordentlich schwierig geworden; trotz des großen Wahlsieges vom 14. September war sie im Reichstag nicht in der Lage gewesen, sich gegen die Übermacht

der gegen sie zusammenarbeitenden Gruppen durchzusetzen und hatte den Reichstag verlassen, in Preußen war, solange die Regierung Braun-Severing weiter regierte, d. h. solange der Preußische Landtag diese hielt, ebenfalls für sie nichts zu erreichen. Dazu ging eine Welle des Terrors durch die Behörden auf sie nieder. Schon am 1. Februar hatte der Berliner Polizeipräsident nationalsozialistische Lokale geschlossen. Am 4. Februar war der „Angriff" aufs neue verboten worden, am 12. Februar fanden Haussuchungen bei den nationalsozialistischen Führern statt, am 13. März hob der Reichstag die Immunität einer Anzahl nationalsozialistischer Abgeordneter auf. Es ist verständlich, daß eine Verzweiflungsstimmung sich vielfach bemerkbar machte. Damit nicht unverantwortliche Elemente die Bewegung zu einem Losschlagen drängten, das der Staatsgewalt die willkommene Gelegenheit zur Vernichtung der Partei gegeben hätte, warnte Adolf Hitler noch einmal am 16. Februar vor Provokateuren. Am 22. Februar marschierte dann die treue SA am Hitler-Tag in Braunschweig am Obersten Führer vorüber, ein gewaltiges Bekenntnis zu Führer und Bewegung in einer Zeit der schwersten Unterdrückung; die kommunalen und Reichstagswahlen am 1. März in Braunschweig brachten dann auch wieder eine erneute Zunahme des Nationalsozialismus.

Als in Hamburg ein kommunistischer Abgeordneter am 15. März von Nationalsozialisten, die durch den kommunistischen Blutterror, den die Behörden unterstützten, zur Verzweiflung getrieben waren, im Autobus erschossen wurde, wurden sämtliche nationalsozialistischen Zeitungen verboten; in Königsberg auf dem Bahnhof wurden Dr. Goebbels und Prinz August Wilhelm von Polizeimannschaften des dortigen sozialdemokratischen Polizeipräsidenten mit dem Gummiknüppel angefallen. Eine neue Terror-Notverordnung gegen den Nationalsozialismus verbot nicht nur das Tragen nationalsozialistischer Uniformen noch einmal, sondern sogar Abzeichen, Lastkraftwagenfahrten, ja Beflaggung von Lokalen mit der Hakenkreuzfahne — die Demokratie widerlegte sich selbst und endete in schmählicher Tyrannei gegen die Selbstbesinnung des Volkes.

Mitten in dieser schwersten Bedrängnis der Bewegung versuchte der Oberführer Stennes, der die SA von Berlin und Ostdeutschland führte, am 1. April gegen die Führung Adolf Hitlers Schwierigkeiten zu erheben; nach wenigen Tagen der Krise war auch dies überstanden und die SA wieder fest in der Hand des Obersten Führers.

Obwohl das Kammergericht das Verbot der nationalsozialistischen Uniformen für ungültig erklärte, scheute die Regierung sich nicht, es aufs neue zu erlassen — der „Völkische Beobachter" richtete an den Reichspräsidenten

die Forderung, wenn er gegenüber diesem Terror der nationalsozialistischen Bewegung kein Recht schaffen könne, lieber zurückzutreten.

Begrüßt, ja geschützt von den Behörden entwickelte sich der kommunistische Mordterror immer ungehemmter; es verging fast kein Abend, an dem nicht Nationalsozialisten niedergeschlagen oder niedergestochen wurden. Und trotzdem stieg die Bewegung. Die Landtagswahl in Oldenburg am 17. Mai ergab aufs neue einen starken nationalsozialistischen Sieg — aber die Regierung gab die Hoffnung noch nicht auf, die Bewegung durch Verbot und Schikanen zu zermürben. Am 4. Juni wird der „Angriff" auf vier Wochen verboten, am 21. Juni ein großes SA-Sportfest verboten, am 29. Juni die Universität, wo die Studenten gegen die Frechheit der dortigen Juden und Marxisten demonstrierten, geschlossen, ja, am 2. Juli werden sogar studentische Kundgebungen gegen Versailles verhindert.

17. Mai 1931 Wahlsieg in Oldenburg

Da brach die lange verschleppte Krise der Wirtschaft aufs neue aus. Es kam zu einer schweren Krise im deutschen Bankwesen, eine große Anzahl der Bankinstitute konnte nicht mehr auszahlen — hätte nicht die Stundung der internationalen Schulden und das sogenannte Hoover-Moratorium des amerikanischen Präsidenten eine gewisse Erleichterung gebracht, so wäre die Krise unabsehbar geworden. Nun aber konnte sie noch einmal aufgehalten werden.

Der Stahlhelm hatte am 4. Februar ein Volksbegehren auf Auflösung des Preußischen Landtages eingebracht, Adolf Hitler hatte dann am 10. April alle Parteigenossen aufgefordert, dieses Volksbegehren zu unterstützen. Das Volksbegehren hatte auch Erfolg, hingegen scheiterte der Volksentscheid auf Auflösung des Preußischen Landtages am 9. August, ein Beweis der Richtigkeit der Vorausschau Adolf Hitlers, der diesem von vornherein kritisch gegenübergestanden hatte. Die Arbeitslosigkeit war am 20. August wieder auf 4,1 Million gestiegen.

Während der Kommunismus sich immer mehr verstärkte, war das System Brüning auch außenpolitisch erfolglos: eine Zollunion mit Deutsch-Österreich, die es geplant hatte, scheiterte am französischen Widerstand und wurde am 5. September vom Haager Schiedsgericht verworfen.

Am 12. September kam es zu Zusammenstößen auf dem Kurfürstendamm, wo besonders protzig auftretende Juden von ausgehungerten und ausgeplünderten SA-Männern verhauen wurden. Außerdem hatte die Berliner Polizei des Polizeivizepräsidenten Bernhard Weiß, der einen neuen Grund zum Vorgehen gegen den Nationalsozialismus suchte, hierbei die Hände im Spiel.

Während die kommunistischen Mörder ungestraft herumliefen und sich des Schutzes der Behörden erfreuten, wurden die SA-Männer vor einer

ausdrücklich zu diesem Zweck zusammengestellten richterlichen Schreckenskammer zu hohen Strafen verurteilt. Die Arbeitslosigkeit betrug am 1. Oktober bereits 4,3 Millionen Arbeitslose.

10. Oktober 1931 Aussprache Hitler-Hindenburg

Am 10. Oktober empfing der Reichspräsident von Hindenburg Adolf Hitler und Hermann Göring zu einer Besprechung. Mit Recht forderte Adolf Hitler für den Nationalsozialismus als die stärkste Bewegung Deutschlands die Führung — die Besprechung blieb ergebnislos. Am gleichen Abend ließ der Berliner Polizeivizepräsident, der Jude Weiß, die SA-Heime schließen und sogar kranke und obdachlose SA-Männer auf die Straße werfen.

Eine gemeinsame Tagung der Nationalsozialisten, der Deutschnationalen und des Stahlhelms in Harzburg ergab eine Übereinstimmung zum mindesten in der Frage der gemeinsamen Bekämpfung der immer verhaßter gewordenen Regierung Brüning. Die Arbeitslosigkeit war am 10. November auf 4,6 Millionen gestiegen — am 15. November brachte die Landtagswahl in Hessen dem Nationalsozialismus einen vollen Erfolg. Der Schrecken der Systemparteien wurde grenzenlos. Eine Konferenz der Innenminister, ja ein besonderer Erlaß des preußischen Innenministers Severing sollten Mittel gegen die steigende nationalsozialistische Flut sein. Sogar der Preußische Kirchenrat verbot das Betreten der Kirche mit Hakenkreuzfahnen, um dadurch das Zeichen des deutschen Erwachens im Volk herabzusetzen.

Die Regierung war der Arbeitslosigkeit gegenüber völlig hilflos geworden. Am 24. November standen 4,8 Arbeitslose auf der Straße, eine neue Notverordnung mit neuen Preis- und Lohnsenkungen machte das Elend nur noch schlimmer. Es nützte nichts, daß der Innen- und Wehrminister Groener nationalsozialistische Abgeordnete in Uniform sogar aus den Länderparlamenten zerren ließ, es nützte nichts, daß der Kommunismus ungehindert morden durfte — als das bitterschwere Jahr 1931 zu Ende ging, hatte der Nationalsozialismus sich ungebrochen und unzerstört, immer noch wachsend und erstarkend, durch ein Jahr hindurchgekämpft, das klein an großen Ereignissen, aber groß an kleinen Quälereien und vielen Opfern gewesen war.

Das Jahr 1932: Mit dem Jahre 1932 rückten nun die Entscheidungen heran. Die Amtsdauer des Reichspräsidenten v. Hindenburg lief ab, und eine Neuwahl erschien unvermeidlich, auch die Periode des Preußischen Landtages neigte sich ihrem Ende zu, außerdem standen am 1. Januar 5666000 Arbeitslose auf der Straße. Schwere Erschütterungen des Staates und Volkes reiften heran. Der Kommunismus erhob immer

drohender sein Haupt, ja bereits wurde sogar die Rede des Reichspräsidenten durch Kommunisten, die sich in der Nähe Berlins in den Sender Königswusterhausen eingeschaltet hatten, gestört. Trotzdem ging die Verfolgung gegen die nationalsozialistische Bewegung weiter. Da das Kabinett Brüning sich einstweilen vom Reichspräsidenten gehalten fühlte, so machte es den Versuch, die Amtsdauer des Reichspräsidenten durch ein verfassungänderndes Gesetz verlängern zu lassen, scheiterte aber dabei. Der Wahlkampf um den Reichspräsidentenposten wurde damit unvermeidlich. Unvermeidlich wurde auch die Behandlung der Tributfrage. Es war am 9. Januar mit den Regierungen der Siegerstaaten der Beginn einer neuen Konferenz auf den 25. Januar in Lausanne verabredet worden, da die völlige Unfähigkeit Deutschlands, weiter Tribute zu zahlen, offensichtlich wurde. Zugleich wurde die Frage der Abrüstung immer brennender. Obwohl im Versailler Diktat die Abrüstung Deutschlands nur als Anfang und Einleitung einer allgemeinen Abrüstung bezeichnet war, wurde von Monat zu Monat auf der Abrüstungskonferenz dieses Problem immer weiter verschleppt. Wenn von den Gegnern Deutschlands eine Abrüstung nicht zu erreichen war, so war es selbstverständlich, daß man Deutschland die Wehrfreiheit gewähren mußte. Wieder wahrte die Sozialdemokratie ihren alten Ruf, im entscheidenden Augenblick dem Reich in den Rücken zu fallen. Rudolf Breitscheidt, ihr außenpolitischer „Kopf", erklärte am 15. Januar: „Nicht Wehrfreiheit für Deutschland, sondern Wehrgebundenheit für die anderen." Gerade diese Wehrgebundenheit aber wollten die anderen ja nicht zugestehen!

Der Wahlkampf zur Reichspräsidentenwahl reifte heran. Der erste Wahlgang wurde auf den 13. März, der zweite auf den 10. April vorgesehen. Am 15. Februar nahm der Reichspräsident v. Hindenburg die Kandidatur zur Wiederwahl an. Hinter diese Kandidatur stellten sich alle diejenigen Kräfte, die einen Sieg Adolf Hitlers nicht wollten. Sowohl das Zentrum wie die Sozialdemokratie und eine große Anzahl kleinerer Verbände erklärten sich für die Kandidatur desselben Reichspräsidenten, dessen erste Kandidatur im Jahre 1925 sie wütend bekämpft hatten, weil sie ihn für „das kleinere Übel" gegenüber Adolf Hitler erklärten! Die Kommunisten stellten ihren Parteiführer Thälmann auf, während die Deutschnationale Partei und der Stahlhelm als aussichtslose Kandidatur gegen Adolf Hitler, den Führer des erwachten jungen Deutschland, den Stahlhelmführer Düsterberg, einen Mann jüdischer Abstammung, aufstellten.

Adolf Hitler, der treue deutsche Soldat, der Freiwillige des Weltkrieges, war noch immer nicht deutscher Staatsangehöriger, ihm, dem Deutschen

aus Österreich, verweigerte man, was Tausenden von Ostjuden gegeben worden war — die deutsche Staatsbürgerschaft. Erst am 26. Februar gelang es der Regierung des Landes Braunschweig, dadurch, daß sie Adolf Hitler zum braunschweigischen Regierungsrat machte, ihm die deutsche Staatsbürgerschaft zu verschaffen. Adolf Hitler kündete am 27. Februar in einer großen Kundgebung im Berliner Sportpalast seine Kandidatur an und erklärte, als nun das Schicksal ihn zwang, gegen Hindenburg in die Schranken zu treten, während Juden und Marxisten sich hinter der Persönlichkeit Hindenburgs zu verstecken suchten:

„Wir haben einst dem Generalfeldmarschall gedient, in Treue und Gehorsam, heute sagen wir ihm: ‚Du bist uns zu verehrungswürdig, als daß wir dulden könnten, daß sich andere hinter Dir verstecken, die wir vernichten wollen, Du mußt zur Seite treten.'"

Am 28. Februar wandte sich Adolf Hitler noch einmal klageführend gegen die Lügenmethode der sozialdemokratischen Presse, die behauptet hatte, die Wahl Adolf Hitlers werde für Deutschland höchste Gefahr und schwere Auseinandersetzungen mit sich führen. Er wies vor allem darauf hin, daß die Methode, nun schon das Ausland mobil zu machen gegen das deutsche Erwachen, von ihm in schärfster Weise zurückgewiesen werden mußte.

Für Hindenburgs Kandidatur traten die sozialdemokratischen Minister Preußens, dazu der Reichskanzler Dr. Brüning in einer wilden Hetzrede, gegen Adolf Hitler ein. Am 13. März brachte, gespeist von den großenteils jüdischen Geldern des Hindenburgausschusses und getragen von einer unendlich unwahrhaftigen Agitation, die nur die liebenswerte Person des Reichspräsidenten herausstellte, aber verschwieg, daß durch eine Wiederwahl sich die Verderber Deutschlands vor der Strafe durch Adolf Hitler retten wollten, 18650000 Stimmen für Hindenburg, 11339000 für Adolf Hitler, 4983000 für Thälmann und 2557000 für Düsterberg. Damit hatte die Wahl nicht die verfassungsmäßig erforderliche absolute Mehrheit ergeben, so daß ein zweiter Wahlgang stattfinden mußte.

Hierbei wurde die Neidkandidatur Düsterberg zurückgezogen. In der Erklärung des Stahlhelms aber hieß es:

„Der zweite Grund, der den Stahlhelm veranlaßt hatte ... die Kandidatur Düsterberg aufzustellen, war der Entschluß, sich unter keinen Umständen einer nationalsozialistischen Parteidiktatur zu unterwerfen. Auch dieser Entschluß bleibt richtunggebend bestehen."

Erfreulicherweise hat der Entschluß den Herren nichts genützt — sie haben doch, wenn auch spät und nach Sträuben, sich der Diktatur Adolf Hitlers unterwerfen müssen ...

Vor diesem zweiten Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl setzte nun ein

ungeheuerlicher Terror der sozialdemokratischen Regierung und aller reaktionären und volksfeindlichen Kräfte gegen die nationalsozialistische Bewegung ein. Am 17. März wurden auf Veranlassung des sozialdemokratischen Innenministers Severing die gesamten Geschäftsstellen der NSDAP in Preußen einer polizeilichen Haussuchung unterzogen, ein verlogenes Geschrei über Bürgerkriegsvorbereitungen der Nationalsozialisten wurde erhoben. Indessen mordete der kommunistische Terror, geschützt von der preußischen Regierung, und nicht ungern gesehen von der Reichsregierung Brüning, ungestört und ungehemmt weiter. Trotzdem es sonst nie üblich war, wandten sich jetzt sogar, von Gewissensbedenken geplagt, die evangelischen und katholischen Kirchenbehörden an die Reichsregierung und forderten eine „politische Osterruhe" vom 20. März bis 3. April — auf diese Weise konnte man am besten den Kampf des jungen Deutschland, seine Werbung für Adolf Hitler lahmlegen! Kommunistische Mörder und reaktionäre Pfaffen vereinigten sich so im Haß gegen Adolf Hitler und das erwachte Deutschtum. Selbstverständlich wurde dieser politische Osterfrieden erklärt. Am 4. April ließ der Berliner jüdische Polizeipräsident Bernhard Weiß sogar die Gaubüros der SA und SS schließen, um die NSDAP zu lähmen. Am 10. April wurde darauf der Reichspräsident von Hindenburg tatsächlich wiedergewählt. Immerhin erreichte Adolf Hitler 13,4 Millionen Stimmen. Drei Tage darauf schlug der Reichswehrminister und Reichsinnenminister General Groener gegen die NSDAP los. Unter dem Jubel des Auslandes, der Judenpresse und der Kommunisten verbot er am 13. April die SA und SS. Adolf Hitler richtete an die SA-Männer, die selbstverständlich trotz des Verbotes des Herrn Groener in treuer Kameradschaft zusammenhielten und fest zu ihrem Obersten Führer Adolf Hitler standen, im Hinblick auf die am 24. April bevorstehende Wahl zum Preußischen Landtag, folgenden Aufruf:

10. April 1932 Hindenburg wiedergewählt

13. April Groener verbietet die SA

„Ihr seid von jetzt ab nur noch Parteigenossen. Ihr erfüllt als Parteigenossen eure Pflicht, indem ihr euch in den Sektionen und Ortsgruppen zur politischen Wahlarbeit als Parteigenossen freiwillig mehr als je zur Verfügung stellt. Gebt den augenblicklichen Machthabern keinen Anlaß, unter irgendwelchen Vorwänden die Wahlen aussetzen zu können! Wenn ihr eure Pflicht erfüllt, wird dieser Schlag des Generals Groener durch unsere Propaganda tausendfach auf ihn selbst und seine Bundesgenossen zurückfallen. Am 24. April möge es einer gerechten Vorsehung gefallen, unseren Kampf für Freiheit und Recht zu segnen."

Überall aber setzte ein wahrer Verfolgungsfeldzug der Polizei gegen jeden einzelnen SA-Mann und SS-Mann ein; das landesverräterische

Reichsbanner blieb völlig ungestört, ja General Groener lehnte es sogar ab, nunmehr jedenfalls aus Gründen der Gerechtigkeit, das Reichsbanner zu verbieten.

Am 12. April hatte man sich seitens der regierenden Parteien auch gegen jede Überraschung aus der Landtagswahl in Preußen gesichert. Während es bisher Recht war, daß die stärkste Partei den Ministerpräsidenten stellte, der dann beim Landtag um ein Vertrauensvotum nachsuchte und, bis ein neues Ministerium gebildet war, die Regierung geschäftsführend innehatte, beschloß man, daß der Ministerpräsident nur von der absoluten Mehrheit des Landtages gewählt werden konnte — auf diese Weise konnte das alte sozialdemokratische Ministerium Braun-Severing ruhig im Amt bleiben und geschäftsführend weiter tätig sein, auch wenn die Nationalsozialisten die stärkste Partei wurden. Die Wahlen am 24. April ergaben in Preußen zwar einen ungeheuren nationalsozialistischen Sieg mit 162 Mandaten — da aber auch unter Hinzurechnung der Deutschnationalen Partei die absolute Mehrheit des Landtages für ein nationalsozialistisches Kabinett nicht da war, so blieb das Kabinett Braun-Severing geschäftsführend weiter an der Regierung.

Am 9. Mai trat der Reichstag wieder zusammen, Berlin fieberte vor Aufregung, immer stürmischer verlangte die Bevölkerung den Rücktritt vor allem Groeners, der unter dem Beifall des Auslandes im offenen Reichstag erklärt hatte: „Ohne die SA hätten wir seit Jahren Ruhe und Ordnung im Staate!" Dies geschah, während der kommunistische Terror Deutschland mit dem offenen Bolschewismus bedrohte! Das Kabinett Brüning entging auch diesmal noch mit knapper Mehrheit dem Mißtrauensvotum, noch am 11. Mai erklärte der Reichskanzler Dr. Brüning, er befände sich hundert Meter vom Ziel — dieses Ziel hatte er am 30. Mai erreicht. Er mußte infolge von Gegensätzen zum Reichspräsidenten zurücktreten. Der „Angriff" schrieb damals: „Jetzt oder nie ist der Augenblick gekommen, da der Reichspräsident eine historische Stunde vorfindet, der er entsprechend begegnen muß; das Recht der NSDAP auf die Staatsführung ist von neuem und doppelt bestätigt. Will sich der Reichspräsident dieser unaufhaltsamen Entwicklung einfach entziehen? Das ist unmöglich!"

Einen Tag vorher hatten die Landtagswahlen in Oldenburg eine absolute Mehrheit für die nationalsozialistische Bewegung ergeben. Schon in diesem Augenblick wäre die Stunde der Berufung einer nationalsozialistischen Regierung dagewesen. Das Kabinett Brüning war zurückgetreten unter schwersten Wirren. In der Reichstagssitzung am 12. Mai war bereits die Polizei des Juden Bernhard Weiß aufgetaucht und hatte national-

sozialistische Abgeordnete verhaftet; im Preußischen Landtag hatten die Kommunisten am 25. Mai nationalsozialistische Abgeordnete als Mörder beschimpft und waren deswegen aus dem Saale gehauen worden, das Kassendefizit des Reiches betrug 1,6 Milliarden Mark, die Arbeitslosigkeit hatte auch im Frühjahr kaum abgenommen — es wäre an der Zeit gewesen, durch Betrauung mit der Verantwortung die nationalsozialistische Partei und ihren Führer Adolf Hitler zur Leitung des Reiches zu berufen. Verantwortungslose Habgier und reaktionärer Hochmut wollten es anders...

Ein großer Teil der besitzenden Kreise Deutschlands, wie sie vor allem in der Deutschnationalen Partei organisiert waren, dieselben, die schon bei der Reichspräsidentenwahl Adolf Hitler die Kandidatur Düsterberg entgegengesetzt hatten, Kreise, die stets fürchteten, es könnte die nationalsozialistische Bewegung als Bewegung des erwachten Volkes allzusehr die Interessen der arbeitenden Massen berücksichtigen und gar über die Vorrechte dieser Gesellschaftsschichten zu Gunsten des gesamten Volkes hinweggehen, setzten die Bildung eines Reichskabinetts von Papen durch. Herr von Papen, ein diplomatisch gewandter Politiker, der vom rechten Flügel des Zentrums kam, ging als Reichskanzler zuerst einmal gegen die unerträglichen Zustände in Preußen vor. Nachdem er am 3. Juni den Reichstag aufgelöst, und damit eine alte nationalsozialistische Forderung des Jahres erfüllt hatte, forderte er bereits am 7. Juni Bildung einer ordnungsgemäßen Regierung in Preußen — jedoch schon am 14. Juni erließ sein Kabinett eine Notverordnung mit derartig furchtbaren Belastungen der arbeitenden Massen, daß sofort im Volke sich stärkste Mißstimmung gegen die neugebildete Regierung erhob. Lediglich jene Kreise, die unter „national" stets nur die Pflege des eigenen Geldsackes und die Niederhaltung der breiten Massen verstanden hatten, jubelten nun. In außerordentlich geschickter Weise verstand der Reichskanzler von Papen es, der nationalsozialistischen Bewegung dadurch den Wind aus den Segeln zu nehmen, daß er die unerträglichsten Ungerechtigkeiten gegen sie erst einmal beseitigte. Am 16. Juni wurde das SA-Verbot aufgehoben, lediglich die bayerische Regierung weigerte sich, die SA-Uniformen wieder zu dulden, so daß die Aufhebung aller Uniform- und SA-Verbote am 28. Juni noch einmal erlassen werden mußte.

Die nationalsozialistische Welle aber stieg, der Jubel des deutschen Volkes begrüßte die wiedererscheinende und in ihren Uniformen wieder marschierende SA. Die Landtagswahl in Mecklenburg-Schwerin am 5. Juni und die Landtagswahl in Hessen am 19. Juni wurden beide zu starken Erfolgen der NSDAP.

Der Kommunismus sah mit Schrecken, daß auch die Regierung von Papen offenbar nur eine Übergangslösung sei, daß danach Adolf Hitler kommen müsse, und warf deshalb neue Terrorwellen gegen die NSDAP. Wieder fielen täglich Tote, in Ohlau terrorisierte das Reichsbanner eine kleine schlesische Stadt und schlug die Nationalsozialisten auf offener Straße tot, am 17. Juni schossen in Altona die Kommunisten von den Dächern auf marschierende SA, aus dem Hinterhalt überfielen sie die braunen Kolonnen. Am 20. Juli wurde die preußische Regierung, in deren Zusammenarbeit mit dem Kommunismus auch die Regierung von Papen eine schwere Gefahr sah, abgesetzt. Reichskanzler von Papen wurde zum Reichskommissar für das Land Preußen bestellt und ermächtigt, die Mitglieder der Preußischen Staatsregierung ihres Amtes zu entheben und selbst die Dienstgeschäfte des preußischen Ministerpräsidenten zu übernehmen. Zur Begründung erklärte die Reichsregierung: „Die blutigen, von kommunistischer Seite hervorgerufenen Unruhen haben die Reichsregierung vor die Aufgabe gestellt, von sich aus für Ruhe und Sicherheit im größten Teile Deutschlands zu sorgen. In den übrigen deutschen Ländern, in denen die Polizeibehörden straff geleitet werden, besteht keine Befürchtung, daß kommunistische Umtriebe Erfolg erzielen. Die Reichsregierung bedauert lebhaft, daß diese Voraussetzungen für Preußen nicht in dem notwendigen Umfange zutreffen, obgleich die örtlichen Polizeiorgane durch Einsatz von Person und Leben der Beamten sich bemüht haben, der offenbar von langer Hand vorbereiteten Unruhen Herr zu werden. In Preußen hat die Reichsregierung die Beobachtung machen müssen, daß Planmäßigkeit und Zielbewußtheit der Führung gegen die kommunistische Bewegung fehlen. Es ist kein Zufall, daß gerade in Preußen die kommunistische Kampforganisation am straffsten und erfolgreichsten aufgetreten ist und an den verschiedensten Orten ernste und blutige Unruhen hervorgerufen hat.

20. Juli 1932 Rote Preußenregierung abgesetzt

Es besteht der begründete Verdacht, daß hohe preußische Dienststellen in Berlin und an anderen wichtigen Punkten nicht mehr die innere Unabhängigkeit besitzen, die zur Erfüllung ihrer Aufgabe notwendig ist. Dadurch ist in weiten Kreisen der Behörden, der Exekutivbeamten, sowie der Bevölkerung die staatliche Autorität erschüttert . . ."

Zugleich wurden auch der Berliner Polizeipräsident Grzesinski und der Polizeivizepräsident Bernhard Weiß („Isidor") aus ihren Ämtern entfernt. Diese Maßnahmen gewannen der Regierung von Papen viele Sympathien. Auch ihr am 8. Juli geschlossenes Abkommen in Lausanne, das eine Beendigung der Reparationen unter Festsetzung einer deutschen Schlußzahlung von drei Milliarden Mark, allerdings bei Aufrechterhaltung

der Dawes- und der Young-Anleihe, bestimmte, war, wenn auch kein voller Erfolg, so doch eine gewisse Erleichterung.

Am 9. Juli veranstaltete die NSDAP eine große Kundgebung im Lustgarten; der kommunistische Terror wurde immer unerträglicher.

Mit der Einsetzung des Reichskommissars in Preußen und mit der Beseitigung der sozialdemokratischen Minister und der Berliner Polizeipräsidenten wurde zugleich eine weitgehende Umbesetzung der staatlichen Posten in Preußen vorgenommen. Nationalsozialisten allerdings wurden nicht berufen, sondern die politische Macht fast überall in deutschnationale Hände gelegt. Wieder wie im Jahre 1923 tauchte die Reaktion immer unverhohlener als Gegner auf.

Die Reichstagswahl am 31. Juli ergab einen ungeheuren nationalsozialistischen Sieg. Die NSDAP erreichte 230 Mandate und wurde damit bei weitem die stärkste Partei des Deutschen Reichstages, die nächststärkste, die Sozialdemokratie, erreichte nur noch 133 Mandate. Die Stunde schien herangekommen zu sein, in der nun wirklich dem Führer des jungen Deutschland der Weg zur Leitung des Reiches geöffnet werden mußte. Adolf Hitler erließ an die Parteigenossen folgenden Aufruf: „Ein großer Sieg ist errungen. Die Nationalsozialistische Arbeiterpartei ist nunmehr zur weitaus stärksten Partei des Deutschen Reichstages emporgestiegen. ... Es kann angesichts dieses größten Erfolges unserer Bewegung für niemanden einen Dank geben, sondern für uns alle nur die Pflicht, den Kampf nunmehr mit erneuter und erhöhter Kraft aufzunehmen und fortzuführen."

Mit Recht schrieb Dr. Goebbels nach diesem ungeheuren Siege: „Jeder Nationalsozialist kann heute stolz auf diesen hinreißenden Sieg sein. Er ist der nimmermüden Hingabe, dem Fleiß und der Opferbereitschaft aller Parteigenossen, SA- und SS-Männer, Redner und Organisatoren zu verdanken. Lediglich durch die vorbildliche Propaganda unserer Partei ist es gelungen, die Bewegung zur weitaus stärksten Partei in ganz Deutschland zu machen, die heute schon über nahezu vierzehn Millionen Stimmen verfügt.

Damit ist noch einmal vor aller Welt unter Beweis gestellt, daß die von uns seit Jahren aufgestellte Behauptung, daß Brüning im Lande keine Mehrheit mehr hatte, zu Recht bestand. Die Brüning-Koalition hat an die 80 Mandate verloren und ist damit regierungsunfähig geworden. Der Marxismus hat sich in sich verhärtet. Es ist durch diese Wahl erwiesen worden, daß der zukünftige Kurs der deutschen Politik gegen den Marxismus insgesamt gesteuert werden muß.

Damit sind zum erstenmal seit 1918 in Deutschland wieder klare Fronten

aufgerollt. Die deutsche Politik erhält damit wieder einen eindeutigen Charakter, und es wäre ein Verbrechen an Volk und Vaterland, sich weiterhin gegen den Nationalsozialismus mit staatlichen Machtmitteln zu stemmen und ihn an der Übernahme der Verantwortung zu verhindern.

Brünings Politik hat erwiesen, daß ein Regieren gegen den Nationalsozialismus diesen nur weiter stärkt. Papens Politik hat bewiesen, daß ein Regieren ohne den Nationalsozialismus ihn nicht hemmen und aufhalten kann. Es bleibt also nur noch eine Möglichkeit: daß der Nationalsozialismus selbst die Macht und die Verantwortung übernimmt und den deutschen Dingen eine entscheidende neue Wendung gibt."

Die Verhandlungen über die Regierungsbildung begannen sehr rasch, der NSDAP wurde nach einer Besprechung zwischen Adolf Hitler und dem Reichspräsidenten von Hindenburg in Anwesenheit des Reichskanzlers von Papen angeboten, in das Kabinett von Papen einzutreten. Der Posten des Vizekanzlers und des Innenministers wurde ihnen dabei zugesichert. Mit Recht lehnte Adolf Hitler dieses Angebot ab und forderte die volle Führung. Adolf Hitler erklärte dem Reichspräsidenten: „Wir sind gewillt und entschlossen, die volle Verantwortung für die deutsche Politik in jeder Beziehung zu übernehmen, wenn man uns dafür eindeutige Führung der Regierung anvertraut. Ist das nicht der Fall, so kann die nationalsozialistische Bewegung weder an der Macht noch an der Verantwortung teilnehmen. Insbesondere kommt ein Eintritt in die Regierung Papen für die Partei nicht in Frage."

Da der Reichspräsident von Hindenburg es ablehnte, die nationalsozialistische Bewegung als stärkste Partei mit der Führung der Regierung zu betrauen, wurden die Verhandlungen als ergebnislos abgebrochen. Der Kampf setzte voll ein. Die Reichsleitung der NSDAP erklärte:

„Hitlers Ablehnung der Vizekanzlerschaft unter Herrn von Papen war eine Tat! Diese Entscheidung des Führers ist dem nationalen Deutschland aus der Seele gesprochen. Hitlers Nein wird nicht nur von der nationalsozialistischen Bewegung begrüßt, sondern auch vom deutschen Volke, das endlich Schluß haben will mit dem bisherigen System, als die zielbewußte und aufrechte Haltung einer Bewegung anerkannt, von der es die Befreiung der Nation erwartet.

Der durchsichtige Versuch, die NSDAP durch einen wohlüberlegten Trick, durch eine Belastung mit der Verantwortung ohne eine gleichzeitige Führungsmöglichkeit, gewissermaßen auf ‚kaltem Wege' zu erledigen, ist an dem klaren und weitblickenden Entschluß des Führers restlos gescheitert.

Der Führer ist sich selbst, der Bewegung und dem Volke treu geblieben. Die NSDAP hat sich nicht um ein paar Ministersessel an jene Kräfte verkauft, die gegen den Willen des Volkes regieren und ihm durch die Zerschlagung der nationalsozialistischen Freiheitsbewegung die Waffe aus der Hand winden wollten, die allein imstande ist, den gordischen Knoten des deutschen Schicksals zu zerhauen.

Um des Volkes willen hat der Führer ein für die Mentalität der bürgerlichen und marxistischen Parteien sicherlich verlockendes Angebot zurückgewiesen. Die Politik der Regierung von Papen, hinreichend gekennzeichnet durch die die Ärmsten der Armen aufs schwerste belastenden und für die NSDAP untragbaren Notverordnungen, kann niemals die Politik der NSDAP sein. Eine Regierung, in der die NSDAP nicht führt, sondern nur vertreten ist, wird niemals eine Wende des deutschen Schicksals herbeiführen können.

Wir wollen keine Politik der Zaghaftigkeit und halben Maßnahmen, wir wollen eine Politik der Kühnheit und der Tat, die heute allein das deutsche Volk retten kann!

Eine solche nationalsozialistische Politik aber, die aufräumt mit dem ganzen verstaubten Plunder des bisherigen Systems und eine grundlegende Neuordnung der Dinge in Angriff nimmt, kann nicht von Leuten geführt werden, die die Zeichen der Zeit auch heute noch nicht verstanden haben, sondern nur von Nationalsozialisten.

Das ist der Wille des deutschen Volkes, der bei den Wahlen seinen Ausdruck gefunden und dem nunmehr auch die Staatspolitik Rechnung zu tragen hat. Demgemäß hat Adolf Hitler die Führung der Reichsregierung gefordert; von der alleinigen und ausschließenden Übernahme der Regierung ist seitens der NSDAP nicht die Rede gewesen. Aber was überall im politischen Leben eine Selbstverständlichkeit ist, was man selbst dem Marxismus zubilligte, wird der NSDAP unter den fadenscheinigsten Begründungen vorenthalten.

Darauf konnte es für den Führer der NSDAP nur eine Antwort geben. Und zwar: Nein!

Stolz und unabhängig steht die Bewegung da, einmütig, geschlossen und kampfbereit. Wie richtig Adolf Hitler gehandelt hat, wird die Zukunft zeigen."

Am 16. August unterstrich Adolf Hitler diese Auffassung und sagte: „Nein, ich werde niemals für ein Linsengericht die Erstgeburt verkaufen. Ich halte es überhaupt in einer verkommenen und charakterlosen Zeit für wichtig, einem Volk zu zeigen, daß eine Bewegung ohne Rücksicht auf

augenblickliche Vorteile oder Nachteile ihrer leitenden Männer unbeirrbar und unwandelbar das gesteckte Ziel verfolgt."

Auf eine Frage über die Terrorakte antwortete Hitler: „Die Zahl der Terrorakte der marxistischen Parteien gegen unsere Bewegung geht nunmehr in viele Zehntausende. Die Zahl der Toten beträgt über 300, die Zahl der Verletzten betrug im vergangenen Jahr über 6000, in diesem Jahr aber in 7½ Monaten bereits über 8200. Es gibt ein Recht der Notwehr, das wir uns auf die Dauer nicht abschwatzen lassen durch die dumme Phrase von Ruhe und Ordnung."

In schärfster Weise griff nun der Nationalsozialismus die Regierung von Papen an.

Eine nicht unbedeutsame Episode verstärkte diese Haltung. In dem kleinen Ort Potempa hatten SA-Männer einen früheren polnischen Insurgenten und späteren kommunistischen Strauchdieb getötet. Das Gericht verurteilte fünf SA-Männer in Beuthen zum Tode, trotzdem bekannt war, daß die SA unter furchtbarstem kommunistischen Terror stand.

Die Verkündung des Urteils rief im Gerichtssaal ungeheure Erregung hervor. Der schlesische SA-Führer Heines rief laut in den Saal: „Das deutsche Volk wird in Zukunft andere Urteile fällen, das Urteil von Beuthen wird das Fanal zu deutscher Freiheit werden." Auf der Straße kam es zu schweren Tumulten.

Hitler richtete an die Verurteilten folgendes Telegramm: „Meine Kameraden! Angesichts dieses ungeheuerlichsten Bluturteils fühle ich mich mit Euch in unbegrenzter Treue verbunden. Eure Freiheit ist von diesem Augenblick an eine Frage unserer Ehre, der Kampf gegen eine Regierung, unter der dieses möglich war, unsere Pflicht."

Die Presse der Regierungsparteien erregte sich mit geheuchelter Empörung über diese kameradschaftliche Handlung des Obersten Führers und bewies damit nur, daß sie vom Geist des neuen Deutschland nichts verstand und nichts verspürte.

Am 24. August forderten bereits deutschnationale Kreise die Ausschaltung der Volksvertretung, der „Angriff" wurde auf eine Woche verboten — der Terror der Reaktion gesellte sich zum Terror der Kommunisten auf der Straße. Eine Rede des Reichskanzlers von Papen am 28. August über sein beabsichtigtes Wirtschaftsprogramm brachte eine deutliche Proklamierung der Vorrechte des Besitzes gegenüber der Arbeit und kündete schwerste Belastungen des schaffenden Volkes an. Mit Recht griff die nationalsozialistische Presse sie an. Die „Nationalpost" in Berlin, die statt des verbotenen „Angriff" erschien, schrieb: „Eine Welle des Unmuts wird durch das Volk gehen, wenn man versucht, diese teilweise noch ganz unklar

formulierten und häufig geradezu unausgegoren anmutenden Ideen Papens in die Tat umzusetzen. Es fehlt dem Papenschen Programm der zündende Funke, der mitreißend wirken könnte. Statt dessen ist mit kleinlichen und oft geradezu gehässig klingenden Anwürfen gegen die größte Volksbewegung, die Deutschland seit den Bauernkriegen je gesehen hat, nicht gespart worden. Es wird wohl keinen Menschen in Deutschland geben, der nach dieser Rede die Überzeugung hat, es könne von dem System Papen unserem Vaterlande die Rettung kommen!"

In einer Rede im Berliner Sportpalast am 1. September erklärte Adolf Hitler, aufbauend auf der ganzen Geschichte der nationalsozialistischen Bewegung: „Nicht vom Staate aus könne man Reformen beginnen, sondern man müsse im Volk die einheitliche Willensbildung erziehen, um aus diesem Volkswillen heraus dem Staat das Antlitz dieses Volkes zu geben. Wenn ihr sagt, ihr wollt jetzt das Parlament korrigieren — wir wollen, daß der Wille des Volkes befolgt wird. Wenn der Kanzler sagt: Dann lösen wir auf — unseretwegen hundertmal! Mein Wille ist unerschütterlich, mein Atem länger als der Atem meiner Gegner. Wenn die Gegner glauben, es würde irgendeine Möglichkeit der Zusammenarbeit geben, dann antworte ich: Es geht nicht, denn ihr lebt im alten Deutschland und wir im Deutschland der Zukunft."

Der 4. September brachte noch einmal eine außerordentlich schwere Notverordnung, die vor allem die tariflichen Löhne der deutschen Arbeiter völlig auflockerte. Am 12. September beim Zusammentritt des Reichstages kam es zum offenen Konflikt. Noch während der Reichstag über das Mißtrauensvotum gegen die Regierung von Papen abstimmte, legte der Reichskanzler von Papen die Auflösungsorder auf den Tisch des Hauses nieder. Die Abstimmung ergab, daß die Anträge auf Aufhebung der Notverordnung und die Mißtrauensanträge mit 513 gegen 32 Stimmen bei fünf Stimmenthaltungen angenommen wurden. Präsident Göring teilte dann das Auflösungsdekret des Reichspräsidenten mit, das besagte, daß der Reichstag auf Grund des Artikels 25 der Reichsverfassung aufgelöst wird, „weil die Gefahr besteht, daß der Reichstag die Aufhebung meiner Notverordnung vom 4. September des Jahres verlangt". Präsident Göring führte nach Verlesung des Schreibens aus, er nehme den Standpunkt ein, daß vorläufig dieses Schreiben keine Gültigkeit habe, da die Gegenzeichnung von einem Ministerium erfolgt sei, das durch die Volksvertretung soeben mit überwältigender Mehrheit gestürzt worden sei. Bei diesen Worten verließen die Deutschnationalen geschlossen den Saal. Göring fuhr fort: „Ich bin fest entschlossen, sowohl das Ansehen des Reichstags aufrechtzuerhalten, wie vor allem das Recht der deutschen Volksvertre-

12. September 1932 Reichstagskonflikt

tung, gemäß der Verfassung weiterzuarbeiten, aufrechtzuerhalten. Wir werden alle Schritte und Maßnahmen treffen, damit ein Auflösungsdekret, das von einer gestürzten Regierung gegengezeichnet wurde, die sich lediglich auf die verschwindende Anzahl von 32 Stimmen im gesamten Reichstag stützen kann, wirkungslos wird, indem es vom Herrn Reichspräsidenten zurückgenommen wird. Dieses Dekret hat durch die Gegenzeichnung der gestürzten Regierung ja seine Gültigkeit verloren."

Da die Regierung von Papen sich auf den Standpunkt stellte, daß der Reichstag bereits aufgelöst gewesen sei, als er das Mißtrauensvotum annahm, regierte sie weiter. Der „Völkische Beobachter" vom 13. September schrieb: „Der Konflikt zwischen Kaste und Volk ist also offen zum Ausbruch gekommen. Der jetzt entbrennende Kampf muß mit gleicher Zielklarheit gegen alle un- und antisozialen Kräfte geführt werden, und die gesamte Nation ist durch die NSDAP heute aufgerufen, für ihr Recht, für ihr Leben zu kämpfen."

Adolf Hitler erklärte am 13. September in einer Führerbesprechung: „Den sozialen Freiheitskampf, der mit der nationalen Freiheit untrennbar verbunden ist, hat die NSDAP aufgenommen und sich an die Spitze des Volkes gestellt."

Die neue Reichstagswahl wurde auf den 6. November angesetzt. Immer schärfer wurden die politischen Auseinandersetzungen, gegen die untragbaren Lohnkürzungen brachen bereits hier und da Streiks aus. Jetzt, als der Nationalsozialismus offen im Kampf für die Lebensrechte des arbeitenden Volkes gegen die politische Reaktion stand, zeigte sich, wer eigentlich Nationalsozialist war und wer nicht. So verließ z. B. der Präsident der Bremischen Bürgerschaft die NSDAP, weil er ihren sozialen Freiheitskampf nicht mitmachen wollte. Um so fester schlossen sich die getreuen Kämpfer Adolf Hitlers zusammen. Als bei der Berliner Verkehrs-Gesellschaft ein unerträglicher Lohnabbau durchgeführt wurde, übernahm die Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation die Führung des Streiks. Der Verkehr in Berlin ruhte. Sowohl die sozialdemokratisch geführten Gewerkschaften wie die Kommunisten erlahmten rasch im Streik, ja bemühten sich, ihn zum Stillstand und Zusammenbruch zu bringen. Als die unerträgliche Lohnkürzung durch Schiedsspruch bestätigt und der Schiedsspruch für verbindlich erklärt wurde, beschlossen die Gewerkschaften die Wiederaufnahme der Arbeit. Von Polizei erschossen, im Kampf für das Recht der Arbeit, fiel in Berlin-Schöneberg am Straßenbahnhof Belziger Straße getreu dem Führer und dem Volke der SA-Truppführer Reppich.

Die Reichstagswahl am 6. November brachte einen Rückgang der nationalsozialistischen Abgeordnetenzahl auf 196 — so tief ging doch die sittliche Entartung und Minderwertigkeit weiter bürgerlicher Kreise, daß sie in diesem Kampf die NSDAP im Stich ließen und sich aus einem Klasseninteresse, das in keiner Weise sittlich besser war, als das vom Marxismus gepredigte, aus dem sozialen Freiheitskampf des Volkes ausschlossen.

Gegen 196 nationalsozialistische Abgeordnete ließ sich aber genau so wenig regieren wie gegen 230. Adolf Hitler erließ nach der Wahl sofort einen Aufruf, in dem er jede Verständigung und jedes Kompromiß ablehnte. Die Zunahme der Kommunisten auf 100 Abgeordnete war eine weitere Quittung auf die Unmöglichkeit einer Politik, die vom nationalen Gedanken sprach, aber die nationalen Lebensbedürfnisse der arbeitenden Masse verkannte.

Am 17. November trat Herr von Papen zurück. Wieder forderte die NSDAP die Führung durch Adolf Hitler. Der „Völkische Beobachter" schrieb, man müsse Deutschland nationalsozialistisch führen, um zu verhindern, daß es bolschewistisch werde. 17. Nov. 1932 Rücktritt des Kabinetts v. Papen

Am 19. November empfing der Reichspräsident Adolf Hitler zum erstenmal, am 21. November zum zweitenmal. Wieder ergaben die Verhandlungen keine Einigung, da der Reichspräsident Adolf Hitler die Bedingung stellte, er solle ein parlamentarisches Mehrheitskabinett zusammenbringen. Mit Recht hatte Adolf Hitler demgegenüber in einem Brief an den Reichspräsidenten geschrieben: „Ich richte an Eure Exzellenz nur eine einzige Bitte, mir zum mindesten das an Autorität und Stellung geben zu wollen, was selbst die Männer vor mir erhielten, die zu dem großen Wert der Autorität und der Bedeutung des Namens von Eurer Exzellenz nicht soviel mitbringen konnten, wie ich."

Wieder blieben die Verhandlungen ergebnislos. Adolf Hitler erließ an seine Parteigenossen einen Aufruf, in dem er erklärte: „Was ich am Abend des Wahltages schon erklärte, wiederhole ich daher heute: dieses System muß in Deutschland niedergebrochen werden, wenn nicht die deutsche Nation an ihm zerbrechen soll. Der Kampf wird daher weitergeführt." Er schrieb an den Reichspräsidenten: „. . . Ich war vor allem nicht bereit und werde auch in Zukunft niemals bereit sein, die von mir geschaffene Bewegung anderen Interessen zur Verfügung zu stellen, als denen des deutschen Volkes. Ich fühle mich dabei verantwortlich mit meinem Gewissen, der Ehre der von mir geführten Bewegung und der Existenz der Millionen deutscher Menschen, die durch die politischen Experimente der

letzten Zeit, zwangsläufig einer immer weiter gehenden Verelendung entgegengeführt wurden."

Noch einmal wurde das Experiment eines Zwischenkabinetts versucht. Das Kabinett von Schleicher, ein Kabinett der Verlegenheit, wurde von vornherein von der NSDAP auf das heftigste bekämpft. Als das Jahr 1932, ein schweres Kampfjahr, bei dem neben dem marxistischen Gegner, wie 1923, reaktionäre Selbstsucht sich dem erwachenden Volk in den Weg gestellt hatte, zu Ende ging, stand die nationalsozialistische Bewegung unter ihrem Führer Adolf Hitler am Tor der Macht. Die Unmöglichkeit, gegen Adolf Hitler zu regieren, der Verfall Deutschlands und die unverhohlene Drohung des Kommunismus in Deutschland machten es zu einer unabweisbaren Notwendigkeit, für die Erhaltung des Volkes, dem Hin- und Herzerren ein Ende zu bereiten und dem Manne die Führung zu übergeben, der durch seine Arbeit und seinen Aufstieg allein sich als geeignet für die Reichsführung erwiesen hatte — Adolf Hitler.

Sieg und Neubau

Von Tag zu Tag wurde die Stellung des Kabinetts von Schleicher unhaltbarer. Auch diejenigen Kreise, die es ursprünglich mit unverhohlenen Hoffnungen begrüßt hatten, wurden immer kleinlauter. Wie Seifenblasen stiegen aus den Berliner Salons die geheimnisvollen Pläne des Herrn von Schleicher auf, um nach wenigen Stunden bereits wieder ins Nichts zu zerflattern. Die nationalsozialistische Bewegung sah mit Ruhe und Ernst der Stunde entgegen, in der auch dieses Zwischenkabinett weichen mußte. Adolf Hitler wandte sich in einer Neujahrsbotschaft an die Bewegung und sprach aus, was die Überzeugung der in all den langen Jahren gehärteten Kämpfer war: „Nach zwölfjährigem, schicksalsreichem und wechselvollem Ringen ist es der Bewegung in ihrem dreizehnten Jahre endlich gelungen, der marxistischen Herrschaft in Deutschland so schwere Schläge zu versetzen, daß in Preußen und im Reich die alten Novemberparteien ihre Stellung aufgeben und räumen mußten. Der Nationalsozialismus hat nicht als Parlamentspartei, sondern als Weltanschauung gestritten. Bürgerlicher Liberalismus und internationaler Marxismus waren und sind heute unsere gemeinsamen Feinde.

Die religiös und weltanschaulich wurzellos gewordene liberalistische Macht steht am Ende ihres Zeitalters. Riesengroß erhebt sich die bolschewistische Gefahr. Gleichlaufend mit dem Zerfall der politischen und kulturellen Werte schreitet der Verfall der Wirtschaft. Die allgemeine Unsicherheit, Not und Elend führen zur Verzweiflung. Der Zusammenbruch ist damit nur eine Frage der Zeit.

Nunmehr dreizehn Jahre lang haben unsere bürgerlichen Parteipolitiker immer wieder das Ende des Bolschewismus prophezeit und in Deutschland den Kommunismus für überwunden erklärt. Sie erreichten das Gegenteil.

Die innere Zerfleischung war im Jahre 1918 eine grauenhafte und heute ist sie eine chronische; daher ist ihre Überwindung die allererste und wichtigste Voraussetzung für jeden deutschen Wiederaufstieg.

Groß sind die Aufgaben unserer Bewegung für das kommende Jahr. Die größte aber wird es sein, unseren Kämpfern, Mitgliedern und

Anhängern in größter Klarheit vor Augen zu führen, daß diese Partei kein Selbstzweck, sondern nur ein Mittel zum Zweck ist.

Alles, was diese Bewegung ihr eigen nennt, was sie an Organisation besitzt in der SA und SS, in der politischen Führung, in der Zusammenfassung unserer Bauern und unserer Jugend, alles dies kann nur den einen Sinn haben, das neue Deutschland zu erkämpfen, in dem es endlich keinen Bürger und keinen Proletarier mehr geben soll, sondern nur noch deutsche Volksgenossen.

So wollen wir denn inmitten von Not und Elend, Jammer und Verzweiflung unser Banner fester denn je in unsere Faust nehmen, wollen bereit sein, zu führen und zu kämpfen und lieber selbst zu vergehen, als vergehen zu lassen die Bewegung, die Deutschlands letzte Kraft, letzte Hoffnung und letzte Zukunft ist."

Die Arbeitslosigkeit stieg inzwischen rapide. Sie betrug am 1. Januar nach amtlicher Zählung 5773000 Mann; der Zugang innerhalb von 14 Tagen betrug allein 169 000 Mann. Dazu kam ein scharfer Konflikt zwischen der Führung der Landwirtschaft und dem Reichskanzler von Schleicher. Wie die wirkliche Volksstimmung war, zeigte die Landtagswahl in dem kleinen Freistaat Lippe, die gewissermaßen als Merkmal für die Entwicklung anzusehen ist. Sie ergab folgendes Bild:

15. Januar 1933 Landtagswahl in Lippe

Die Nationalsozialisten bekamen statt einem Mandat neun und stiegen von 2713 Stimmen bei der Landtagswahl am 6. Januar 1929 über die Zahl von 33000 Stimmen bei der Reichstagswahl vom 6. November 1932 diesmal auf 39 000 Stimmen. Mit Recht schrieb die Reichspressestelle der NSDAP:

„Der gestrige Wahlsieg der NSDAP widerlegt nicht nur in überraschender Weise die gegnerischen Behauptungen von dem Rückgang der nationalsozialistischen Bewegung, sondern ist auch der Beweis dafür, daß die Stagnation der NSDAP völlig überwunden ist, und daß eine neue Aufwärtsentwicklung der Bewegung nun begonnen hat. Die nationalsozialistische Welle steigt wieder. Die NSDAP ist aus der Verteidigung wieder zum siegreichen Angriff übergegangen... Die nächsten Wochen und Monate werden ganz Deutschland im Zeichen dieses neuen Erwachens und verstärkten Angriffsgeistes sehen, der die Bewegung gegenüber dem Zusammenbruch der anderen wie eine Sturmflut weitertragen wird. Die Partei wird alle faulen Kompromisse, die der Stärke der Bewegung nicht entsprechen, ablehnen müssen."

Ein Teil der Schleicherpresse forderte unter diesen Umständen immer deutlicher die Proklamierung eines Staatsnotstandes und zugleich Vorgehen gegen die steigende nationalsozialistische Welle. Unerschütterlich und

gerade vertrat demgegenüber die nationalsozialistische Presse die Auffassung, daß endlich mit den Zwischenlösungen ein Ende gemacht werden müsse. Der „Angriff" vom 25. Januar blies zum Sturm:

„Die Fronten, die sich heute in Deutschland kämpfend gegenüberstehen, sind politische Armeen, die Weltanschauungen verfechten; und da Weltanschauungen das Tiefste und Einschneidendste umfassen, das sich überhaupt denken läßt, kann man zwischen ihnen nicht vermitteln. Man muß zu ihnen entweder Ja oder Nein sagen. Wer dazu nicht den Mut und die Entschlußkraft besitzt, der wird am Ende nicht über den Fronten, sondern zwischen ihnen stehen und bei ihrem Aufeinanderprallen zerrieben werden.

Wäre die Meinung und Ansicht, die der General von Schleicher vertritt, Allgemeingut des nationalen Deutschlands, dann wäre die Nation rettungslos dem Bolschewismus verfallen. Gäbe es keine Bewegung, die diesem Dilettantismus den Kampf ansagte, dann könnte man alle Hoffnung verlieren, und das dunkle Schicksal, das Rußland ereilte, würde erbarmungslos über unsere Grenzen hinwegschreiten ...

Darum erheben wir aufs neue den Ruf:

Weg mit allen halben Versuchen, die die Krise nicht lösen, sondern sie nur hinziehen und damit unheilvoller und gefährlicher machen!

Hitler an die Führung! Das ist und bleibt das Gebot der Stunde!"

Das war drei Tage, bevor das Kabinett Schleicher endgültig zusammenbrach; im Reichstag hatte es schon lange keine Mehrheit, eigentlich überhaupt keine Gruppe mehr hinter sich. Als nun der General von Schleicher am 28. Januar als Reichskanzler vom Reichspräsidenten von Hindenburg eine Auflösungsvollmacht forderte, verweigerte der Reichspräsident ihm diese. Der General von Schleicher trat zurück. 28. Januar 1933 Rücktritt des Kabinetts v. Schleicher

Der Reichspräsident beauftragte nun den außerordentlich geschickten und diplomatisch gewandten Herrn von Papen, „durch Verhandlungen mit den Parteien die politische Lage zu klären und die vorhandenen Möglichkeiten festzustellen". Das Ergebnis dieser Verhandlungen, die in einer Besprechung zwischen dem Reichspräsidenten, Adolf Hitler und Herrn von Papen gipfelten, war die Berufung Adolf Hitlers zum Reichskanzler. Die amtliche Bekanntmachung vom 30. Januar 1933 hatte folgenden Wortlaut:

„Der Reichspräsident hat Herrn Adolf Hitler zum Reichskanzler ernannt und auf dessen Vorschlag die Reichsregierung wie folgt gebildet:

Adolf Hitler, Reichskanzler;

Reichskanzler a. D. von Papen, Stellvertreter des Reichskanzlers und Reichskommissar für Preußen;

Freiherr von Neurath, Reichsaußenminister;

Staatsminister a. D. Dr. Frick, Reichsinnenminister;
General von Blomberg, Reichswehrminister;
Graf Schwerin von Krosigk, Reichsfinanzminister;
Geheimer Finanzrat Dr. Hugenberg, Reichswirtschafts- und Reichsernährungsminister;
Franz Seldte, Reichsarbeitsminister;
Freiherr von Eltz-Rübenach, Reichspost- und Reichsverkehrsminister;
Reichstagspräsident Göring, Reichsminister ohne Geschäftsbereich, gleichzeitig Reichskommissar für Luftverkehr. Reichsminister Göring wird mit der Wahrnehmung der Geschäfte des preußischen Innenministers beauftragt."

Ein ungeheurer Jubel ging durch Deutschland. In riesigen Fackelzügen marschierte die SA, SS und der Stahlhelm am Abend des 30. Januar durch Berlin, sie grüßten die Stunde der deutschen Erneuerung, für die alten Kämpfer der SA und SS der langersehnte Augenblick, an dem Adolf Hitler die Führung des Reiches endlich in die Hand nehmen konnte. Die Reichspressestelle der NSDAP erklärte:

30. Januar 1933 Adolf Hitler Reichskanzler

„Die Entscheidung ist gefallen. Mit der heutigen Übernahme der Regierungsführung durch Adolf Hitler ist das Deutsche Reich an einem Wendepunkt seiner politischen Entwicklung angelangt, dessen Bedeutung weit über den staatspolitischen Rahmen hinausreicht, in dem sich bisher Regierungswechsel zu vollziehen pflegten. Mit dem Führer der nationalsozialistischen Bewegung, Adolf Hitler, ist der Mann des Vertrauens des Volkes auf den Ruf des Reichspräsidenten an die Spitze der Regierung getreten. Der Herr Reichspräsident hat damit den Schritt vollzogen, der endlich dem Willen und dem Sehnen der Millionen des deutschen Volkes gerecht wird, die in dieser größten nationalen Bewegung der deutschen Geschichte die einzige Hoffnung auf einen Wiederaufstieg der Nation und in ihrem Führer Adolf Hitler allein den Mann sehen, der dieses große Werk beginnen und vollenden kann.

Die nationalsozialistische Bewegung weiß sich eins mit dem ganzen deutschen Volke, wenn sie in dieser Stunde dem Herrn Reichspräsidenten dankt für seine geschichtliche Tat, die den Ruhm des Generalfeldmarschalls unserer Heere im Weltkriege auf immer mit dem Namen des jungen Deutschlands verbindet, das glühenden Herzens zur Freiheit strebt ...

Die NSDAP weiß, daß die neue Regierung keine nationalsozialistische Regierung ist; aber sie ist sich dessen bewußt, daß diese Regierung den Namen ihres Führers Adolf Hitler trägt. Mit einem starken nationalsozialistischen Vortrupp ist der Führer in die Regierung eingerückt und hat

sich an seine Spitze gestellt, um dem deutschen Volke und seiner Freiheit eine Gasse zu bahnen, und deshalb stehen hinter dieser Regierung erstmals nicht nur die Machtmittel des Staates einsatzbereit, sondern hinter ihr steht tatbereit und auf Gedeih und Verderb mit ihrem Führer verbunden die Millionenarmee der nationalsozialistischen Bewegung, deren große historische Aufgabe auch auf das staatspolitische Gebiet übergegangen ist.

Der Kampf um die Regierungsführung ist beendet. Der Durchbruch zum Staat ist der nationalsozialistischen Bewegung nach dreizehnjährigem Ringen gelungen — der größere Kampf der Regierung Hitler für das deutsche Volk beginnt!"

Der kommunistische Terror forderte noch am letzten Tage ein Opfer. Der Sturmführer des Sturmes 33, Hans Eberhard Maikowski, außer ihm der Oberwachtmeister Zauritz, wurden auf dem Rückmarsch von Kommunisten erschossen. Mit Hans Eberhard Maikowski fiel einer der langjährigsten, treuesten und tapfersten Kämpfer der nationalsozialistischen Bewegung. — Die Regierung Adolf Hitlers stand vor drei großen Aufgaben: sie mußte alle Machtpositionen des Marxismus und der mit ihm verbündeten Parteien brechen, sie mußte selber einheitlich nationalsozialistisch werden, um einheitlich handeln zu können, und sie stand endlich vor dem Trümmerfeld auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens. Als erste Maßnahme wurde der Reichstag aufgelöst, Neuwahlen auf den 5. März angesetzt. Adolf Hitler erließ einen Aufruf, der durch Rundfunk dem ganzen deutschen Volke mitgeteilt wurde und zusammenfaßte, wie der Führer die Lage Deutschlands sah. Dieser Aufruf gipfelte in folgenden Sätzen:

„Das Erbe, das wir übernehmen, ist ein furchtbares.

Die Aufgabe, die wir lösen müssen, ist die schwerste, die seit Menschengedenken deutschen Staatsmännern gestellt wurde. Das Vertrauen in uns allen aber ist unbegrenzt, denn wir glauben an unser Volk und seine unvergänglichen Werte. Bauern, Arbeiter und Bürger, sie müssen gemeinsam die Bausteine liefern zum neuen Reich.

So wird es die nationale Regierung als ihre oberste und erste Aufgabe ansehen, die geistige und willensmäßige Einheit unseres Volkes wiederherzustellen. Sie wird die Fundamente wahren und verteidigen, auf denen die Kraft unserer Nation beruht. Sie wird das Christentum als Basis unserer gesamten Moral, die Familie als Keimzelle unseres Volks- und Staatskörpers in ihren festen Schutz nehmen. Sie wird über Stände und Klassen hinweg unser Volk wieder zum Bewußtsein seiner volklichen und politischen Einheit und der daraus entspringenden Pflichten bringen. Sie

will die Ehrfurcht vor unserer großen Vergangenheit, den Stolz auf unsere alten Traditionen zur Grundlage machen für die Erziehung der deutschen Jugend. Sie wird damit der geistigen, politischen und kulturellen Nihilisierung einen unbarmherzigen Krieg ansagen. Deutschland darf und wird nicht in Anarchismus und Kommunismus versinken.

Sie wird an Stelle turbulenter Instinkte wieder die nationale Disziplin zum Regenten unseres Lebens erheben. Sie wird dabei all der Einrichtungen in höchster Sorgfalt gedenken, die die wahren Bürgen der Kraft und Stärke unserer Nation sind.

Die nationale Regierung wird das große Werk der Reorganisation der Wirtschaft unseres Volkes mit zwei großen Vierjahresplänen lösen: Rettung des deutschen Bauern zur Erhaltung der Ernährung — und damit Lebensgrundlage der Nation. Rettung des deutschen Arbeiters durch einen gewaltigen und umfassenden Angriff gegen die Arbeitslosigkeit.

In vierzehn Jahren haben die November-Parteien den deutschen Bauernstand ruiniert. In vierzehn Jahren haben sie eine Armee von Millionen Arbeitslosen geschaffen.

Die nationale Regierung wird mit eiserner Entschlossenheit und zähester Ausdauer folgenden Plan verwirklichen: Binnen vier Jahren muß der deutsche Bauer der Verelendung endgültig entrissen sein. Binnen vier Jahren muß die Arbeitslosigkeit endgültig überwunden sein. Gleichlaufend damit ergeben sich die Voraussetzungen für das Aufblühen der übrigen Wirtschaft.

Mit dieser gigantischen Aufgabe der Sanierung unserer Wirtschaft wird die nationale Regierung verbinden die Aufgabe und Durchführung einer Sanierung des Reiches, der Länder und der Kommunen in verwaltungsmäßiger und steuertechnischer Hinsicht.

Damit erst wird der Gedanke der föderativen Erhaltung des Reiches blut- und lebensvolle Wirklichkeit.

Zu den Grundpfeilern dieses Programms gehört der Gedanke der Arbeitsdienstpflicht und der Siedlungspolitik.

Die Sorge für das tägliche Brot wird aber ebenso die Sorge sein für die Erfüllung der sozialen Pflichten bei Krankheit und Alter.

In der Sparsamkeit ihrer Verwaltung, der Förderung der Arbeit, der Erhaltung unseres Bauerntums sowie der Nutzbarmachung der Initiative des Einzelnen liegt zugleich die beste Gewähr für das Vermeiden jedes Experimentes der Gefährdung unserer Währung.

Wir deutschen Männer dieser Regierung fühlen uns vor der deutschen Geschichte verantwortlich für die Wiederherstellung eines geordneten Volkskörpers und damit für die endgültige Überwindung des Klassen-

wahnsinns und Klassenkampfes. Nicht einen Stand sehen wir, sondern das deutsche Volk, die Millionen seiner Bauern, Bürger und Arbeiter, die entweder gemeinsam die Sorgen dieser Zeit überwinden werden oder ihnen sonst gemeinsam erliegen.

Entschlossen und getreu unserm Eide, wollen wir damit angesichts der Unfähigkeit des derzeitigen Reichstages, diese Arbeit zu unterstützen, dem deutschen Volke selbst die Aufgabe stellen, die wir vertreten.

Der Reichspräsident Generalfeldmarschall von Hindenburg hat uns berufen mit dem Befehl, durch unsere Einmütigkeit der Nation die Möglichkeit des Wiederaufstiegs zu bringen.

Wir appellieren deshalb nunmehr an das deutsche Volk, diesen Akt der Versöhnung selbst mit zu unterzeichnen.

Die Regierung der nationalen Erhebung will arbeiten, und sie wird arbeiten. Sie hat nicht vierzehn Jahre lang die deutsche Nation zugrunde gerichtet, sondern will sie wieder nach oben führen. Sie ist entschlossen, in vier Jahren die Schuld von vierzehn Jahren wieder gutzumachen.

Allein sie kann nicht die Arbeit des Wiederaufbaues der Genehmigung derer unterstellen, die den Zusammenbruch verschuldeten.

Die Parteien des Marxismus und seiner Mitläufer haben vierzehn Jahre lang Zeit gehabt, ihr Können zu beweisen. Das Ergebnis ist ein Trümmerfeld. Nun, deutsches Volk, gib uns die Zeit von vier Jahren, und dann urteile und richte uns!

Getreu dem Befehl des Generalfeldmarschalls wollen wir beginnen: Möge der allmächtige Gott unsere Arbeit in seine Gnade nehmen, unseren Willen recht gestalten, unsere Einsicht segnen und uns mit dem Vertrauen unseres Volkes beglücken. Denn wir wollen nicht kämpfen für uns, sondern für Deutschland!"

Am 2. Februar wurde erst einmal durch Erlaß des Reichsministers Göring als Reichskommissar für das preußische Innenministerium jede Demonstration der KPD in Preußen verboten. Eine Verordnung des Reichspräsidenten regelte das Reichswahlgesetz neu und machte auf diese Weise die Entstehung von Splitterparteien unmöglich. Am 4. Februar wurden in Preußen durch das kommissarische Staatsministerium sämtliche kommunalen Vertretungskörperschaften aufgelöst und Neuwahlen für den 12. März angesetzt.

Der einstweilige Reichskommissar für Preußen, Vizekanzler von Papen, berief am selben Tage den langjährigen nationalsozialistischen Gauleiter von Hannover, Rust, als kommissarischen Leiter für das preußische Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung und den deutschnationalen Parteiführer Dr. Hugenberg zum kommissarischen Leiter des preu-

ßischen Landwirtschaftsministeriums und des preußischen Ministeriums für Wirtschaft und Arbeit.

Die staatsrechtlichen Zustände in Preußen waren einstweilen noch völlig verwirrt; der Landtag hatte sich unfähig erwiesen, eine brauchbare nationale Regierung zu bilden, außerdem geisterte noch immer das im Sommer 1932 durch den Reichskanzler von Papen aus der Amtsführung ausgeschaltete, aber als „Hoheitskabinett" weiter bestehende Kabinett der Sozialdemokraten Braun-Severing herum, tat nichts und kostete Geld. Durch Verordnung des Reichspräsidenten vom 6. Februar „zur Herstellung geordneter Regierungsverhältnisse in Preußen" wurden erst einmal die Befugnisse dieses Restkabinetts auf den neueingesetzten Reichskommissar für Preußen übertragen; der Preußische Landtag aufgelöst und die Neuwahl des Landtages auf den 5. März, den gleichen Tag wie die Reichstagswahl, angesetzt. Adolf Hitler sprach im Rundfunk über sein Regierungsprogramm: „... Wenn die Gegner sagen: ‚Sagen Sie uns Ihr detailliertes Programm', dann kann ich nur zur Antwort geben: Zu jeder Zeit wäre vermutlich ein Programm mit konkreten wenigen Punkten möglich gewesen; nach eurer Wirtschaft, nach eurem Wirken, nach eurer Zersetzung muß man das deutsche Volk von Grund auf neu aufbauen, genau so, wie ihr es bis in den Grund hinein zerstört habt ... Es kann niemand von Ihnen gegen mich zeugen und sagen, daß ich je gesagt habe, daß der Wiederaufstieg nur eine Frage von wenigen Tagen sei. Immer und immer wieder predige ich: Der Wiederaufstieg der deutschen Nation ist die Frage der Wiedergewinnung der inneren Kraft und Gesundheit des deutschen Volkes."

Sofort begannen die ersten Maßnahmen zur Behebung der Wirtschaftsnot; eine neue Zollverordnung schützte erst einmal die deutsche Landwirtschaft, eine Notverordnung über den landwirtschaftlichen Vollstreckungsschutz sicherte Ruhe für den schaffenden Landwirt. Wie ernst die Arbeitslosenfrage geworden war, zeigt die Tatsache, daß Adolf Hitler am 31. Januar d. J. eine Zahl von 6 014 000 Arbeitslosen vorfand. Mit Energie wurde aber auch hier bereits in den ersten Tagen versucht, die schwersten sozialen Lasten zu mindern; eine Notverordnung „zur Milderung von Härten in der Sozialversicherung und in der Reichsversorgung" vom 18. Februar beseitigte die schlimmsten Härten der wirtschaftlichen Not. Noch immer war die Arbeitslosigkeit im Steigen. Am 15. Februar war sie noch einmal — zum letztenmal — auf 6 047 000 angewachsen. Es sollte die höchste Zahl sein, die sie je erreichte. Der geschlagene Kommunismus gab noch immer keine Ruhe. Am 22. Februar erließ darum der Reichskommissar für das preußische Innenministerium Göring Bestim-

mungen über die Einberufung und Verwendung einer Hilfspolizei. Die so lange verfolgten SA-Männer taten nunmehr als Hilfspolizisten Dienst, um das Aufbauwerk Adolf Hitlers zu sichern. Immer gefährlicher wurden die kommunistischen Treibereien; als Polizei und Hilfspolizei das berüchtigte Karl-Liebknecht-Haus durchsuchten, fand sich hierin ein wohlvorbereiteter Plan zum bewaffneten Aufstand, Listen der abzuschießenden deutschgesinnten Persönlichkeiten und so viel belastendes Material, daß die schwerste Gefahr im Anzug war. Merkwürdige Brandstiftungen beunruhigten die Bevölkerung — da erfolgte das Signal zum kommunistischen Aufruhr. Am 27. Februar abends brannte der Reichstag lichterloh, von kommunistischen Brandstiftern in Flammen gesetzt. Noch am selben Abend griff Adolf Hitler zu; eine große Anzahl der kommunistischen Führer wurde sofort verhaftet, die gefährlichsten Schädlinge eingesperrt. Der Amtliche preußische Pressedienst teilte mit: 27. Februar 1933 Brand des Deutschen Reichstages

„Diese Brandstiftung ist der bisher ungeheuerlichste Terrorakt des Bolschewismus in Deutschland. Unter den Hunderten von Zentnern Zersetzungsmaterial, das die Polizei bei der Durchsuchung des Karl-Liebknecht-Hauses entdeckt hat, fand sich die Anweisung zur Durchführung des kommunistischen Terrors nach bolschewistischem Muster ... Durch die Auffindung des Materials ist die planmäßige Durchführung der bolschewistischen Revolution gestört worden. Trotzdem sollte der Brand des Reichstags das Fanal zum blutigen Aufruhr und zum Bürgerkrieg sein. Es steht fest, daß mit diesem heutigen Tag in ganz Deutschland die Terrorakte gegen Einzelpersönlichkeiten, gegen das Privateigentum, gegen Leib und Leben der friedlichen Bevölkerung beginnen und den allgemeinen Bürgerkrieg entfesseln sollten.

Der Kommissar des Reiches im preußischen Ministerium des Innern, Reichsminister Göring, ist dieser ungeheuren Gefahr mit den schärfsten Maßnahmen entgegengetreten. Er wird die Staatsautorität unter allen Umständen und mit allen Mitteln aufrechterhalten. Es kann festgestellt werden, daß der erste Angriff der verbrecherischen Kräfte zunächst abgeschlagen worden ist."

Zu den ersten Maßnahmen des Kommissars gehörten die Verhaftung der Abgeordneten und Funktionäre der Kommunistischen Partei, das Verbot der kommunistischen Presse und Wahlpropaganda für vier Wochen und der sozialdemokratischen für vierzehn Tage.

Noch am gleichen Tage wurde eine Notverordnung zur Bekämpfung der kommunistischen Gefahr erlassen. In allen Ländern des Reiches wurden daraufhin Maßnahmen gegen die Kommunistische Partei, teils auch gegen die Sozialdemokratische Partei und mit ihnen zusammen-

hängende Organisationen ergriffen. Vor allem erfolgte die Einsetzung von Reichskommissaren in einer Reihe deutscher Länder auf Grund dieser Verordnung.

Ergänzt wurde diese Verordnung durch eine Verordnung des Reichspräsidenten gegen Verrat am deutschen Volk und hochverräterische Umtriebe vom 1. März 1933. Damit wurde vor allem einmal die geradezu volksmörderische Betätigung der pazifistischen Landesverratsgruppen ausgeschaltet.

Der Reichstagswahlkampf rückt immer näher heran. Am 4. März schließt die NSDAP ihre Vorbereitungen zur Wahl mit einem Tag der erwachenden Nation. In riesigen Aufmärschen durch ganz Deutschland, in Fackelzügen und Freudenfeuern wird noch einmal dem Jubel über die Bildung der Regierung Hitler Ausdruck gegeben und das Volk zur Wahl für die siegreichen Hakenkreuzfahnen aufgerufen. Adolf Hitler spricht am Abend vor der Wahl von Königsberg aus über alle deutschen Sender. Auf allen öffentlichen Plätzen übertragen Lautsprecher die Worte des Führers an das deutsche Volk. Die Reichstagswahlen bringen einen vollen

5. März 1933 Reichstagswahlsieg der NSDAP

Erfolg der nationalsozialistischen Bewegung. Die NSDAP stieg von 11 auf 17 Millionen Stimmen. Die Wahlbeteiligung betrug bei der Reichstagswahl 88,5 % (am 6. November 1932: 80,6 %), bei der Landtagswahl 88,9 % (am 24. April 1932: 82,1 %). Es ist das die in der deutschen Parlamentsgeschichte bisher stärkste Wahlbeteiligung. Sowohl im Reichstag wie im Landtag errangen die Regierungsparteien, NSDAP und Kampffront Schwarz-Weiß-Rot, die absolute Mehrheit.

Reichsminister Dr. Frick konnte mit Recht als Ergebnis dieser Wahl zusammenfassen: „Ich sehe in dem Wahlergebnis des gestrigen Tages den Dank und das Bekenntnis des deutschen Volkes für den Mann, der seit vierzehn Jahren als sein treuester Sohn für Deutschlands Wiederaufstieg gekämpft hat. Adolf Hitler hat nunmehr die Machtposition erhalten, von der aus er die schwere Aufgabe des Neuaufbaues beginnen kann. Ganz besonders hat mich das warme Bekenntnis der süddeutschen Länder zum Reichsgedanken gefreut, denn das gewaltige Anwachsen der NSDAP in Bayern, Württemberg und Baden bedeutet nichts anderes als eine Absage dieser Länder an separatistische und eigenbrötlerische Bestrebungen. Auch daß zum erstenmal seit Bestehen des Reiches die Schlüsselstellung des Zentrums gebrochen ist, bedeutet für die Regierungsparteien einen gewaltigen Erfolg. Das deutsche Volk hat der unter Adolf Hitlers Führung stehenden Reichsregierung in einer überwältigenden Vertrauenskundgebung den Auftrag erteilt, in vier Jahren den Wiederaufstieg Deutschlands durchzuführen. Es kann sich darauf verlassen, daß die Reichsregie-

rung als Treuhänder des Volkes alle Kräfte einsetzen wird, um das Vertrauen der Volksmehrheit zu rechtfertigen."

Hiermit hatte die Regierung Adolf Hitlers die Möglichkeit in der Hand, gestützt auf das Vertrauen des Volkes, alle Widerstandsnester zu beseitigen. Noch am 5. März wird in Hamburg auf Anordnung des Reichsinnenministers Dr. Frick die Polizeigewalt von Nationalsozialisten übernommen. Am 6. März erfolgt das Gleiche in Hessen, Bremen und Lübeck. Hakenkreuzfahnen und schwarzweißrote Fahnen gehen auf allen öffentlichen Gebäuden hoch. Dort, wo jahrelang die Pläne gegen das deutsche Volk geschmiedet wurden, im Karl-Liebknecht-Haus am Bülowplatz in Berlin, sitzt die politische Polizei, und der Platz wird feierlich zum Horst-Wessel-Platz, das Karl-Liebknecht-Haus zum Horst-Wessel-Haus umbenannt. Auch in Württemberg, Baden, Sachsen und Schaumburg-Lippe wird die Polizeigewalt vom Reichsinnenminister Dr. Frick übernommen. Besonders ernst erschien äußerlich die Lage in Bayern. Dort hatte die bayerische Regierung des Ministerpräsidenten Held, die sich seit Jahren dem deutschen Erwachen entgegengestellt hatte, offen androhen lassen, sie würde von ihrem Posten nicht weichen. Frech hatte der bayerische Ministerpräsident noch am 21. Februar kurz vor der Reichstagswahl erklärt:

„. . . Wir werden darauf auch in Bayern gewappnet sein, daß uns nicht eines schönen Tages die Gewalt herauswirft. Wir haben uns längst mit dem Gedanken vertraut gemacht, daß solche Dinge kommen könnten. Aber Sie dürfen überzeugt sein, daß alles vorbereitet ist, auf daß nicht wieder ein solches Schauspiel wie einst in München geschehen kann. Heute wird der Großteil des Volkes der Regierung dankbar sein, die den Mut besitzt, das Recht zur Geltung zu bringen und die öffentliche Ordnung und Sicherheit aufrechtzuerhalten."

Ein anderer hoher Vertreter der bayerischen Regierung hatte sogar erklärt, man werde einen von Adolf Hitler eingesetzten Reichskommissar an der Grenze verhaften! Der Reichskommissar kam aber gar nicht von jenseits der Grenze, sondern erschien am 9. März als der von Adolf Hitler mit der Polizeigewalt in Bayern betraute langjährige nationalsozialistische Kämpfer und Befreier Münchens von der bolschewistischen Herrschaft General Ritter von Epp, der sich schon lange in München aufhielt und mit militärischer Kürze den schwarzen Herren der bayerischen Regierung den Stuhl vor die Tür setzte.

In Dankbarkeit für ihre unsterblichen Taten gedachte an einem allgemeinen Volkstrauertag am 12. März das deutsche Volk der Gefallenen des Weltkrieges. Der Reichskanzler Hitler verkündete eine Anordnung des Reichspräsidenten von Hindenburg, nach der bis zur endgültigen Regelung

der Flaggenfrage auf öffentlichen Gebäuden die schwarzweißrote Fahne und die Hakenkreuzflagge, „die die ruhmreiche Vergangenheit des Deutschen Reiches und die kraftvolle Wiedergeburt der deutschen Nation verbinden", nebeneinander zu hissen sind. Die an diesem Tage stattfindenden Wahlen zu den preußischen Gemeindevertretungen bringen fast überall nationalsozialistische Mehrheiten. Um auch im Volke die Erkenntnis für die Maßnahmen der nationalsozialistischen Regierung zu vertiefen und auf diese Weise das Volk geschlossen hinter die NSDAP zu stellen, wurde am 13. März unter Leitung von Reichsminister Dr. Goebbels ein Ministerium für Volksaufklärung und Propaganda errichtet. Die sozialdemokratische Presse wurde weiter verboten.

Das neue Ministerium für Propaganda und Volksaufklärung erhielt besonders am 15. März die Verwaltung des Rundfunks übertragen. Die unerhörten Zustände von Verbonzung und Verschleuderung der Gelder, die sich gerade in der Rundfunkverwaltung vorfanden, führten dann noch im August des Jahres zur Festnahme einer Anzahl Persönlichkeiten, die bis dahin den Rundfunk geleitet und sich auf Kosten der Volkes bereichert hatten. Am gleichen Tage, dem 15. März, verschwand auch die bisherige Regierung Held in Bayern endgültig.

Für die außenpolitische Gestaltung wurde es besonders wichtig, daß der italienische Ministerpräsident Mussolini, der Schöpfer des Faschismus, einen „Viermächtepakt" der Großmächte England, Frankreich, Italien und Deutschland zur Regelung auftauchender europäischer Streitfragen vorschlug. Dieser Plan wurde auch von Adolf Hitler aufrichtig begrüßt, der dazu erklärte: „Wir messen diesem Plan ernsteste Bedeutung bei, wir sind bereit, auf seiner Grundlage in voller Aufrichtigkeit mitzuarbeiten und die vier großen Mächte England, Frankreich, Italien und Deutschland zu einer friedlichen Zusammenarbeit zusammenzuschließen, die mutig und entschlossen an die Aufgaben herangeht, von deren Lösung das Schicksal Europas abhängt." Dieser Pakt ist dann auch am 1. Juni in Rom unterzeichnet worden.

Der neugewählte Reichstag konnte in dem verbrannten Gebäude des Reichstages in Berlin nicht eröffnet werden. Er trat vielmehr, um so an die große Tradition anzuknüpfen, in Potsdam zu einer Eröffnungsfeier in der Garnisonkirche zusammen. Adolf Hitler würdigte in einer großangelegten Ansprache bei diesem feierlichen Staatsakt am 21. März die

21. März 1933 Tag von Potsdam

Bedeutung des Tages und sagte u. a.:

„Als Bismarck dem kulturellen Streben der deutschen Nation die staatspolitische Einigung folgen ließ, schien damit für immer eine lange Zeit des Haders und des Krieges der deutschen Stämme untereinander beendet zu

sein. Getreu der Kaiserproklamation nahm unser Volk teil an der Mehrung der Güter des Friedens, der Kultur und der menschlichen Gesittung. Es hat das Gefühl seiner Kraft nie gelöst von der tiefempfundenen Verantwortung für das Gemeinschaftsleben der europäischen Nationen.

In diese Zeit der staats- und machtpolitischen Einigung der deutschen Stämme fiel der Beginn jener weltanschaulichen Auflösung der deutschen Volksgemeinschaft, unter der wir heute noch immer leiden. Und dieser innere Zerfall der Nation wurde wieder einmal, wie so oft, zum Verbündeten der Umwelt. Die Revolution des Novembers 1918 beendete einen Kampf, in den die deutsche Nation in der heiligsten Überzeugung, nur ihre Freiheit und damit ihr Lebensrecht zu schützen, gezogen war. Denn weder der Kaiser noch die Regierung noch das Volk haben diesen Krieg gewollt.

Nur der Verfall der Nation, der allgemeine Zusammenbruch zwangen ein schwaches Geschlecht, wider das eigene bessere Wissen und gegen die heiligste innere Überzeugung die Behauptung unserer Kriegsschuld hinzunehmen. Diesem Zusammenbruch aber folgte der Verfall auf allen Gebieten. Machtpolitisch, moralisch, kulturell und wirtschaftlich sank unser Volk tiefer und tiefer. Das Schlimmste war die bewußte Zerstörung des Glaubens an die eigene Kraft, die Entwürdigung unserer Traditionen und damit die Vernichtung der Grundlagen eines festen Vertrauens. Krisen ohne Ende haben unser Volk seitdem zerrüttet. Aber auch die übrige Welt ist durch das politische und wirtschaftliche Herausbrechen eines wesentlichen Gliedes ihrer Staatengemeinschaft nicht glücklicher und nicht reicher geworden. Aus dem Aberwitz der Theorie von ewigen Siegern und Besiegten kam der Wahnwitz der Reparationen und in der Folge die Katastrophe unserer Weltwirtschaft.

Indem die nationale Regierung in dieser feierlichen Stunde zum erstenmal vor den neuen Reichstag hintritt, bekundet sie zugleich ihren unerschütterlichen Willen, das große Reformwerk der Reorganisation des deutschen Volkes und des Reiches in Angriff zu nehmen und durchzuführen. Im Bewußtsein, im Sinne des Willens der Nation zu handeln, erwartet die nationale Regierung von den Parteien der Volksvertretung, daß sie nach fünfzehnjähriger deutscher Not sich erheben mögen über die Beengtheit eines doktrinären parteimäßigen Denkens, um sich dem eisernen Zwang unterzuordnen, den die Not und ihre drohenden Folgen uns allen auferlegen. Denn die Arbeit, die das Schicksal von uns fordert, muß sich turmhoch erheben über den Rahmen und das Wesen kleiner tagespolitischer Aushilfen.

Wir wollen wiederherstellen die Einheit des Geistes und des Willens

der deutschen Nation! Wir wollen wahren die ewigen Fundamente unseres Lebens, unser Volkstum und die ihm gegebenen Kräfte und Werte. Wir wollen die Organisation und die Führung unseres Staates wieder jenen Grundsätzen unterwerfen, die zu allen Zeiten die Vorbedingung der Größe der Völker und Reiche waren. Wir wollen die großen Traditionen unseres Volkes, seiner Geschichte und seiner Kultur in demütiger Ehrfurcht pflegen als unversiegbare Quellen einer wirklichen inneren Stärke und einer möglichen Erneuerung in trüben Zeiten. Wir wollen das Vertrauen in die gesunden, weil natürlichen und richtigen Grundsätze der Lebensführung verbinden mit einer Stetigkeit der politischen Entwicklung im Innern und Äußern.

Wir wollen an die Stelle des ewigen Schwankens die Festigkeit einer Regierung setzen, die unserem Volke damit wieder eine unerschütterliche Autorität geben soll. Wir wollen alle die Erfahrungen berücksichtigen, sowohl im Einzel- und im Gemeinschaftsleben, wie auch in unserer Wirtschaft, die sich in Jahrtausenden als nützlich für die Wohlfahrt der Menschen erwiesen haben. Wir wollen wiederherstellen das Primat der Politik, die berufen ist, den Lebenskampf der Nation zu organisieren und zu leiten. Wir wollen aber auch alle wirklich lebendigen Kräfte des Volkes als die tragenden Faktoren der deutschen Zukunft erfassen, wollen uns redlich bemühen, diejenigen zusammenzufügen, die eines guten Willens sind, und diejenigen unschädlich zu machen, die dem Volke zu schaden versuchen.

Aufbauen wollen wir eine wahre Gemeinschaft aus den deutschen Stämmen, aus den Ständen, den Berufen und den bisherigen Klassen. Sie soll zu jenem gerechten Ausgleich der Lebensinteressen befähigt sein, den des gesamten Volkes Zukunft erfordert. Aus Bauern, Bürgern und Arbeitern muß wieder werden ein deutsches Volk. Es soll dann für ewige Zeiten in seine treue Verwahrung nehmen unseren Glauben und unsere Kultur, unsere Ehre und unsere Freiheit.

Der Welt gegenüber aber wollen wir, die Opfer des Krieges von einst ermessend, aufrichtige Freunde sein eines Friedens, der endlich die Wunden heilen soll, unter denen alle leiden."

Auf die gewaltige Feier in Potsdam folgte dann die erste Sitzung des Reichstages in der Kroll-Oper in Berlin. Adolf Hitler nahm hier noch einmal Gelegenheit, vor dem Reichstag die Absichten der von ihm geführten Regierung für die nächsten Aufgaben darzustellen: „... Die Rettung des deutschen Bauern muß unter allen Umständen durchgeführt werden ... Würde dies nicht gelingen, müßte die Vernichtung unserer Bauern nicht nur zum Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft über-

haupt, sondern vor allem zum Zusammenbruch des deutschen Volkskörpers führen. Seine gesunde Erhaltung ist aber auch die erste Voraussetzung für das Blühen und Gedeihen unserer Industrie, für den deutschen Binnenhandel und für den Export. Ohne das Gegengewicht des deutschen Bauerntums hätte der kommunistische Wahnsinn schon jetzt Deutschland überrannt und damit die deutsche Wirtschaft endgültig vernichtet. Was die Gesamtwirtschaft einschließlich unserer Exportindustrie dem gesunden Sinn des deutschen Bauern verdankt, kann überhaupt durch kein Opfer geschäftlicher Art irgendwie abgegolten werden. Es muß daher auch der weiteren Besiedlung des deutschen Bodens in Zukunft die höchste Sorge gelten.

Im übrigen ist sich die nationale Regierung darüber im klaren, daß die endgültige Behebung der Not sowohl unserer bäuerlichen als auch unserer städtischen Wirtschaft abhängt von der Eingliederung der Arbeitslosenarmee in den Produktionsprozeß. Und hierin sieht die Regierung ihre zweite größte und gewaltigste wirtschaftliche Aufgabe ... Ähnlich ihrer Einstellung zum deutschen Bauern ist die Einstellung der nationalen Regierung gegenüber unserem Mittelstand. Auch seine Rettung kann nur im Zuge der allgemeinen wirtschaftlichen Aktion erfolgen. Die Regierung ist entschlossen, diese Fragen grundsätzlich und durchgreifend zu lösen.

Sie erkennt hierbei die geschichtliche Aufgabe, die Millionenmasse der deutschen Arbeiter im Daseinskampf um ihre Lebensrechte zu schützen und zu fördern. Als Kanzler und als Nationalsozialist fühle ich mich selbst mit ihnen als den einstigen Gefährten meiner Jugend verbunden. Die Steigerung der Konsumkraft dieser Massen wird ein wesentliches Mittel zur wirtschaftlichen Belebung sein. ...

... Folgende Voraussetzungen sieht die nationale Regierung für die Belebung der allgemeinen Wirtschaftskatastrophe als notwendig an:

1. Eine unbedingte Autorität der politischen Führung im Innern zur Herstellung des Vertrauens in die Stabilität der Verhältnisse;

2. eine Sicherstellung des Friedens durch die wirklich großen Nationen auf lange Sicht zur Wiederherstellung des Vertrauens der Völker untereinander;

3. den endlichen Sieg der Grundsätze der Vernunft in der Organisation und Führung der Wirtschaft sowie eine allgemeine internationale Entlastung von Reparationen und unmöglichen Schuld- und Zinsverpflichtungen ...

Um die Regierung in die Lage zu versetzen, die Aufgaben zu erfüllen, die innerhalb dieses allgemein gekennzeichneten Rahmens liegen, hat sie

im Reichstag durch die beiden Parteien der Nationalsozialisten und der Deutschnationalen das Ermächtigungsgesetz einbringen lassen ...

Da die Regierung an sich über eine klare Mehrheit verfügt, ist die Zahl der Fälle, in denen eine innere Notwendigkeit vorliegt, zu einem solchen Gesetz die Zuflucht zu nehmen, an sich eine begrenzte. Um so mehr aber besteht die Regierung der nationalen Erhebung auf der Verabschiedung dieses Gesetzes. Sie zieht in jedem Fall eine klare Entscheidung vor. Sie bietet den Parteien des Reichstags die Möglichkeit einer ruhigen deutschen Entwicklung und einer sich daraus in der Zukunft anbahnenden Verständigung, und sie ist aber ebenso entschlossen und bereit, die Bekundung der Ablehnung und damit die Ansage des Widerstandes entgegenzunehmen. Mögen Sie, meine Herren Abgeordneten, nunmehr selbst die Entscheidung treffen über Frieden oder Krieg!"

Nach der grundsätzlichen Rede Adolf Hitlers wurde das dem Reichstag vorgelegte Ermächtigungsgesetz mit allen Stimmen gegen die Stimmen der Sozialdemokratie angenommen. Dieses Ermächtigungsgesetz, bezeichnet als „Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich", bestimmt insbesondere, daß Reichsgesetze außer in dem in der Reichsverfassung vorgesehenen Verfahren auch von der Reichsregierung erlassen werden können und daß sie auch von der Reichsverfassung abweichen können. Mit Recht bemerkt der „Völkische Beobachter" vom 24. März: „Für vier Jahre kann Hitler alles tun, was notwendig ist für die Rettung Deutschlands. Negativ in der Ausrottung der volkszerstörenden marxistischen Gewalten, positiv im Aufbau einer neuen Volksgemeinschaft, um so die Grundlagen zu legen für den ersten echten deutschen Nationalstaat als Erfüllung der deutschen Sehnsucht vieler Jahrhunderte ... ‚Hitler an die Macht!' Dieser Ruf der Nation wurde am 23. März 1933 zur Tat. Deutschland ist erwacht. Die große Arbeit beginnt. Der Tag des Dritten Reiches ist gekommen ..."

Schlag auf Schlag wurde nun durchgegriffen. Die kommissarische preußische Staatsregierung hatte noch am 22. März eine Verordnung zur Behebung von Mißständen in der Gemeindeverwaltung (Korruptionsbekämpfungs-Verordnung) erlassen, nun wurden am 24. März in Bayern sämtliche Wehrverbände außer der SA, SS und dem Stahlhelm aufgelöst, am 27. März legte die bereits abgesetzte preußische Regierung Braun endgültig ihre Ämter nieder. Das Verbot der sozialdemokratischen Presse wurde auf unbestimmte Zeit verlängert.

Eine große Anzahl der am Niedergange Deutschlands in den letzten Jahren schuldigen Marxisten und besonders Juden hatte sich inzwischen ins Ausland begeben. Mit Schrecken erkannte das Weltjudentum, daß

ihm die politische Herrschaft über Deutschland entrissen war. Es setzte darum im Ausland eine wütende Hetze des Judentums gegen Deutschland ein, Greuelnachrichten wurden in der ausländischen Presse verbreitet und zum Boykott Deutschlands aufgefordert. Die NSDAP erließ am 28. März einen Aufruf, in dem sie als Abwehr gegen die antideutsche Greuelpropaganda im Ausland den Boykott jüdischer Geschäfte und Waren, jüdischer Ärzte und Rechtsanwälte androhte. Das Judentum gab aber nicht nach, so daß am 1. April in ganz Deutschland ein einheitlicher Boykott der Juden, aller ihrer Geschäfte, Warenhäuser, Gaststätten, Kinos, Rechtsanwälte und Ärzte durchgeführt wurde. Dieser Boykott verlief in voller Disziplin und zeigte, daß das nationalsozialistische Deutschland nicht gewillt war, sich von den jüdischen Drohungen niederzwingen zu lassen. Nach der Durchführung des Boykotts ließ die antideutsche Hetze im Ausland stark nach. 1. April 1933 Judenboykott

Am 31. März und am 7. April erließ die Reichsregierung nacheinander zwei Gesetze „zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich". Das erste Gleichschaltungsgesetz gab den Landesregierungen die Ermächtigung, außer den in der Landesverfassung vorgesehenen Verfahren Landesgesetze zu beschließen. Es bestimmte ferner die Auflösung der Volksvertretungen der Länder und ihre Neubildung nach den Stimmenzahlen, die bei der Wahl zum Deutschen Reichstag am 5. März 1933 innerhalb eines jeden Landes auf die Wahlvorschläge entfallen waren. Die Kommunisten wurden dabei nicht berücksichtigt. Ihre Mandate fielen als reichsfeindlich einfach weg. Das zweite Gesetz zur Gleichschaltung der Länder regelte eine alte deutsche Not, nämlich das Verhältnis von Reich und Ländern und schuf einen neuen und besseren Zustand, als er auf diesem Gebiet seit Jahrhunderten geherrscht hatte. In allen deutschen Ländern ernennt der Reichspräsident Reichsstatthalter auf Vorschlag des Reichskanzlers. Der Reichsstatthalter ernennt die Vorsitzenden der Landesregierung, er löst die Landtage auf und ordnet Neuwahlen an, ihm obliegt die Ausfertigung und Verkündung der Landesgesetze, er ernennt die unmittelbaren Staatsbeamten und Richter, soweit sie bisher durch die oberste Landesbehörde ernannt wurden. Er hat endlich das Begnadigungsrecht. Damit bekam der Reichsstatthalter eine Anzahl der Rechte, die früher die einzelnen Landesfürsten besessen hatten. Er leitet seine Rechte aber nicht, wie der Landesfürst, aus der Staatshoheit des Landes her, sondern aus der Hoheit des Reiches. In Preußen wird der Reichskanzler zugleich Reichsstatthalter. Die Bedeutung dieses Gesetzes faßt der „Völkische Beobachter" vom 8. April 1933 am besten zusammen: „Die Frage der Reichsreform hat unter dem alten Regierungssystem jahrelang die Gemüter stark beschäftigt. In einem Halbdutzend von Haupt- und Unterausschüssen wurden Mehr- 7. April 1933 Reichsstatthaltergesetz

heitsbeschlüsse gefaßt, deren praktische Bedeutung gleich Null war. Was in jahrelangen Erörterungen nicht gelang, wurde nach dem Systemwechsel vom 30. Januar in wenigen Wochen einer zunächst wenigstens vorläufigen Lösung entgegengeführt. Der Fehler der früheren Auseinandersetzungen über die Reichsreform bestand darin, daß sie an rein schematischen Konstruktionen hängen blieben. Es wurde übersehen, daß der Krebsschaden des ganzen Staatslebens in der politischen Gegensätzlichkeit zwischen Reich und Ländern sowohl wie zwischen den Ländern untereinander bestand. Es war ein durch jahrhundertelange Tradition geheiligtes Gesetz, daß in München anders wie in Berlin und umgekehrt regiert wurde. Die Regierung der nationalen Revolution stellte durch die Einsetzung der Reichskommissare zunächst einmal dieses Grundübel ab ..."

Wie sehr die einheitliche Leitung Adolf Hitlers bereits Staat und Wirtschaft belebt, zeigt die Tatsache, daß die Arbeitslosigkeit unter die 6 Millionengrenze um fast eine halbe Million auf 5 598 000 Menschen gesunken ist. Um den Behördenapparat von allen Gegnern zu reinigen, und um auch für die Zukunft das Eindringen von Juden in die deutsche Verwaltung unmöglich zu machen, wird am 7. April ein Gesetz „zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums" erlassen, auf Grund dessen politisch unzuverlässige Beamte, Parteibuchbeamte und Beamte nichtarischer Abstammung bis zum 30. September entlassen werden können. Ein Gesetz vom 10. April ermöglicht zugleich die Entziehung der Zulassung als Rechtsanwalt gegenüber nichtarischen Rechtsanwälten, die nicht Frontkämpfer waren, deren Väter oder Brüder nicht im Felde gefallen waren oder die nicht schon vor dem 1. August 1914 Rechtsanwälte gewesen waren. Selbstverständlich wird allen Rechtsanwälten, die sich kommunistisch betätigt haben, ebenfalls die Zulassung entzogen. In Preußen verzichtet Vizekanzler von Papen am 11. April auf das Reichskommissariat, als Reichsstatthalter in Preußen ernennt Adolf Hitler den Reichsminister und bisherigen kommissarischen Reichsinnenminister Hermann Göring zum preußischen Ministerpräsidenten. Am gleichen Tage wird General Ritter von Epp zum Statthalter in Bayern ernannt. Am 20. April begeht Adolf Hitler seinen Geburtstag, den er in aller Stille verlebt. Seine größte Freude mag gewesen sein, daß die Arbeitslosenzahl um weitere 69 000 heruntergegangen ist. Der neue preußische Ministerpräsident Hermann Göring bekommt am 21. April nunmehr auch das neue preußische Kabinett; als Reichsstatthalter in Preußen ernennt Adolf Hitler den Ministerpräsidenten Göring gleichzeitig zum Innenminister, den Reichskommissar Popitz zum Finanzminister, Reichskommissar Kerrl zum Justizminister, Reichskommissar Rust zum Kultusminister. Das Ministerium für Wirt-

schaft und Arbeit und das Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, die der deutschnationale Parteiführer Hugenberg kommissarisch verwaltet, bleiben einstweilen unbesetzt. Um die Überfremdung der deutschen Hochschulen und Schulen mit jüdischen Elementen auszuschalten, wird am 25. April ein „Gesetz gegen die Überfremdung der deutschen Schulen und Hochschulen" erlassen; die nichtarischen höheren Schüler und Studenten dürfen den Hundertsatz der nichtarischen Bevölkerung des Reiches grundsätzlich nicht übersteigen. In Preußen wird am 27. April zur Verstärkung und Erleichterung des Kampfes gegen die kommunistische Bedrohung die bisherige Zentrale der politischen Polizei vom Berliner Polizeipräsidium abgetrennt und zu einem selbständigen Geheimen Staatspolizeiamt unter dem preußischen Innenministerium umgewandelt.

All die Jahre hindurch, seitdem der Marxismus in Deutschland sich rühren konnte, war der 1. Mai der Tag der internationalen Verbrüderung des Proletariats gewesen. Nunmehr wurde er umgestaltet zum Tage der nationalen Arbeit. In einem ungeheuren Aufmarsch auf dem Tempelhofer Feld in Berlin bekannte sich das arbeitende Berlin zu der nationalsozialistischen Idee und dem Führer Adolf Hitler. Adolf Hitler sprach dies in seiner Rede am 1. Mai 1933 folgendermaßen aus: 1. Mai 1933 Tag der nationalen Arbeit

„Das Symbol des Klassenkampfes, des ewigen Streites und Haders, es wird sich nunmehr verwandeln zum Symbol der Erhebung, zum Symbol der großen Einigung unseres Volkes. Und deshalb haben wir diesen Tag der erwachenden Natur gewählt für alle kommenden Zeiten als Tag der Wiedergewinnung der Kraft und der Stärke unseres Volkes. Jener schaffenden Arbeit, die keine engen Grenzen kennt, nicht gebunden ist an die Werkstatt, an die Fabrik, an das Kontor, das Konstruktionsbüro oder das Amt, eine Arbeit, die wir überall dort anerkennen wollen, wo sie in gutem Sinne für Sein und Leben unseres Volkes geleistet wird."

Adolf Hitler entwickelte an diesem Tage in einer großangelegten Rede vor den Millionenmassen auf dem Tempelhofer Felde die Grundsätze für das erste Jahr des Vierjahresplanes. Er sagte:

„... Als wir den Gedanken der Arbeitsdienstpflicht zum ersten Male der Öffentlichkeit übergaben, da stürzten sich sofort die Vertreter der absterbenden marxistischen Welt darauf und erklärten: das ist ein neuer Angriff gegen das Proletariat, ein Angriff gegen die Arbeit, ein Angriff gegen das Leben des Arbeiters. Warum taten sie es? Sie wußten genau, daß es nicht ein Angriff gegen die Arbeiter sein wird, sondern nur ein Angriff gegen ein entsetzliches Vorurteil, gegen das Vorurteil, daß Handarbeit schänden könnte. Dieses Vorurteil wollen wir in Deutschland ausroden ...

Wir wollen, daß dieses deutsche Volk nun durch die Arbeitsdienstpflicht erzogen wird zur Erkenntnis, daß Handarbeit nicht schändet, daß Handarbeit nicht entehrt, sondern daß Handarbeit genau wie jede andere Tätigkeit dem zur Ehre gereicht, der sie treu und redlichen Sinnes erfüllt. Und deshalb ist es unser unverrückbarer Entschluß, jeden einzelnen Deutschen, er mag sein, wer er will, ob hochgeboren und reich, ob arm, ob Sohn von Gelehrten oder Sohn von Fabrikarbeitern — einmal in seinem Leben zur Handarbeit zu führen, damit er sie kennenlernt, damit er auch leichter befehlen kann, weil er selbst schon gehorchen gelernt hat.... Kopf- und Handarbeiter dürfen nicht gegeneinander arbeiten. Der Kopfarbeiter muß einsehen, daß keiner ein Recht hat, auf den anderen einfach herabzusehen, sich selbst als etwas Besseres zu dünken, sondern daß Kopf- und Handarbeiter einig sein müssen in einer einzigen Gemeinschaft.

Wir werden in diesem Jahre zum erstenmal diese großen ethischen Gedanken in die Wirklichkeit überführen, und wir wissen, daß, wenn erst einmal 40 Jahre vergangen sind, das Wort Arbeit und Handarbeit dann für die Millionen Menschen genau dieselbe Sinneswandlung hervorgerufen haben wird wie einst Millionen Menschen den Landsknecht vergessen haben und den deutschen Soldaten an seine Stelle setzten.

Wir werden auch in diesem Jahre als weitere große Aufgabe die Befreiung der schöpferischen Initiative von den verhängnisvollen Einwirkungen majoritiver Beschlüsse durchführen und sicherstellen. Nicht nur im Parlament, nein, auch in der Wirtschaft. Wir wissen, daß unsere Wirtschaft nicht emporkommt, wenn nicht eine Synthese gefunden wird zwischen der Freiheit des schöpferischen Geistes und der Verpflichtung dem Volksganzen gegenüber. Daher wird es auch unsere Aufgabe sein, den Verträgen die Bedeutung zu geben, die ihnen zukommt. Der Mensch lebt nicht für Verträge, sondern die Verträge sind da, das Leben des Menschen zu ermöglichen.

Endlich werden wir in diesem Jahre uns bemühen, die erste Etappe auf dem Wege einer organischen Wirtschaftsführung zurückzulegen und werden dabei von einer fundamentalen Erkenntnis ausgehen: Es gibt keinen Aufstieg, der nicht beginnt bei der Wurzel des nationalen, völkischen und wirtschaftlichen Lebens, beim Bauer, und von ihm führt der Weg zum Arbeiter und weiter endlich zur Intelligenz. Wir werden daher beginnen, in erster Linie den Landmann und seine Wirtschaft gesund zu machen, weil wir wissen, daß damit auch die Voraussetzung zur Gesundung der ganzen übrigen Wirtschaft gegeben ist ...

Und damit kommt eine weitere Aufgabe, die Beseitigung der Arbeitslosigkeit durch eine Arbeitsbeschaffung, die wir in zwei große Gruppen ein-

teilen. Hier wird ein großes gewaltiges Werk in diesem Jahre in Angriff genommen, mit welchem wir die deutschen Bauten, die Häuser wieder in Ordnung bringen werden und damit für Hunderte und Hunderttausende Arbeit schaffen werden.

Und zweitens: Wir wollen nunmehr in diesem Augenblick und an dieser Stelle zum ersten Male den Appell an das ganze deutsche Volk richten: Deutsches Volk! Glaube nicht, daß das Problem der Arbeitsbeschaffung in den Sternen gelöst wird. Du mußt selbst mithelfen, es zu lösen, du mußt aus Einsicht und Vertrauen alles tun, was Arbeit schaffen kann. Jeder von uns hat die Pflicht, von sich aus nicht zu zögern und nicht zu warten mit seinen Anschaffungen, mit dem, was er machen soll und einmal machen muß, jeder hat die Pflicht, von sich aus hier im Vertrauen auf die Zukunft seinen Teil sofort beizutragen. Jeder Unternehmer, jeder Hausbesitzer, jeder Geschäftsmann, jeder einzelne, er hat die Pflicht, nach seinem Vermögen mitzuhelfen, Arbeit zu schaffen, und vor allem, jeder hat die Pflicht, sich der deutschen Arbeit zu erinnern.

Wenn heute die Welt gegen uns Unwahrheiten verbreitet, wenn man die deutsche Arbeit verfemt, dann müssen wir erwarten, daß der Deutsche selbst sich seiner Arbeit annimmt. Es ist ein Appell, der, an die Millionen einzelner gerichtet, am ehesten auch den Millionen Menschen Arbeit geben kann.

Und weiter: Wir werden große öffentliche Probleme noch in diesem Jahr zu verwirklichen uns bestreben, in erster Linie das Riesenprogramm, das wir nicht der Nachwelt überlassen wollen, sondern das wir verwirklichen müssen, ein Programm, das viele Milliarden erfordert: Das Programm unseres Straßen-Neubaus ... Damit wird eine Serie öffentlicher Arbeiten eingeleitet, die zusammen mithelfen, die Arbeitslosenzahl immer mehr herunterzudrücken.

Endlich wird ein Angriff stattfinden gegen die Unerträglichkeit der heutigen Zinssätze. Wir werden auch hier den Entschluß durchführen, der uns Nationalsozialisten seit vielen Jahren eine Selbstverständlichkeit ist, und damit in Verbindung eine Handelspolitik durchführen, die uns die Stetigkeit der Produktion sichert, ohne die deutsche Landwirtschaft zu vernichten."

Bereits am Tage darauf wurde mit der Zusammenfassung der Wirtschaft Ernst gemacht; die Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation (NSBO) übernimmt die Freien Gewerkschaften. Damit wird auch diese Position dem Marxismus entrissen. Ein Aktionskomitee zum Schutze der deutschen Arbeit, das auf Anweisung des Reichskanzlers Hitler gegründet war und unter Führung des preußischen Staatsrats Dr. Ley stand, führte diese Maßnahme durch. Am 3. Mai schlossen sich auch die christlichen

2. Mai 1933 Deutsche Arbeitsfront

Gewerkschaften, der liberale „Gewerkschaftsring" GDA und andere Verbände an, indem sie sich bedingungslos der Führung Adolf Hitlers unterstellten. Am Tage der Übernahme der Gewerkschaften erließ Dr. Ley den folgenden Aufruf an den deutschen Arbeiter:

„Wir treten heute in den zweiten Abschnitt der nationalsozialistischen Revolution ein ... Gewiß, wir haben die Macht, aber wir haben noch nicht das ganze Volk. Dich, Arbeiter, haben wir noch nicht hundertprozentig, und gerade dich wollen wir, wir lassen dich nicht, bis du in aufrichtiger Erkenntnis restlos zu uns stehst. Du sollst auch von den letzten marxistischen Fesseln befreit werden, damit du den Weg zu deinem Volke findest.

Denn das wissen wir: Ohne den deutschen Arbeiter gibt es kein deutsches Volk! Und vor allem müssen wir verhüten, daß dir dein Feind, der Marxismus und seine Trabanten, noch einmal in den Rücken fallen können.

Wenn auch die marxistischen Parteien restlos zerschlagen sind, wie die KPD, oder sich in heller Auflösung befinden, wie die SPD, wenn auch die Parteipäpste in elender Feigheit geflohen sind oder jedem und allem abgeschworen haben und dich Arbeiter feige und erbärmlich verlassen haben wie nie zuvor, so wissen wir doch, alles das ist nur Schein: Der Marxismus stellt sich tot, um sich bei günstiger Gelegenheit von neuem erheben und dir von neuem hinterhältig den Judasdolch in den Rücken zu stoßen. Genau wie 1914! Auch damals bewilligte er Kriegskredite und gebärdete sich übernational, um dich 1918 an den Imperialismus unserer damaligen Feinde zu verraten und damit an das Weltkapital zu verkaufen.

Uns täuscht der schlaue Fuchs nicht! Lieber geben wir ihm einen letzten Fangschuß, als daß wir jemals wieder dulden würden, daß er sich erhebe ... Deshalb schlagen wir dem marxistischen Gesindel seine Hauptwaffe aus der Hand und nehmen ihm damit seine letzte Möglichkeit, um sich neu zu stärken. Die Teufelslehre des Marxismus soll elendig auf dem Schlachtfelde der nationalsozialistischen Revolution krepieren.

Nicht als ob wir damit die Gewerkschaften an sich zerschlagen und zerstören wollten. Im Gegenteil, wir haben nie etwas zerstört, was überhaupt irgendwie Wert für unser Volk hat, und werden das auch in Zukunft nicht tun, das ist nationalsozialistischer Grundsatz. Das gilt ganz besonders für die Gewerkschaften, die mit so viel sauer verdienten und vom Munde abgesparten Arbeitergroschen aufgebaut wurden. Nein, Arbeiter, deine Institutionen sind uns Nationalsozialisten heilig und unantastbar ... Wir werden nicht nur alles erhalten, was sich vorfindet, wir werden den Schutz und die Rechte des Arbeiters weiter ausbauen, damit er in den neuen nationalsozialistischen Staat als vollwertiges und geachtetes Glied des Volkes eingehe."

Die Neugestaltung ging nun rasch vonstatten. Am 5. Mai wurden die Reichsstatthalter für Württemberg, Sachsen, Baden, Thüringen, Hessen, Braunschweig-Anhalt und Bremen-Oldenburg ernannt, in Sachsen der verdiente SA-Führer von Killinger zum Ministerpräsidenten berufen. Am 10. und 12. März wird das Vermögen der SPD, des Reichsbanners, der sogenannten Freien Gewerkschaften beschlagnahmt, am 16. Mai ein achtwöchiger Waffenstillstand in der Wirtschaft verordnet.

Aus dem Mißerfolg der Abrüstungskonferenz war von der deutschfeindlichen Presse im Auslande vielfach versucht worden, gegen die nationalsozialistische Bewegung zu hetzen. Ja, der Nationalsozialismus wurde sogar als eine Störung des Friedens der Welt dargestellt, und zeitweilig nahm der Ruf nach einem Vorbeugungskrieg gegen Deutschland derartig überhand, daß ernsteste Verwicklungen zu befürchten waren. Adolf Hitler ging in einer großen staatsmännischen Rede im Deutschen Reichstag auf diese Dinge ein und stellte sich offen den gegen Deutschland zu Unrecht erhobenen Angriffen. Seine Rede ist eines der größten Beispiele moderner Staatsmannskunst; sie hatte den Erfolg, daß die künstlich geschürte Mißtrauensatmosphäre gegen Deutschland weitgehend verschwand. Adolf Hitler führte aus:

17. Mai 1933 Reichskanzler Adolf Hitlers außenpolitische Rede

„... Alle die heutige Unruhe verursachenden Probleme liegen in den Mängeln des Friedensvertrages begründet, der es nicht vermochte, die wichtigsten und entscheidensten Fragen der damaligen Zeit für alle Zukunft überlegen, klar und vernünftig zu lösen ...

Deutschland hat abgerüstet. Es hat alle im Friedensvertrag auferlegten Verpflichtungen weit über die Grenzen jeder Billigkeit, ja jeder Vernunft hinaus erfüllt ... Deutschland hat damit einen moralisch berechtigten Anspruch, zu fordern, daß die hochgerüsteten Staaten nunmehr auch ihrerseits die Verpflichtungen, die sich aus dem Vertrag von Versailles ergeben, erfüllen.

Die Deutschland im Dezember zugestandene Gleichberechtigung ist bisher nicht verwirklicht worden. Wenn von seiten Frankreichs nunmehr wieder die These aufgestellt wird, daß der Gleichberechtigung die Sicherheit entsprechen müsse, so darf ich demgegenüber zwei Fragen erheben:

1. Deutschland hat bisher alle Sicherheitsverpflichtungen übernommen, die sich aus der Unterzeichnung des Versailler Vertrages, dem Eintritt in den Völkerbund, dem Locarno-Pakt, dem Kellog-Pakt, den Schiedsgerichtsverträgen, dem Kriegsverhütungspakt ergeben. Welches sind die konkreten Sicherungen, die außer den internationalen Verpflichtungen von Deutschland noch übernommen werden sollen?

2. Welche Sicherung hat demgegenüber Deutschland? Nach den Angaben beim Völkerbund besitzt Frankreich allein an im Dienst befindlichen Flugzeugen 3046, Belgien 350, Polen 700, die Tschechoslowakei 670. Dazu kommen unermeßliche Mengen an Reserveflugzeugen, Tausende von Kampfwagen, Tausende von schweren Geschützen sowie alle technischen Mittel zur Führung des Krieges mit Giftgasen. Hat nicht Deutschland mehr Berechtigung, demgegenüber in seiner Wehr- und Waffenlosigkeit Sicherheit zu verlangen, als die durch Koalition miteinander verbundenen gerüsteten Staaten?

Dennoch ist Deutschland bereit, weiterhin Verpflichtungen internationaler Art auf sich zu nehmen, wenn die anderen Nationen ihrerseits dazu bereit sind und dies Deutschland zugute kommt. Deutschland wäre auch ohne weiteres bereit, seine gesamten militärischen Einrichtungen überhaupt aufzulösen und den Rest der ihm verbliebenen Waffen zu zerstören, wenn die anliegenden Nationen ebenso restlos das gleiche tun.

Wenn aber diese anderen Staaten nicht gewillt sind, die in dem Friedensvertrag von Versailles auch von ihnen übernommene Abrüstung durchzuführen, dann muß Deutschland zum mindesten auf der Forderung seiner Gleichberechtigung bestehen . . .

Die deutsche Regierung und das deutsche Volk werden sich aber unter keinen Umständen zu irgendeiner Unterschrift nötigen lassen, die eine Verewigung der Disqualifizierung Deutschlands bedeuten würde. Der Versuch, dabei durch Drohungen auf Regierung und Volk einzuwirken, wird keinen Eindruck zu machen vermögen.

Es ist denkbar, daß man Deutschland gegen jedes Recht und gegen jede Moral vergewaltigt; aber es ist undenkbar und ausgeschlossen, daß ein solcher Akt von uns selbst durch eine Unterschrift Rechtsgültigkeit erlangen könne . . .

Als dauernd diffamiertes Volk würde es uns auch schwer fallen, noch weiterhin dem Völkerbund anzugehören . . .

Mögen die anderen Nationen daraus aber auch den unerschütterlichen Willen Deutschlands verstehen, eine Periode der menschlichen Irrungen endlich abzuschließen, um den Weg zu finden zu einer wirklichen Verständigung aller, auf dem Boden gleicher Rechte."

Bemerkenswert ist noch ein Gesetz über ein bäuerliches Erbhofrecht durch das preußische Staatsministerium, ein erster Schritt, um den deutschen Bauern auf seinem Hofe wieder wurzelfest zu machen. Die neugeschaffenen Erbhöfe werden durch dieses Gesetz für unteilbar erklärt; seinen Hof als Erbhof anmelden kann nur ein Besitzer arischer Abstammung.

Der große Arbeitskonvent der Deutschen Arbeitsfront tritt am 23. Mai in Berlin zu seiner ersten Tagung zusammen.

In Österreich hat eine deutschfeindliche und vom Ausland bestochene Regierung unter der Leitung des Bundeskanzlers Dollfuß derartig brutale Unterdrückungsmaßnahmen gegen die nationalsozialistische Bewegung, die in Österreich dauernd im Ansteigen begriffen ist, durchgeführt, daß Adolf Hitler zu Gegenmaßnahmen gezwungen ist. Da ein großer Teil der österreichischen Wirtschaft völlig auf den Fremdenverkehr aus Deutschland eingestellt ist, so verordnet die Reichsregierung für Reisen nach Österreich einen Sichtvermerk, der 1000 RM. kostet, da sonst die Gefahr besteht, daß „die als Gäste in Österreich weilenden reichsdeutschen Nationalsozialisten in Konflikt mit den österreichischen Behörden geraten, was zwangsläufig zu einer Störung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen Österreich und dem Deutschen Reich führen müßte".

Den ganzen Sommer des Jahres 1933 setzt sich dieser Kampf der österreichischen Bundesregierung gegen das großdeutsche Wollen des Volkes in Deutsch-Österreich fort. Alle Gegner Deutschlands unterstützen heimlich die Judasarbeit der Separatistenregierung in Österreich.

Auf einer anderen Stelle des außerhalb des Deutschen Reiches befindlichen Volkstums, in Danzig, hingegen gelang es der NSDAP, einen überwältigenden Sieg zu erringen. Entsprechend der Entwicklung im Reich hatten die Danziger Nationalsozialisten im März 1933 eine Beteiligung an der Regierung gefordert. Der Senat von Danzig wies diese Forderung zurück und verlangte für seine in keiner Weise im Volk begründete Regierungsführung stärkere Vollmachten. Darüber brach die Regierungskoalition auseinander. Der Danziger Volkstag wurde am 13. April aufgelöst. Die Neuwahlen ergaben einen vollen Sieg des Nationalsozialismus, der von 13 Abgeordneten und 32000 Stimmen, die er am 16. Dezember 1930 erhalten hatte, auf 38 Abgeordnete und 107000 Stimmen stieg. Damit wurde die Bildung einer nationalsozialistischen Regierung in Danzig möglich.

Infolge der überlegten Maßnahmen Adolf Hitlers (am 31. Mai Gesetz zur Verminderung der Arbeitslosigkeit) war die Arbeitslosigkeit Ende Mai bereits auf 5 Millionen Arbeitslose zurückgegangen. Am 17. Juni wurden sämtliche reichsdeutschen Jugendverbände dem Reichsjugendführer der NSDAP Baldur von Schirach, der zum Jugendführer des Deutschen Reiches ernannt wurde, unterstellt. Damit bekam auch die ganze Jugendarbeit ein einheitliches Gesicht.

Es blieb jetzt nur noch übrig, die alten Parteien endgültig zu beseitigen und aus den Eierschalen des parlamentarischen Staates den totalen

nationalsozialistischen Staat hervorgehen zu lassen. Dies geschah nun Schlag auf Schlag: am 21. Juni wurden die sogenannten Deutschnationalen Kampfringe und sonstigen deutschnationalen Verbände aufgelöst, weil die „angestellten Ermittlungen einwandfrei ergeben haben, daß kommunistische und sonstige staatsfeindliche Elemente in größtem Umfange Aufnahme in die Formationen gefunden haben". Der Stahlhelm wurde in die nationalsozialistische Bewegung eingegliedert. Die gänzlich überflüssige SPD wurde am 22. Juni wegen hoch- und landesverräterischen Unternehmungen gegen Deutschland und seine rechtmäßige Regierung gleichfalls aufgelöst, am 24. Juni der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften von der NSBO übernommen, sämtliche gewählten Vertretungen in den evangelischen Landeskirchen Preußens durch einen eingesetzten Kirchenkommissar aufgelöst. Am 27. Juni trat endlich auch der deutschnationale Reichsminister Hugenberg von seinem Posten als Reichswirtschaftsminister und Reichsernährungsminister zurück. Die Deutschnationale Front löste sich auf. Damit verschwanden die letzten Einschränkungen gegenüber der nationalsozialistischen Umgestaltung Deutschlands. Der Reichspräsident genehmigte am 29. Juni das Rücktrittsgesuch Dr. Hugenbergs und ernannte den Nationalsozialisten W. Darré zum Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, den Nationalsozialisten Dr. Schmitt zum Reichswirtschaftsminister. — Der stellvertretende Führer der NSDAP Rudolf Heß nimmt von nun ab an den Sitzungen des Reichskabinetts teil.

27. Juni 1933 Hugenberg aus der Reichsregierung ausgetreten

Am 28. Juni hat die Deutsche Staatspartei, am 4. Juli die Deutsche Volkspartei und die Bayrische Volkspartei sich aufgelöst. Am 5. Juli löst sich endlich auch die Zentrumspartei auf. Alle Mandate der SPD und der Staatspartei werden für ungültig erklärt. Die Arbeitslosigkeit sinkt immer tiefer; in der zweiten Junihälfte ist sie bereits auf 4085000 heruntergegangen.

Auch im deutschen Saargebiet erringt der Nationalsozialismus bei den dortigen Gemeindewahlen erhebliche Erfolge.

Der Parteienstaat ist tot. Wofür die NSDAP all die Jahre gekämpft hatte, die deutsche Einigkeit, ist politisch vollzogen. Es konnte nunmehr die Neugründung von Parteien gesetzlich unter Strafe gestellt werden und der Hitlergruß zum deutschen Gruß erklärt werden.

Ein besonders übles Symbol der 14 Jahre deutscher Schmach, der Gummiknüppel, verschwindet aus dem polizeilichen Straßendienst. Die Revolution ist gewonnen und zu Ende. Sie wird noch besonders gesichert durch den Abschluß eines Konkordats mit der katholischen Kirche, das am 8. Juli in Rom vom Vizekanzler von Papen und vom Kardinalstaats-

sekretär Pacelli paraphiert wird, und durch die Umgestaltung der evangelischen Kirche durch Neuwahlen, die eine der Regierung Adolf Hitlers sympathisch gegenüberstehende Kirchenführung ans Ruder bringen.

Alle Gegner des Nationalsozialismus sind in Deutschland niedergekämpft. Es gibt keine Parteien, Verwaltungen und Organisationen mehr, die sich dem nationalsozialistischen Willen entgegenstellen könnten. Adolf Hitler hat die deutsche Nation geeinigt. 14 Jahre politischen Kampfes sind vom Siege gekrönt worden. Das deutsche Volk ist eine politische Einheit im Rahmen der Reichsgrenzen geworden. Es auch zu einer geistigen Einheit in allen Schichten des Volkes, zu einer wirtschaftlichen Einheit im Sinne des deutschen Sozialismus und zu einer politischen Einheit des gesamten deutschen Volkstums in einem großdeutschen Reiche zu machen, sind die Aufgaben, an denen weiterzuarbeiten und mitzuarbeiten Pflicht und Aufgabe der erwachten Nation ist.

In seiner schwersten Not und bedroht von endgültiger Teilung, sittlichem Verfall und Bolschewismus hat das deutsche Volk in Adolf Hitler noch einmal den rettenden Staatsmann gefunden. Zu diesem zu stehen und ihm auf seinen Wegen in Treue zu folgen, ist Aufgabe, Pflicht eines jeden und einzige Möglichkeit zu einer besseren Zukunft der deutschen Nation.

Zeittafel vom November 1918 bis Januar 1933

Das Jahr 1918

9. November:	nachmittags 2 Uhr: Scheidemann erklärt vom Reichstagsgebäude: „Das deutsche Volk hat auf der ganzen Linie gesiegt ..."
9. November:	nachmittags 4 Uhr: Liebknecht proklamiert die „freie sozialistische" Republik.
10. November:	Rat der Volksbeauftragten gebildet. Deutschland nimmt die Waffenstillstandsbedingungen an.
14. November:	Reichskabinett Müller gebildet; Polen setzen sich in Besitz von Posen.
17. November:	1. Staffel der auszuliefernden Kriegsschiffe verläßt den Kieler Hafen. „Rote Fahne" beginnt zu erscheinen.
20. November:	„Deutsche" Demokratische Partei gegründet.
21. November:	Zentrumspartei umgegründet.
28. November:	Thronverzicht des Kaisers.
1. Dezember:	Verzicht des Kronprinzen.
4. Dezember:	In Köln fordern Massenversammlungen des Zentrums die Loslösung des Rheinlandes von Preußen.
23./24. Dezember:	Putsch der spartakistischen Volksmarinedivision; USPD tritt aus der Regierung aus.

Das Jahr 1919

1. Januar:	KPD gegründet.
5.—12. Januar:	Spartakusaufstand in Berlin.
5. Januar:	„Deutsche Arbeiterpartei" gegründet.
10. Januar:	Räterepublik in Bremen ausgerufen; Bergarbeiterstreik im Ruhrgebiet.
15. Januar:	Liebknecht und Rosa Luxemburg beseitigt.
16.—18. Januar:	Spartakistenaufstand in Mitteldeutschland.
19. Januar:	Wahlen zur verfassunggebenden Nationalversammlung. Es erhalten die SPD 163 Mandate, USPD 22, Demokraten 75, Deutschnationale 42, Zentrum 71, Deutsche Volkspartei 21, Bayrische Volkspartei 18.
27. Januar:	Spartakistenputsch in Wilhelmshaven und Gotha.
12. Februar:	Radek in Charlottenburg verhaftet.
13. Februar:	Neues Reichskabinett Scheidemann gebildet. Nationalversammlung eröffnet.
16. Februar:	Schwarz-Rot-Gold als Nationalfarbe beschlossen.
21. Februar:	Räterepublik in Mannheim proklamiert.
22. Februar:	Jude Kosmanowski (Kurt Eisner) in München erschossen. Dort bricht Räterepublik aus.
3.—8. März:	Schwerer kommunistischer Aufstand in Berlin, besonders in Lichtenberg.

21. März:	Deutsche Handelsflotte ausgeliefert.
24. März:	Zentrum enthält sich in der preußischen Landesversammlung bei einer Entschließung gegen Loslösung von Preußen der Stimme. Aufruhr im Ruhrgebiet.
7. April:	Kommunisten vertreiben die Regierung Hoffmann in München.
9. April:	Kommunistischer Terror in Braunschweig.
16./17. April:	Braunschweig durch Truppen des General Märcker besetzt.
2. Mai:	München vom Bolschewismus befreit.
7. Mai:	Das Friedensdiktat überreicht.
17. Juni:	USPD fordert bedingungslose Annahme des Friedensdiktates.
22. Juni:	Nationalversammlung beschließt: „Die Nationalversammlung ist mit der Unterzeichnung des Friedensvertrages einverstanden."
31. Juli:	Weimarer Verfassung angenommen.
11. August:	Weimarer Verfassung vom Reichspräsidenten Ebert unterzeichnet, der sozialdemokratische Schieber Bauer zum Reichskanzler ernannt.
18. August:	Polenaufstand in Oberschlesien.
2. September:	Die Entente fordert Verzicht Deutschlands auf Artikel 61 Abs. 2 der Reichsverfassung, der den Anschluß von Deutsch-Österreich vorsieht. Deutschland gibt nach.
18. November:	Hindenburg und Ludendorff zur Verantwortung vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß der Juden Sinzheimer und Cohn.

Das Jahr 1920

10. Januar:	Protokoll des Friedensdiktates unterzeichnet.
19. Januar:	Beginn des Prozesses Helfferich-Erzberger. Schwere Streiks in Berlin im ganzen Januar.
10. Februar:	Abstimmung Nordschleswigs.
12. März:	Urteil im Helfferich-Erzberger Prozeß. Erzberger moralisch gerichtet.
13. März:	Kapp-Putsch.
17. März:	Rückzug Kapps; schwere kommunistische Unruhen.
19. März:	Alliierte Geschäftsträger gratulieren der Republik zur Niederschlagung des nationalen Kapp-Putsches.
26. März:	Kabinett Bauer tritt zurück. Neues Kabinett Hermann Müller.
3. April:	Max Hölz im Vogtland.
6. April:	Frankfurt, Homburg und Hanau von Franzosen besetzt.
30. April:	Reichstag aufgelöst.
30. Mai:	Die Freikorps aufgelöst.
6. Juni:	Reichstagswahl. Verluste der SPD, Gewinn der KPD. Kabinett Müller tritt zurück.
21. Juni:	Kabinett Fehrenbach.
5.—16. Juni:	Konferenz in Spa.
11. Juli:	Volksabstimmung in West- und Ostpreußen: Deutscher Abstimmungssieg.
24. Juli:	Volksabstimmung in Eupen-Malmedy unter belgischem Terror.
17.—28. August:	Polenaufstand in Oberschlesien.

Das Jahr 1921

20. Januar:	Stadtkämmerer Böß zum Oberbürgermeister von Berlin gewählt (Schieber).
19. Februar:	Feststellung der Kriegsschadenrechnungen der Alliierten durch die Reparationskommission; amerikanischer Vertreter verläßt die Kommission.
8. März:	Düsseldorf, Duisburg, Ruhrort von Franzosen besetzt.
20. März:	Deutscher Abstimmungssieg in Oberschlesien. Zugleich Kommunistenaufstand in Mitteldeutschland, Hamburg und Ruhrgebiet.
25. April:	Deutschlands Reparations-„Schuld" auf 132 Milliarden festgesetzt.
3. Mai:	Polenaufstand in Oberschlesien.
5. Mai:	Londoner Ultimatum.
10. Mai:	Annahme des Londoner Ultimatums. Kabinett Wirth.
23. Mai:	Schlacht am Annaberg.
26. August:	Erzberger umgelegt.
29. August:	Verordnung „zum Schutz der Republik".
20. Oktober:	Teilung Oberschlesiens.
22. Oktober:	Rücktritt des Kabinetts Wirth.
25. Oktober:	Neues Kabinett Wirth.

Das Jahr 1922

6.—13. Januar:	Konferenz von Cannes.
8. Januar:	Parteitag der USPD; Crispin erklärt: „Wir kennen kein Vaterland, das Deutschland heißt".
1. Februar:	Eisenbahnerstreik.
5. Februar:	Streik der Elektrizitäts- und Gasarbeiter.
10. April:	Konferenz von Genua, Vertrag von Rapallo.
26. Mai:	Autonomie der Reichsbank; die Verfügung über die Währung dem Privatkapital in die Hände gespielt.
24. Juni:	Rathenau erschossen.
26. Juni:	Verordnung zum Schutz der Republik.
29. Juni:	Todesstrafe gegen nationale Attentäter.
6. Juli:	Gesetz zum Schutz der Republik.
17. Juli:	Fischer und Kern fallen als Helden auf der Saaleck.
5. Oktober:	Amtsdauer des Reichspräsidenten Ebert verlängert.
11. Oktober:	Urteil gegen die Helfer der Rathenau-Attentäter.
14. November:	Kabinett Wirth tritt zurück.
16. November:	Bildung des Kabinetts Cuno.
28. Dezember:	Reparationskommission stellt Verfehlung Deutschlands in den Lieferungen fest.

Das Jahr 1923

10. Januar:	Frankreich und Belgien kündigen Entsendung einer Ingenieurkommission ins Ruhrgebiet an.
11. Januar:	Militärischer Einbruch von fünf französischen und einer belgischen Division ins Ruhrgebiet. Einmarsch der Litauer ins Memelland.

19. Januar:	Befehl der Regierung zum passiven Widerstand.
29. Januar:	Franzosen verhängen verschärften Belagerungszustand über das Ruhrgebiet.
4. Februar:	Franzosen besetzen Offenburg und Appenweier.
17. Februar:	Franzosen plündern Gelsenkirchen zur gewaltsamen Eintreibung einer Buße von 100 Millionen Mark.
27. Februar:	Schutzpolizei aus Essen ausgewiesen.
31. März:	Französisches Blutbad in Essen; Krupparbeiter zusammengeschossen.
11. April:	„Vorwärts" verlangt Verhandlungen mit den Franzosen.
26. Mai:	Albert Leo Schlageter ermordet.
4. Juni:	Kohlenvorräte an der Ruhr von Franzosen beschlagnahmt.
12. Juli:	Angriff des marxistischen Ministerpräsidenten Zeigner in Sachsen auf Reichsregierung und Reichswehr.
11. August:	Sozialdemokratisches Mißtrauen gegen Cuno.
12. August:	Cuno tritt zurück. Neues Kabinett Stresemann.
2. September:	Deutscher Tag der NSDAP in Nürnberg.
26. September:	Abbruch des passiven Widerstandes. Ausnahmezustand in Bayern.
1. Oktober:	Küstriner Putsch.
19. Oktober:	Konflikt zwischen Reich und Bayern.
21.—24. Oktober:	Schwere Separatistenputsche im Rheinland und in der Pfalz.
2. November:	Austritt der Sozialdemokraten aus der Regierung.
5. November:	Einbruch der Separatisten in die Pfalz. Steigen des Konflikts zwischen Bayern und dem Reich.
8. November:	Hitler schlägt zur Rettung Deutschlands los.
9. November:	Die Hitlererhebung unterliegt, durch die Reaktion verraten, an der Münchener Feldherrnhalle. NSDAP verboten.
20. November:	Regierung Stresemann gestürzt. Kabinett Marx.

Das Jahr 1924

9. Januar:	Separatistenführer Heinz Orbis in Speyer umgelegt.
17. Februar:	Separatistenherrschaft in der Pfalz gebrochen.
26. Februar bis 1. April:	Prozeß gegen Adolf Hitler vor dem Volksgericht. Adolf Hitler zu fünf Jahren Festung verurteilt.
13. März:	Auflösung des Reichstages.
9. April:	Reparationsgutachten (Dawesplan) fertiggestellt.
4. Mai:	Reichstagswahl; SPD verliert, Deutschvölkische und Nationalsozialisten zusammen 22 Abgeordnete.
16. Juli:	Londoner Konferenz.
16. August:	Schlußsitzung der Londoner Konferenz.
29. August:	Annahme des Dawesplanes im Reichstag.
23. September:	Reichskabinett beschließt alsbaldigen Eintritt in den Völkerbund.
20. Oktober:	Reichstagsauflösung.
7. Dezember:	Reichstagswahl. Sieg der Mittelparteien. Nationalsozialisten nur 14 Mandate.
19. Dezember:	Adolf Hitler freigelassen.

Das Jahr 1925

9. Januar:	Reichspostminister Dr. Höfle als Barmatschieber zurückgetreten.
15. Januar:	Kabinett Luther unter Beteiligung der Deutschnationalen Partei.
28. Februar:	Ebert verstorben.
29. März:	Erster Wahlgang zur Präsidentenwahl unentschieden.
26. April:	Zweiter Wahlgang Generalfeldmarschall v. Hindenburg mit 14,6 Millionen Stimmen gegen Marx mit 13,7 Millionen Stimmen zum Reichspräsidenten gewählt.
5.—16. Oktober:	Locarno-Verhandlung.
25. Oktober:	Die Deutschnationalen treten aus der Reichsregierung aus.
23. November:	Locarno im Reichstag angenommen.

Das Jahr 1926

19. Januar:	Zweites Kabinett Luther.
30. Januar:	Erste Kölner Zone geräumt.
8. Februar:	Deutschlands Anmeldung zum Völkerbunde.
24. April:	Berliner Vertrag mit der Sowjet-Union.
11. Mai:	Sturz der Regierung Luther über die Flaggenfrage. Neues Kabinett Marx.
20. Juni:	Kommunistischer Volksentscheid über Enteignung der Fürstenvermögen mißglückt.
30. Juni:	Urteil im Kutiskerprozeß.
3. September:	Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund.
17. September:	Gespräch von Thoiry.
16. Dezember:	Kabinett Marx gestürzt.

Das Jahr 1927

9. Januar:	Der völkische Vorkämpfer Houston Steward Chamberlain gestorben.
28. Januar:	Viertes Kabinett Marx unter Beteiligung der Deutschnationalen.
26. März:	Beginn der großen Femeprozesse gegen deutsche Freiheitskämpfer.
7. Mai:	NSDAP in Berlin verboten.
19./20. August:	Reichsparteitag der NSDAP in Nürnberg.

Das Jahr 1928

14. Januar:	Reichswehrminister Geßler tritt zurück.
30. März:	Urteil im Barmat-Prozeß. Die hochgestellten Barmat-Freunde sind überhaupt nicht angeklagt worden.
31. März:	Reichstag aufgelöst.
5. Mai:	SA-Führer Heines im Stettiner Femeprozeß zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt.
20. Mai:	Reichstagswahl; nur 12 Nationalsozialisten.
12. Juni:	Kabinett Marx tritt zurück.
28. Juni:	Kabinett unter dem Sozialdemokraten Hermann Müller.
27. August:	Kellogpakt zur Ächtung des Krieges unterzeichnet.

Das Jahr 1929

15. Februar:	2,3 Millionen Arbeitslose.
1. Mai:	Blutige kommunistische Unruhen in Berlin.
22. Mai:	Krise in der Pariser Reparations-Sachverständigen-Verhandlung.
29. Mai:	Einigung der Sachverständigen über den Youngplan.
30. Mai:	Bombenattentat in Hohenwestedt in Holstein, das fünfte innerhalb weniger Wochen.
7. Juni:	Youngplan von den Sachverständigen unterzeichnet.
3./4. August:	Nationalsozialistischer Reichsparteitag in Nürnberg.
6. August:	Haager Konferenz über den Youngplan eröffnet.
29. August:	Einigung im Haag.
1. September:	Bombenexplosion im Lichtschacht des Reichstages.
6. September:	Bombenexplosion im Regierungsgebäude in Lüneburg.
11. September:	Volksbegehren gegen den Youngplan.
26. September:	Sklarek-Skandal.
3. Oktober:	Reichsminister Stresemann verstorben.
27. Oktober:	Landtagswahlen in Baden: NSDAP gewinnt sechs Mandate.
25. Oktober:	Volksbegehren gegen den Youngplan erhält 4,1 Millionen Stimmen.
29. Oktober:	Spaltung der Deutschnationalen Partei.

Das Jahr 1930

3. Januar:	Haager Schlußkonferenz.
14. Januar:	Horst Wessel tödlich verwundet.
20. Januar:	Schlußprotokoll im Haag unterzeichnet.
23. Januar:	Erste nationalsozialistische Regierungsbeteiligung, Dr. Frick Innenminister in Thüringen.
1. März:	Konflikt des Reichsinnenministers Severing und des thüringischen Ministers Dr. Frick. Horst Wessel beigesetzt.
11. März:	Der Youngplan im Reichstag mit 224 gegen 206 Stimmen angenommen.
19. März:	Konflikt Severing-Frick verstärkt sich; Severing sperrt die Polizeigelder für Thüringen.
27. März:	Rücktritt der Regierung Hermann Müller.
30. März:	Kabinett Brüning.
1. April:	Brünings Regierungserklärung im Reichstag.
17. April:	Polizeikostensperre gegen Thüringen aufgehoben.
17. Mai:	Youngplan in Kraft gesetzt.
20. Juni:	Reichsfinanzminister Moldenhauer tritt zurück.
30. Juni:	Abzug der Besatzung aus dem Rheinland beendet.
1. Juli:	Volksrache an den Separatisten.
3. Juli:	Otto-Strasser-Krise in der NSDAP ausgebrochen und überwunden.
18. Juli:	Reichstag aufgelöst.
14. September:	Reichstagswahlen. Ungeheurer Sieg des Nationalsozialismus. 107 nationalsozialistische Abgeordnete.
25. September:	Adolf Hitler als Zeuge vor dem Reichsgericht im Prozeß der Ulmer Reichswehroffiziere.

14. Oktober:	Reichstagseröffnung.
15. Oktober:	Berliner Metallarbeiterstreik.
22. Oktober:	Severing preußischer Innenminister.
15. November:	3,4 Millionen Arbeitslose.
25. November:	Reichsjustizminister Dr. Bredt tritt zurück.
3. Dezember:	Nationalsozialistisches SA-Quartier bei Jäschkowitz polizeilich überfallen.
5. Dezember:	Volksschänderfilm „Im Westen nichts Neues" verhindert.
9. Dezember:	Nationalsozialistische Riesendemonstrationen gegen den Film.
15. Dezember:	3,9 Millionen Arbeitslose.

Das Jahr 1931

1. Januar:	4,3 Millionen Arbeitslose.
9.—11. Januar:	Brüning reist, vom Abscheu des erwachten Volkes begrüßt, nach Schlesien.
14. Januar:	Uniformverbot gegen die NSDAP in Baden.
22. Januar:	Saalschlacht in Friedrichshain.
23. Januar:	4,7 Millionen Arbeitslose.
27. Januar:	Schwere Straßenschlacht mit Kommunisten in Geesthacht.
1. Februar:	Terrormaßnahmen des Berliner sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Grzesinski gegen die NSDAP.
4. Februar:	Stahlhelm-Volksbegehren auf Auflösung des Preußischen Landtags. Der „Angriff" verboten.
7. Februar:	Mißtrauensanträge gegen die Regierung Brüning scheitern.
9. Februar:	Terroristische Geschäftsordnung im Reichstag gegen die NSDAP.
10. Februar:	Die NSDAP. verläßt den Reichstag.
12. Februar:	Haussuchungen bei nationalsozialistischen Führern in Berlin.
16. Februar:	Adolf Hitler warnt vor Provokateuren.
22. Februar:	Hitlertag in Braunschweig.
1. März:	Kommunal- und Kreistagswahlen in Braunschweig; großer Sieg des Nationalsozialismus.
13. März:	Der Reichstag hebt die Immunität nationalsozialistischer Abgeordneter auf.
20. März:	Polizeiterror in Königsberg gegen Nationalsozialisten.
28. März:	Terrornotverordnung gegen den Nationalsozialismus.
1. April:	Stennesputsch.
9. April:	Erneutes Verbot der nationalsozialistischen Uniformen in Preußen.
10. April:	Adolf Hitler fordert alle Parteigenossen auf, das Volksbegehren des Stahlhelms auf Auflösung des Landtages in Preußen zu unterstützen.
17. April:	Kampfansage des VB gegen den Reichspräsidenten.
27. April:	Anträge der NSDAP gegen die terroristischen Notverordnungen vom Staatsgerichtshof abgewiesen.
29. April:	Dr. Goebbels zu Gefängnis verurteilt.
8. Mai:	Adolf Hitler als Zeuge vor dem Schwurgericht in Moabit.
17. Mai:	Wahl in Oldenburg. Große Zunahme der NSDAP.
4. Juni:	Der „Angriff" auf vier Wochen verboten.
21. Juni:	SA-Sportfest im Stadion verboten.

27.—29. Juni:	Kommunistische Provokationen und nationalsozialistische Gegenkundgebungen an der Berliner Universität. Die Universität geschlossen.
2. Juli:	Studentische Kundgebungen gegen Versailles verhindert.
6. Juli:	Hoover-Moratorium.
13. Juli:	Schwere Bankkrise, Schaltersturm.
17. Juli:	Terrorverordnung gegen die nationalsozialistische Presse.
9. August:	Der Stahlhelm-Volksentscheid scheitert.
20. August:	Der „Angriff" schon wieder verboten. 4,1 Millionen Arbeitslose.
5. September:	Die Zollunion mit Deutsch-Österreich vom Haager-Schiedsgericht verworfen.
12. September:	Zusammenstöße am Kurfürstendamm.
15. September:	Minister Klagges zum braunschweigischen Minister gewählt.
19. September:	Reichsbankaufsicht.
23. September:	Schreckensurteil wegen des Kurfürstendamms.
28. September:	Laval und Briand beim Reichspräsidenten.
3. Oktober:	Hamburger Senat zurückgetreten.
7. Oktober:	4,35 Millionen Arbeitslose.
10. Oktober:	Adolf Hitler und Hermann Göring vom Reichspräsidenten empfangen, am gleichen Tage schließt die Berliner Polizei SA-Heime.
11. Oktober:	Harzburger Tagung der Nationalsozialisten, Deutschnationalen und Stahlhelm.
12. Oktober:	Der preußische Finanzminister Höpker-Aschoff tritt zurück.
15. Oktober:	Offener Brief Adolf Hitlers an Brüning.
18. Oktober:	SA-Treffen in Braunschweig.
19. Oktober:	Groener droht dem Nationalsozialismus.
23. Oktober:	Nationalsozialistischer Bürgerschaftspräsident in Bremen.
4. November:	Allgemeines Demonstrationsverbot in Preußen.
10. November:	4,62 Millionen Arbeitslose.
15. November:	Landtagswahl in Hessen; Nationalsozialisten kommen von einem auf 27 Mandate.
17. November:	Konferenz der Innenminister gegen den Nationalsozialismus; Hochverratsverfahren gegen Dr. Goebbels.
21. November:	Erlaß Severings gegen den Nationalsozialismus.
24. November:	4,8 Millionen Arbeitslose. Bildung der „Eisernen Front".
28. November:	Preußischer Oberkirchenrat verbietet das Betreten der Kirche mit Fahnen, auch mit Hakenkreuzfahnen.
8. Dezember:	Vierte Notverordnung. Preis- und Lohnsenkung.
11. Dezember:	Regierung verhindert Rede Hitlers nach Amerika.
14. Dezember:	Offener Brief Adolf Hitlers an Brüning.
23. Dezember:	Groener will das Uniformverbot gegen die Nationalsozialisten auch in den Parlamenten gegen die nationalsozialistischen Abgeordneten durchführen.
28. Dezember:	Drei bisherige Landvolks-Abgeordnete treten der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion bei.

Das Jahr 1932

1. Januar:	Störung der Rede des Reichspräsidenten am Rundfunk durch Kommunisten. 5660000 Arbeitslose.
7. Januar:	Versuch der Regierung Brüning, die Amtszeit des Reichspräsidenten durch Gesetz zu verlängern, gescheitert.
11. Januar:	Adolf Hitler lehnt die Unterstützung der Wiederwahl des Reichspräsidenten v. Hindenburg ab.
15. Januar:	Der Sozialdemokrat Breitscheidt nimmt gegen die Wehrfreiheit Deutschlands Stellung.
31. Januar:	Hetzkundgebung des Reichsbanners gegen den Nationalsozialismus.
15. Februar:	Hindenburg nimmt die Kandidatur zum Reichspräsidenten an. Der erste Wahlgang wird auf den 13. März, der zweite auf den 10. April festgesetzt.
22. Februar:	Kandidatur Adolf Hitlers bekanntgegeben. Deutschnationale und Stahlhelm stellen die Neidkandidatur Düsterberg auf.
26. Februar:	Mißtrauensantrag gegen Brüning und Antrag auf Reichstagsauflösung abgelehnt.
28. Februar:	Adolf Hitler nimmt in einem offenen Brief gegen die sozialdemokratische Hetze Stellung.
11. März:	Hetzrede Brünings gegen Adolf Hitler im Berliner Sportpalast.
13. März:	Erster Wahlgang der Reichspräsidentenwahl. Hindenburg 18,6, Adolf Hitler 11,3, Thälmann 4,9, Düsterberg 2,5 Mill. Stimmen.
17. März:	Haussuchungen in den Geschäftsstellen der NSDAP durch die Polizei Severings. Severing behauptet nationalsozialistische Putschabsichten.
19. März:	Zum Schutz der Judenherrschaft und zur Störung der Werbung für eine Wahl Adolf Hitlers wird auf Anregung der evangelischen und katholischen Kirchenbehörden eine politische Osterruhe eingelegt.
10. April:	Zweiter Wahlgang der Reichspräsidentenwahl. Sieg Hindenburgs. 13,4 Millionen Stimmen für Adolf Hitler.
12. April:	Der Preußische Landtag ändert die Geschäftsordnung. Der Ministerpräsident kann danach nur mir absoluter Mehrheit gewählt werden. So soll die Wahl eines nationalsozialistischen Ministerpräsidenten verhindert werden.
13. April:	Das Verbrechen Groeners: SA und SS verboten.
23. April:	Sozialdemokratischer Minister Braun hält eine Hetzrede gegen Adolf Hitler.
24. April:	Landtagswahl in Preußen; großer Sieg der Nationalsozialisten, Landtagswahl in Bayern, Württemberg, Hamburg und Anhalt; überall nationalsozialistische Erfolge.
26. April:	Der Preußische Landtag zum 24. Mai, der Reichstag zum 9. Mai einberufen. Die NSDAP fordert Reichstagsauflösung.
6. Mai:	Rücktritt des Wirtschaftsministers Warmbold.
9. Mai:	Reichstag zusammengetreten. Hessischer Landtag aufgelöst.
10. Mai:	Groener erklärt, ohne SA wäre lange Ruhe und Ordnung in Deutschland. Beifall des Auslandes.

12. Mai:	Mißtrauensanträge gegen die Regierung abgelehnt. Die nationalsozialistische Fraktion im Reichstag durch Polizei des Juden Weiß vergewaltigt.
25. Mai:	Kommunistische Provokation im Preußischen Landtag mit Gewalt durch die Nationalsozialisten zurückgetrieben.
29. Mai:	Landtagswahl in Oldenburg; absolute Mehrheit der NSDAP.
30. Mai:	Rücktritt Brünings. 1690000000 Mark Defizit des Reiches.
1. Juni:	Kabinett von Papen gebildet.
3. Juni:	Auflösung des Reichstages.
5. Juni:	Landtagswahl in Mecklenburg-Schwerin. Absolute Mehrheit für die NSDAP.
7. Juni:	Der Reichskanzler von Papen fordert Bildung einer ordnungsgemäßen Regierung in Preußen.
14. Juni:	Notverordnung Papens, schwere Belastung der breiten Massen.
16. Juni:	Aufhebung des SA-Verbotes, Beginn der Konferenz in Lausanne. Bayerische Regierung weigert sich, die Aufhebung des Uniformverbotes anzuerkennen. Tumult im Bayerischen Landtag.
19. Juni:	Landtagswahl in Hessen; nationalsozialistischer Erfolg. Demonstration der SA in München.
22. Juni:	Kommunistische Überfälle auf Nationalsozialisten in Berlin und Hamburg-Altona.
25. Juni:	Bayern lehnt die Aufhebung des Uniformverbotes ab.
28. Juni:	Alle Uniform- und Umzugsverbote außer Kraft gesetzt.
8. Juli:	Abkommen von Lausanne, Wegfall eines großen Teils der Tributlasten.
9. Juli:	Nationalsozialistische Kundgebung im Lustgarten.
10. Juli:	Reichsbanner überfällt Nationalsozialisten in Ohlau, blutiger Terror.
13. Juli:	Nationalsozialistische Regierung in Mecklenburg-Schwerin gebildet.
17. Juli:	Organisierter Kommunistenüberfall auf Nationalsozialisten in Altona.
20. Juli:	Braun und Severing, Grzesinski und Isidor Weiß abgesetzt. Reichskommissar in Preußen. Übergang der vollziehenden Gewalt an den Militärbefehlshaber.
31. Juli:	Reichstagswahl; großer Sieg der NSDAP, 230 Mandate.
13. August:	Besprechung Hitler-Hindenburg. Hindenburg lehnt die Übertragung der Reichsführung an die NSDAP ab.
16. August:	Adolf Hitler kündet schärfste Opposition an.
24. August:	Reaktionäre deutschnationale Kreise fordern Ausschaltung der Volksvertretung. Der „Angriff" verboten.
26. August:	Nationalsozialistische Regierung in Thüringen.
28. August:	Reichskanzler von Papen kündet Belastung gegen das arbeitende Volk an.
1. September:	Adolf Hitler spricht im Sportpalast und sagt Kampf gegen das System von Papen an.
2. September:	Stahlhelm paradiert in Berlin vor Papen und dem österreichischen Volksverräter Fürst Starhemberg.
4. September:	Arbeitsbeschaffungsverordnung der Regierung mit schwerster Belastung der breiten Massen.

12. September:	Schwerster Konflikt im Reichstag. Mißtrauensantrag gegen die Regierung Papen mit 513 gegen 52 Stimmen angenommen (Deutschnationale). Reichstag aufgelöst.
13. September:	Adolf Hitlers Wahlparole: Der soziale Freiheitskampf!
22. September:	Streik in der Metallindustrie gegen Lohnkürzungen.
12. Oktober:	Offener Brief Adolf Hitlers an den Reichskanzler.
3. November:	Verkehrsstreik in Berlin.
6. November:	Reichstagswahl. NSDAP 196 Abgeordnete.
13. November:	Gemeindewahlen in Sachsen, Lübeck und Saargebiet. Starke nationalsozialistische Erfolge.
17. November:	Rücktritt des Reichskanzlers von Papen. Aussprache Adolf Hitler-Hindenburg.
24. November:	Die Verhandlungen Hindenburg-Adolf Hitler gescheitert, da Adolf Hitler nicht die Führung übergeben wurde.
5. Dezember:	Bildung des Kabinetts von Schleicher.

Zeittafel des Jahres 1933

1. Januar:	Neujahrserlaß des Reichspräsidenten.
4. Januar:	Der Ältestenrat des Reichstages beschließt bei Stimmenthaltung der Nationalsozialisten die Einberufung des Reichstages für den 24. Januar.
6. Januar:	Die Reichsregierung des Reichskanzlers General von Schleicher erläßt Durchführungsbestimmungen zu ihrem Arbeitsbeschaffungsprogramm.
10. Januar:	Der Reichsfinanzminister Graf Schwerin-Krosigk spricht vor dem Haushaltsausschuß des Reichstages über die Finanzlage des Reiches. Die Reichsregierung teilt mit, daß sie wieder Militärattachés nach Paris, London, Rom, Prag, Warschau, Moskau, Washington und Marineattachés nach Paris, London und Rom entsenden wird.
11. Januar:	Die Zahl der Arbeitslosen betrug nach amtlicher Zählung am 1. Januar 5 773 000 Mann.
15. Januar:	Im Freistaat Lippe finden Landtagswahlen statt, bei denen der Nationalsozialismus neun Mandate erreicht, während alle anderen Parteien verlieren.
24. Januar:	Die deutschnationale Reichstagsfraktion spricht nunmehr auch sich in einer Erklärung gegen die Regierung von Schleicher aus.
25. Januar:	Die Zahl der Arbeitslosen beträgt nach amtlicher Zählung vom 15. Januar 5 966 000 Mann; seit dem 1. Januar sind 143 000 neue Arbeiter hinzugekommen.

28. Januar: Reichspräsident von Hindenburg verweigert dem Reichskanzler von Schleicher die Unterzeichnung einer Auflösungsorder für den Reichstag. Der ehemalige Reichskanzler von Papen wird beauftragt, die Verhandlungen zur Bildung einer vom Vertrauen des Volkes getragenen Regierung aufzunehmen.

30. Januar: Der Reichspräsident von Hindenburg ernennt Adolf Hitler zum Reichskanzler. Er ernennt: den Reichskanzler a. D. Franz von Papen zum Stellvertreter des Reichskanzlers und zum Reichskommissar für das Land Preußen, Freiherrn von Neurath zum Reichsminister des Auswärtigen, das Mitglied des Reichstages Staatsminister a. D. Dr. Frick zum Reichsminister des Innern, Generalleutnant Werner von Blomberg zum Reichswehrminister, Graf Schwerin von Krosigk zum Reichsminister der Finanzen, das Mitglied des Reichstages Geheimen Finanzrat Dr. Alfred Hugenberg zum Reichswirtschaftsminister und zum Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, den ersten Bundesführer des Stahlhelm, Franz Seldte, zum Reichsarbeitsminister, Freiherrn von Eltz-Rübenach zum Reichspostminister und Reichsverkehrsminister, den Präsidenten des Reichstages, Hermann Göring, zum Reichsminister ohne Geschäftsbereich und gleichzeitig zum Reichskommissar für den Luftverkehr. — Reichsminister Göring wurde mit der Wahrnehmung der Geschäfte des preußischen Innenministers betraut.

31. Januar: Der Reichstag wird aufgelöst und Neuwahlen auf den 5. März angesetzt.

1. Februar: Adolf Hitler erläßt einen Aufruf an das deutsche Volk.

2. Februar: Änderung des Reichswahlgesetzes, Ausschalten der Splitterparteien. Reichsminister Göring erläßt als Reichskommissar für das preußische Innenministerium ein Demonstrationsverbot gegen die KPD.

4. Februar: Das kommissarische Preußische Staatsministerium löst sämtliche kommunalen Vertretungskörperschaften auf; Neuwahlen werden für den 12. März ausgeschrieben. Parteigenosse Rust wird zum kommissarischen Leiter des preußischen Unterrichtsministeriums bestimmt.

6. Februar: Der Reichspräsident von Hindenburg überträgt durch eine „Verordnung zur Herstellung geordneter Regierungsverhältnisse in Preußen" die Befugnisse der bis dahin noch bestehenden Regierung Braun auf den Vizekanzler von Papen. Der Preußische Landtag wird aufgelöst; Neuwahlen auf den 5. März angesetzt.

10. Februar: Adolf Hitler erläutert sein Regierungsprogramm durch Rede im Sportpalast. Die Zahl der Arbeitslosen betrug nach amtlicher Zählung am 31. Januar 6 014 000. Die Deutschnationalen und Stahlhelm schließen sich zum „Kampfblock Schwarz-Weiß-Rot" zusammen.

14. Februar: Notverordnung über den landwirtschaftlichen Vollstreckungsschutz.

18. Februar: Milderung der Bestimmungen in der Sozialversicherung und Reichsversorgung.

22. Februar: Einberufung der Hilfspolizei, Abbau der weltlichen Schulen ab Ostern 1933 beschlossen.

27. Februar:	Reichstagsgebäude durch kommunistische Brandstifter angezündet.
28. Februar:	Notverordnung „zum Schutz von Staat und Volk"; Verbot der gesamten kommunistischen Presse auf vier Wochen, der sozialdemokratischen Presse auf zwei Wochen, zahlreiche marxistische Funktionäre festgenommen.
1. März:	Notverordnung gegen Verrat am deutschen Volk und hochverräterische Umtriebe. Der Reichsminister des Innern Dr. Frick versucht, die Länderregierungen unter Bezugnahme auf die Notverordnung zum Schutze von Volk und Staat, alle kommunistische Propaganda zu unterbinden.
4. März:	Tag der erwachenden Nation.
5. März:	Wahlen zum Reichstag und Landtag. Die NSDAP steigt im Reichstag von 11773000 Stimmen auf 17269000 Stimmen; im Landtag von 8 Millionen auf 10 Millionen. Die Wahlbeteiligung betrug 88 Prozent. Es war die stärkste Wahlbeteiligung in der gesamten deutschen Parlamentsgeschichte. Die Regierung Adolf Hitlers erhält 52 Prozent aller Stimmen. — In Hamburg wird die Polizeigewalt einem nationalsozialistischen Polizeioffizier übergeben.
6. März:	In Bremen, Lübeck und Hessen übernehmen Beauftragte der Reichsregierung die Polizeigewalt.
7. März:	Hakenkreuzfahnen auf allen öffentlichen Gebäuden.
8. März:	Nationalsozialistische Regierung in Hamburg; Übernahme der Polizeigewalt durch Reichsminister Frick. In Württemberg, Sachsen, Baden und Schaumburg-Lippe.
9. März:	Die Polizeigewalt in Bayern dem Generalleutnant Ritter von Epp übertragen.
10. März:	Die Regierungen von Sachsen und Baden treten zurück; in Bayern ernennt der Beauftragte der Reichsregierung Generalleutnant von Epp Kommissare für die einzelnen Ministerien.
11. März:	Bayern, Braunschweig und Sachsen verbieten das Reichsbanner, Baden bildet eine nationalsozialistische Regierung.
12. März:	Erlaß des Reichspräsidenten, nach dem auf öffentlichen Gebäuden die Hakenkreuzfahne und die schwarzweißrote Fahne zusammen zu hissen sind.
13. März:	Gründung des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda unter Reichsminister Dr. Goebbels.
14. März:	Verlängerung des Verbots der sozialdemokratischen Presse.
15. März:	Nationalsozialistische Regierung in Württemberg gebildet. Der Reichspräsident ändert die Hoheitszeichen bei der Reichswehr.
16. März:	Der bayerische Ministerpräsident Dr. Held legt seine Amtsgeschäfte nieder; die schwarze Vorherrschaft von Bayern ist gebrochen, Reichskommissar Ritter von Epp kommissarischer Ministerpräsident von Bayern. Reichsbankpräsident Dr. Luther tritt zurück; neuer Reichsbankpräsident Dr. Schacht.
18. März:	Neuer Senat in Bremen.
19. März:	Mussolini schlägt den Vier-Mächte-Pakt vor.
20. März:	Vertreter der KPD werden von den Sitzungen der Gemeinden und Gemeindeverbände ausgeschlossen.

21. März: Tag von Potsdam. Konstituierung des Reichstages.

22. März: Verordnung zur Abwehr heimtückischer Angriffe gegen die Regierung der nationalen Erhebung. — Preußen erläßt eine Anti-Korruptionsverordnung.

23. März: Programmatische Rede Adolf Hitlers im Reichstag. Annahme des Ermächtigungsgesetzes mit 441 gegen 94 Stimmen. Landtagspräsident Kerrl in Preußen zum Reichskommissar für das preußische Justizministerium ernannt. Die Arbeitslosenziffer sinkt um 65 000 auf 5 935 000.

24. März: Ermächtigungsgesetz vom Reichspräsidenten unterzeichnet.

27. März: Der Reichskommissar für das preußische Justizministerium Kerrl bildet Sondergerichte. Die ehemalige preußische Regierung Braun legt ihre Ämter nieder; Braun flieht ins Ausland.

28. März: Das Verbot der SPD-Presse wird auf unbestimmte Zeit verlängert. Die NSDAP wendet sich in einem Aufruf gegen die jüdische Greuelpropaganda im Ausland.

29. März: Der bisherige Reichswirtschaftsrat wird aufgelöst.

31. März: Erstes Gesetz zur Gleichschaltung der Länder. — Die Zahl der Arbeitslosen ist um weitere 337 000 auf 5 598 000 zurückgegangen.

1. April: Judenboykott in ganz Deutschland.

3. April: Die Reichsregierung erläßt ein Gesetz, das für politische Gewalttaten die Todesstrafe vorsieht.

5. April: Der Reichskommissar für das preußische Justizministerium Kerrl schafft ein Sonderreferat zur Bekämpfung der Korruption in Staat, Wirtschaft und Hochfinanz.

7. April: Zweites Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich. Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums.

8. April: Adolf Hitler spricht im Sportpalast zur gesamten SA Deutschlands, Österreichs und Danzigs durch Rundfunk.

10. April: Eröffnung der Provinziallandtage in Preußen.

11. April: Adolf Hitler ernennt als Reichsstatthalter in Preußen Reichsminister Göring zum preußischen Ministerpräsidenten. — Ritter von Epp zum Statthalter in Bayern ernannt.

13. April: Scharfe Angriffe gegen Deutschland im englischen Unterhaus. — Ritter von Epp bildet das neue bayrische Kabinett.

20. April: Adolf Hitlers Geburtstag. Die Arbeitslosenziffer zurückgegangen um 69 000 auf 5 530 000.

21. April: Als Reichsstatthalter in Preußen ernennt Adolf Hitler die Mitglieder der preußischen Regierung: Ministerpräsident Göring wird gleichzeitig Innenminister, Reichskommissar Rust Kultusminister; das Ministerium für Wirtschaft und Arbeit und das für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, die Reichsminister Dr. Hugenberg kommissarisch verwaltet, bleiben zunächst unbesetzt.

22. April: Dr. Frank zum Justizkommissar ernannt.

25. April: Gesetz gegen die Überfremdung der deutschen Schulen und Hochschulen. Die nichtarischen Schüler und Studenten dürfen den Prozentsatz der nichtarischen Bevölkerung im Reich nicht übertreffen.

27. April:	Adolf Hitler ernennt den Leiter der politischen Zentralkommission Heß zum stellvertretenden Parteileiter. — Einrichtung der Geheimen Staatspolizei.
28. April:	Reichssportkommissar ernannt.
1. Mai:	Fest der nationalen Arbeit. Adolf Hitler verkündet den ersten Jahresplan der Arbeitsbeschaffung. Die nationalsozialistischen Betriebszellen-Organisationen übernehmen überall die Freien Gewerkschaften. Die Arbeitslosenzahl sinkt auf 5300000.
5. Mai:	Reichsstatthalter für Baden, Sachsen, Hessen, Württemberg, Thüringen, Bremen-Oldenburg und Braunschweig-Anhalt ernannt.
6. Mai:	v. Killinger, sächsischer Ministerpräsident.
10. Mai:	Adolf Hitler spricht vor der Deutschen Arbeitsfront. — Beschlagnahme des Vermögens der SPD. — Öffentliche Verbrennung jüdischer Schriften.
12. Mai:	Das Vermögen der Freien Gewerkschaften beschlagnahmt.
15. Mai:	Preußisches Gesetz über die Einrichtung des bäuerlichen Erbhofrechtes.
15. Mai:	Die Arbeitslosenziffer um 80000 auf 5252000 gesunken.
18. Mai:	Preußisches Ermächtigungsgesetz für die Regierung Göring.
19. Mai:	Einsetzung von Treuhändern der Arbeit.
23. Mai:	Der große Arbeitskonvent der Deutschen Arbeitsfront tritt zusammen.
26. Mai:	Reichsstatthalter für Mecklenburg-Strehlitz, Mecklenburg-Schwerin und Lübeck ernannt. Das Vermögen der KPD beschlagnahmt.
30. Mai:	Erfolgreiche nationalsozialistische Wahl in Danzig.
31. Mai:	Gesetz zur Verminderung der Arbeitslosigkeit. Die Arbeitslosenziffer ist um 212000 auf 5 Millionen gesunken.
8. Juni:	Transfermoratorium der Reichsbank.
10. Juni:	Die Arbeitslosenziffer ist auf 4977000 gesunken.
15. Juni:	Adolf Hitler ernennt die Treuhänder der Arbeit.
17. Juni:	Aussprache zwischen Adolf Hitler und dem ungarischen Ministerpräsidenten Gombös. — Baldur von Schirach zum Jugendführer des Deutschen Reiches ernannt.
21. Juni:	Die deutschnationalen Kampfringe und Verbände der Bismarckjugend aufgelöst; der Stahlhelm in die nationalsozialistische Bewegung eingegliedert.
22. Juni:	SPD verboten.
23. Juni:	Der preußische Kultusminister Rust setzt einen Kommissar für die evangelische Kirche ein. — Das Reichskabinett beschließt Einrichtung von Reichsautostraßen.
24. Juni:	„Tag der Jugend" mit Wettkämpfen und Sonnenwendfeuern. Der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften von der NSBO übernommen.
25. Juni:	Antreten der alten Garde der NSDAP in Spandau. Die Führer der Bayrischen Volkspartei wegen deutschfeindlicher Tätigkeit verhaftet.
27. Juni:	Der Reichsminister Dr. Hugenberg zurückgetreten, die Deutschnationale Front löst sich auf.
28. Juni:	Die Deutsche Staatspartei löst sich auf.

29. Juni:	Der Reichspräsident genehmigt das Rücktrittsgesuch Dr. Hugenbergs und ernennt W. Darré zum Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, Dr. Schmitt zum Reichswirtschaftsminister. Der Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium Dr. Bang wird durch Gottfried Feder ersetzt. — Ministerpräsident Göring ernennt W. Darré auch zum preußischen Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, Dr. Schmitt zum preußischen Minister für Wirtschaft und Arbeit. — Das Reichskabinett beschließt, daß der stellvertretende Führer der NSDAP, Rudolf Heß, künftig an seinen Sitzungen teilnimmt. — Das Reichshaushaltsgesetz für 1933 ist mit 2 Milliarden RM. niedriger ausgeglichen als das von 1932. — Wehrkreispfarrer Müller übernimmt die Leitung des Evangelischen Kirchenbundes. — Das Geheime Staatspolizeiamt verbietet die Vereinigung ernster Bibelforscher. — Die Reichsführergemeinschaft des deutschen Bauernstandes erteilt dem Reichsbauernführer W. Darré die Vollmacht, „die einheitliche Organisation des landwirtschaftlichen Berufsstandes im Sinne echten Führertums zu gestalten".
31. Juni:	Die Arbeitslosenziffer ist um weitere 121 000 Mann auf 4 856 000 gesunken.
1. Juli:	Die Geheime Staatspolizei schließt in Preußen die Geschäftsstellen der konfessionellen Hilfsverbände des Zentrums wegen staatsfeindlicher Betätigung.
2. Juli:	Gemeindewahlen an drei Orten des Saargebiets ergeben einen überwältigenden nationalsozialistischen Erfolg.
4. Juli:	Deutsche Volkspartei und Bayerische Volkspartei lösen sich auf.
5. Juli:	Zentrumspartei löst sich auf. — Dr. Todt zum Generalinspektor für das deutsche Straßenwesen ernannt.
6. Juli:	Besonderes Aufbauprogramm für Ostpreußen.
7. Juli:	Sämtliche Mandate der SPD und Staatspartei im Reich für ungültig erklärt.
8. Juli:	Begründung des Preußischen Staatsrats.
10. Juli:	Paraphierung des Konkordats durch Vizekanzler von Papen und Kardinalstaatssekretär Pacelli in Rom.
11. Juli:	Reichsminister Dr. Frick erklärt die Revolution für abgeschlossen.
15. Juli:	Neubildung von Parteien gesetzlich verboten.
14. Juli:	Generalrat der Wirtschaft durch Adolf Hitler berufen.
17. Juli:	Der Gummiknüppel im Straßendienst der Polizei abgeschafft.

